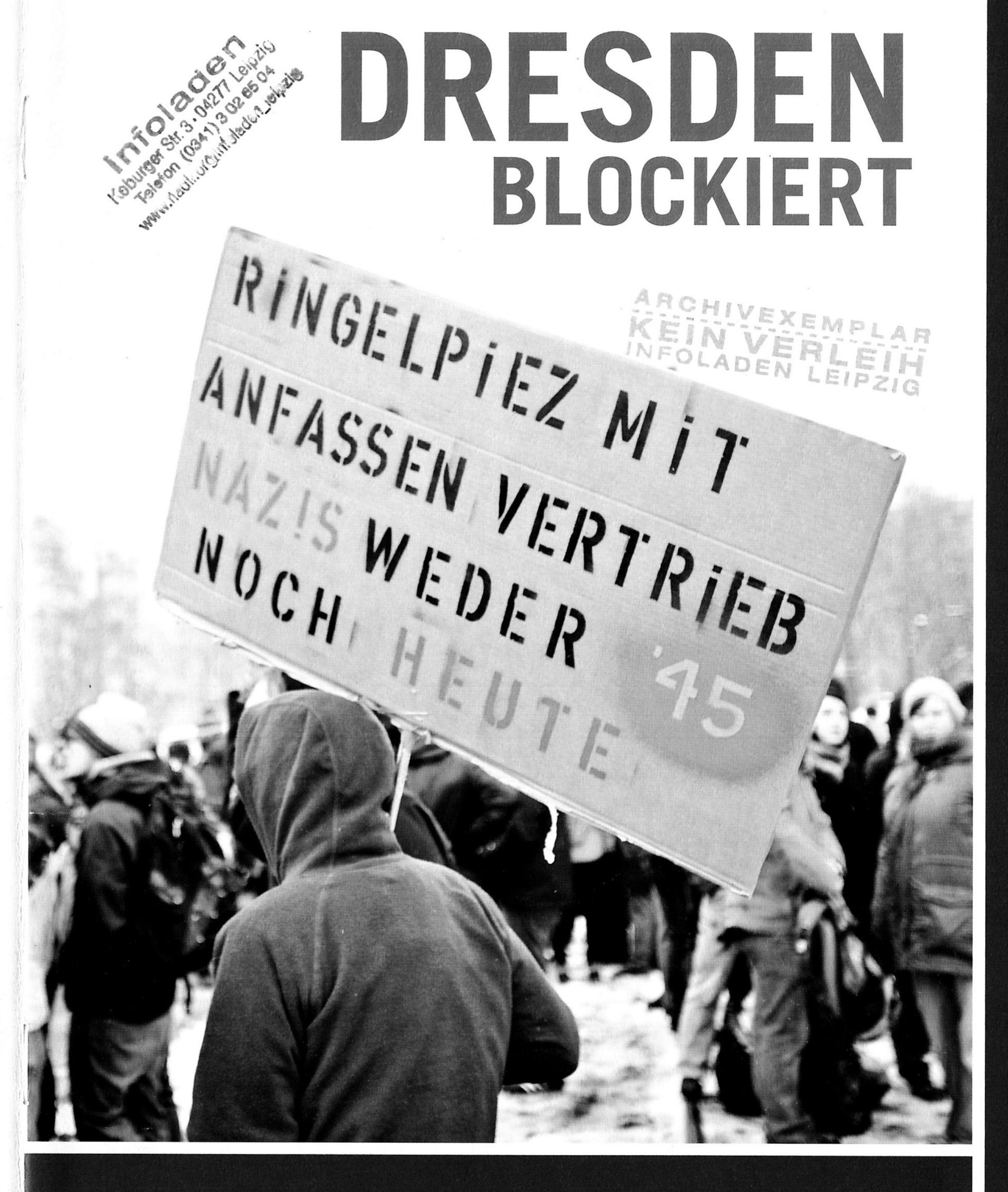
H 8040 F
ISSN 1619-1404
Nummer 129
März | April 2011
2,50 Euro

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

DRESDEN BLOCKIERT



SCHWERPUNKT **NAZI-AUFMARSCH IN DRESDEN 2011**

NAZIS **E-MAIL-VERKEHR DER NPD**

MUSIK **NS-HIP-HOP IN RUSSLAND**

INTERNATIONAL **PORTRÄT MARINE LE PEN**

SEITE 3

NAZIS

RECHTSROCK

BRAUNZONE

GESCHICHTE

INTERNATIONAL

FOTOS

Bildarchiv **DRR** (Seite 10),
Otto Belina (Seite 13),
Robert Andreasch.

EDITORIAL

Neonazis haben ein Recht auf freie Meinungsäußerung, urteilte das »Bundesverfassungsgericht«. Eigentlich kein Novum: Mit dieser Begründung wurden in den letzten Jahren beinahe alle Aufmarschverbote letztinstanzlich aufgehoben. Die Polizei habe durchzusetzen, dass Neonazis ihr Grundrecht wahrnehmen können. Andere Gerichte folgen mittlerweile der Rechtsprechung. Das Verwaltungsgericht Weimar erklärte am 1. März 2011, dass die Polizei den Aufmarsch der neonazistischen NPD am 1. Mai 2010 in Erfurt hätte gewährleisten müssen. Zu Deutsch: Sie hätte die Blockaden auflösen müssen. Direkte Konsequenzen zeigte diese Rechtsmeinung dieses Jahr in Dresden, als die Polizei versuchte, Blockaden aufzulösen und dabei massiv auf »Zwangsmittel« setzte. Nichtsdestotrotz, gerade der massenhafte und breite Widerstand hat den neonazistischen Aufmarsch zum Debakel werden lassen ... Die nächsten Monate werden zeigen, welche Auswirkung die Rechtsprechung auf zukünftige Polizeieinsätze haben wird, beispielsweise beim neonazistischen Aufmarsch zum 1. Mai in Bremen.

Unterdessen veröffentlichen nach und nach die Länder ihre Zahlen zu »rechtsextremistischen Straftaten«. Der bayerische Innenminister zeigt, wie sie seiner Meinung nach zu lesen sind. In seiner Pressemitteilung zur Veröffentlichung des »Verfassungsschutzberichts 2010« sind sie nur eine Randnotiz. Stattdessen warnt er vor der »drastischen« Zunahme »linksextremistischer Gewalt«, vor allem der Gewalt gegen Polizeibeamte und nennt Beispiele von Vorfällen, die nicht in Bayern stattfanden. Dabei hätte Herrmann problematisieren können, dass rechte Täter offenbar »immer skrupelloser« handelten. Sie nehmen »immer öfter den Tod der Opfer in Kauf« – das stellt zumindest die Opferberatung in Sachsen fest. Zu einem solchen Urteil hätte im Grunde auch der bayerische Innenminister kommen können. In seinem Bundesland wurde am 1. März 2011 ein 24-jähriger Neonazi wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Haftstrafe von fünf Jahren und sechs Monaten verurteilt. Er hatte einen 17-jährigen linken Jugendlichen, der eine abfällige Bemerkung über die »Thor Steinar«-Tasche seiner Freundin gemacht hatte, brutal niedergeschlagen und auf den am Boden Liegenden eingetreten. Neonazis aus Bayern hatten den Angriff als Notwehr abgetan – für die extreme Rechte ist das nicht verwunderlich.

Aus der Verlautbarung des bayerischen Innenministers wird indes die politische Stoßrichtung deutlich, die hinter der Gefahrenwarnung steckt: Staatsminister Joachim Herrmann problematisiert, dass es »Linksextremisten immer wieder« gelinge, »Bündnisse und gemeinsame Veranstaltungen mit Partnern bis weit in die Mitte der Gesellschaft zu erreichen« und nennt beispielhaft das »Thema Antifaschismus«. Entsprechend wird wieder die »Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V.« (a.i.d.a.) im Verfassungsschutzbericht 2010 genannt. Dabei hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof längst geurteilt, dass die Nennung von a.i.d.a. im VS-Bericht 2008 nicht rechtens war. Das Innenministerium scheint das jedoch nicht zu scheren; es pflegt weiter alte Feindbilder ... bis auch diese Nennung wieder von einem Gericht kassiert werden wird.

Unbelehrbar zeigt sich in Deutschland auch die Riege der Islamhasser. Die gesellschaftlichen Umbrüche in verschiedenen muslimischen Ländern scheinen nicht in deren Weltbild zu passen. Sie finden daher in diesen Kreisen so gut wie keine Erwähnung. Dabei müssten die verschiedenen Erhebungen und Revolten doch ihr Feindbild relativieren, werden sie schließlich getragen von jungen Menschen, die muslimischen Glaubens sind und sich via westlicher Medien (Facebook, Twitter) verabreden, um demokratische Reformen einzufordern und nicht, um massenhaft für die Errichtung islamischer Staaten zu plädieren. Doch was nicht in die eigene Weltanschauung passt, wird ausgeblendet – so einfach scheint es leider zu sein.

DERRECHTE**RAND** setzt dagegen auf Aufklärung und wünscht bei der Lektüre der vorliegenden Ausgabe gute Erkenntnisse.

TERMINE

Nächste **DER**RECHTE**RAND**-Ausgabe:
Anfang Mai 2011,
Redaktionsschluss: 10.04.2011

19.-25. März 2011, 8. antirassistische Aktionswoche in Rostock, www.systemausfall.org/antira

17. April 2011, ab 13.30 Uhr, Gedenkveranstaltung zum 66. Jahrestag der Selbstbefreiung der Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald

Antifaschistischer 1. Mai 2011 in Bremen: »Keinen Meter! Gegen soziale Ausgrenzung und Rassismus«, http://keinen-meter.org/

»Niederlage«

An diesem Tag an der Elbe wollten sie einiges mehr: Drei Veranstaltungen und ein Marsch sollten stattfinden. Am Mittag des 19. Februar in Dresden wurde aber sichtbar, dass die neonazistische Szene wegen der massiven Proteste keine Veranstaltung wie geplant durchführen konnte. Dennoch feiert die Szene ihre Spontanaktionen und Militanz.

Von Andreas Speit



2011 sollte nicht wie 2010 enden. »Die Schmach«, am 13. Februar vergangenen Jahres mit über 6.000 Kameraden Stunden am Bahnhof Neustadt auszuharren statt zu marschieren, wollten »Junge Landsmannschaft Ostdeutschland« (JLO), NPD und Kameradschaften »bereinigen«.

»Dresden 2011 endet mit Niederlage«, heisst es schließlich doch am Abend bei »Mupinfo«. Nicht nur das Szeneportal versucht dennoch irgendwelche Erfolge zu erkennen. Selbstbeschönigung? Ja und nein. Nach der selbsterklärten Niederlage in diesem Jahr dürfte da nicht verwundern, dass die Szene jetzt versucht, irgendwelche Erfolge in ihren Märschen zu erkennen? Ja und nein. »Dresden 2011« sollte vorsichtiger betrachtet werden.

Seit Monaten hatte die Szene an die Elbe mobilisiert. Der JLO um den Bundesvorsitzenden Stephan Roth und der NPD-Sachsen um den Fraktionschef Holger Apfel gelang es mit dem »Aktionsbündnis gegen das Vergessen«, ein neues Konzept zu entwickeln. Bundesweit stimmten sie ab, am 13. Februar den »Trauermarsch« auszurichten und am 19. die Aktionen »Recht auf Gedenken – Der Wahrheit eine Gasse« durchzuführen. Falls sie so hofften, den Protest zu schwächen, wurden sie enttäuscht. Am 13. konnten die Neonazis wegen den etwa 16.000 Demonstranten nur eine verkürzte Route marschieren. Dass sie nicht alle Meter gehen konnten, störte sie aber nicht. Mit Fahnen und Fackeln marschierten an die 1.800 Kameraden durch die Straßen – zufrieden und selbstgefällig.

Vor dem Dresdener Verwaltungsgericht hatte die JLO da bereits einen Erfolg erstritten. Das Gericht entschied, dass die Polizei ihnen 2010 das Marschieren hätten ermöglichen müssen. Ein Urteil, das bei der Entscheidung des Verwaltungsgerichtes für den 19. Februar mitschwingt, das nicht nur festschrieb, dass alle drei Neonaziaktionen zu erlauben seien, sondern zudem gleich festlegte, dass sich die »behördlichen Maßnahmen (...) primär gegen Gegendemonstranten richten« müssten. Mit der Gerichtsentscheidung war auch das Polizeikonzept umrissen, südlich des Bahnhofs, wo die rechten Veranstaltungen stattfinden sollten, keinen Protest zuzulassen. »Alles Feind, außer Nazis« wurde dort zur Devise der Polizei.

An jenem Samstagvormittag im Süden des Bahnhofs wurde das Scheitern des Konzepts aber schnell sichtbar. Über 600 Neonazis, angeführt von Maik Müller (»Aktionsbündnis gegen das Vergessen«) und Maik Scheffler (»Junge Nationaldemokraten« Sachsen), waren am Hauptbahnhof versammelt, wurden jedoch schon mit Parolen wie »Keiner will euch hier« empfangen. An die 50 Neonazis standen auf dem Nürnberger Platz hinter Polizeigittern. Hier sollte »ihre große Kundgebung« stattfinden. Doch sie warteten und warteten und warteten. 20.000 Demonstranten standen den Rechten entgegen. »40 Busse« kämen nicht durch, schimpfte der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete, Andreas Storr, auf dem Platz. Glaubt man ihm, waren 4.000 Kameraden Richtung Dresden unterwegs. Die wenigsten ihrer Busse kamen nur in die Nähe der Veranstaltungen. Dieser Verlauf konnte jedoch mehreren noch in Anreise befindlichen Bussen der Rechten vermittelt werden. Am Bahnhof Freital-Potschappel entschieden Neonazis aus 20 Bussen in die Innenstadt »einzumarschieren«. Der Tross, mit angeführt vom NPD-Bundesvorstandsmitglied Thomas Wulff, konnte ohne Polizeibegleitung marschieren. An die 800 Kameraden zogen mit Parolen und Transparenten durch die Straßen. Das »Freie Netz Süd« behauptet, dass die Gruppe später einen Polizeieinsatz mit Schlagstöcken abgewehrt habe. Erst im Stadtteil Plauen, am F.-C.-Weiskopfplatz, gelingt es der Polizei, die aggressiven Neonazis zu stoppen. Zur Marschgruppe waren andere Kameraden gestoßen, die mit Bussen bis in den Stadtteil kamen. Diese Gruppe versuchte mit Gewalt durch die schnell mit Polizeibeamten und -fahrzeugen gezogenen Sperren zu kommen. Hektisch bemühte sich der Polizeieinsatzleiter, weitere Kräfte herzubeordern. Es wurde befürchtet, dass es zur Straßenschlacht mit Gegendemonstranten kommen könnte. Mit Mühe konnte die Polizei die Rechten am Platz halten.

NPD-Größen wie Udo Pastörs bemühten sich nicht, ihre Kameraden etwas zu bremsen. Rechte und Polizisten gerieten immer wieder aneinander. Erst nach Stunden waren die Rechten bereit, in ihre Busse zu steigen. Aber nicht alle: Mehrere hundert Neonazis durften dennoch skandierend »Bei Demokraten helfen nur Granaten« zum S-Bahnhof Plauen marschieren, um von dort wegzufahren. Vom Hauptbahnhof war längst die andere Gruppe mit einem Zug aus der Stadt geschickt worden.

Am Nachmittag hatte allerdings eine weitere frei umher marodierende Neonazigruppe im Stadtteil Löbtau das linke Projekt »Praxis« angegriffen. Beamte schauten zu, als etwa 200 Neonazis unter Gegröle »Wir kriegen euch alle« die Scheiben mit Steinen einschmissen. Dass die Gruppe ohne Eingreifen der Polizei handeln konnten, gefällt auch »Mupinfo«: »Aus einem linken Szenetreff soll dabei Kleinholz gemacht worden sein«. Die JLO gibt sich Tage später moderater. Sie beklagt, dass »Polizei Hand in Hand mit Kriminellen« ihr Versammlungsrecht unterlaufen hätten. Die Kameradschaftsszene schwärmt indes von »konsequentem Durchsetzen«. »Dresden 2011 hat gezeigt« meint das »Freie Netz Süd«, »dass wir aus Fehlern des Vorjahrs gelernt haben«.

Die Auseinandersetzung um die Straße wird 2012 aber nicht allein in den Straßen entschieden. »Diese Stadt hat Nazis satt«, riefen Demonstranten den Neonazis entgegen. Vielleicht handeln Stadt, Verwaltung, Gerichte und Polizei im kommenden Jahr nach dieser Parole. ■



Dresden: Nazifrei?

Europas größter Neonaziaufmarsch könnte Geschichte sein.

Gegen erhebliche Widerstände der Polizei haben am 19. Februar 2011 rund 20.000 Nazigegner den Aufmarsch von Neonazis in der Dresdner Innenstadt verhindert. Kaum jemand hätte im Vorfeld gedacht, dass die Bilanz des Tages so eindeutig für die antifaschistischen Proteste ausfallen würde. Zahlreiche Busse der Neonazis gelangten gar nicht an ihr Ziel, zudem hatten sich deutlich weniger Rechte auf den Weg nach Dresden gemacht als in den vergangenen Jahren.

Von Barbara Manthe

»Wir haben Europas größten Naziaufmarsch in Dresden zum zweiten Mal verhindert«, meldete das Bündnis »Dresden Nazifrei« am Abend des 19. Februar auf seiner Website. Für die Neonazis war der Tag ein voller Misserfolg. »Ägyptische Verhältnisse in Dresden« klagte die »Junge Landsmannschaft Ostdeutschland«. Auch für die Polizei fiel das Resümee negativ aus: Mit rund 4.500 Beamten hatte sie die Lage in der Stadt nicht im Griff, immer wieder eskalierte die Situation.

Was vom Mythos übrig blieb

Sechs Tage zuvor war es am 13. Februar rund 1.300 Neonazis gelungen, zum Jahrestag der alliierten Bombardierung Dresdens im Jahr 1945 durch die Elbstadt zu demonstrieren. Ein antifaschistischer Rundgang auf den Spuren nationalsozialistischer Täter, für denselben Tag angemeldet, wurde hingegen verboten. 300 Menschen nahmen trotzdem an einer spontanen Aktion teil, etwa 3.500 beteiligten sich an Kundgebungen und Blockadeversuchen entlang der Naziroute.

Medial dominierte an diesem Tag die Menschenkette von etwa 17.000 Beteiligten in der Dresdner Altstadt, die gleich mehrere Funktionen erfüllen sollte: In erster Linie verkörperte sie das offizielle Gedenken an den Luftangriff auf Dresden, die TeilnehmerInnen wollten gleichzeitig auch die Altstadt vor den Neonazis »schützen«. Am Vormittag noch hatten Parteien, Stadt und der sächsische Ministerpräsident wie in den vergangenen Jahren neben Mitgliedern der NPD Gedenkkränze auf dem Heidefriedhof abgelegt.

^ An vielen Stellen in Dresden wird der Mythos Dresden am Leben erhalten

Eine erste Bilanz der Versuche seitens antifaschistischer Kräfte, seit 2009 in die erdrückende konservative Stimmung Dresdens zu intervenieren, fällt zwiespältig aus: Der alliierte Bombenangriff ist immer noch der zentrale Bezugspunkt für die meisten DresdnerInnen, die am 13. Februar auf die Straße gehen. Bei der Kranzniederlegung der Stadtoffiziellen, an der auch die Neonazis teilnehmen, achtet man mittlerweile allenthalben darauf, nicht zusammen mit den Rechten abgelichtet zu werden. Für Dresden ist es dennoch ein wichtiger Schritt, dass der alljährliche Aufmarsch der Neonazis überhaupt problematisiert wird, auch wenn es anderenorts zynisch erscheinen mag, diesbezüglich von einem »Erfolg« zu sprechen. Der wesentliche Punkt ist womöglich, dass 2011 mehr noch als in den Jahren zuvor durch das Engagement der antifaschistischen Akteure zentrale Widersprüche offen gelegt wurden: Die Organisatoren der Menschenkette konnten den Anspruch, sowohl des Angriffs zu gedenken als auch ein leises und symbolisches »Zeichen« gegen Rechtsextremismus zu setzen, nicht glaubhaft vermitteln. Die Menschenkette komponierte ein so diffuses Bild verschiedener Anliegen von extremismustheoretischen Ansätzen über eine vage Anti-Nazi-Einstellung hin zum dresdenspezifischen Opferdiskurs, dass sie vielen Menschen als Mittel authentischen Engagements gegen Nazis unangebracht erschien. Mehr Dresdner und Dresdnerinnen als in den Jahren zuvor entschlossen sich daher 2011, an den Aktivitäten von »Dresden Nazifrei« teilzunehmen. Der Intendant des Dresdner Schauspielhauses, Wilfried Schulz, fragte provokant: »Reicht eine Menschenkette, wenn sie sich den Nazis und Neonazis nicht entgegenstellt?«.

»Ick bün al dor!«

Laut, provokativ und alles andere als symbolisch agierten hingegen am 19. Februar die rund 20.000 GegendemonstrantenInnen. Das Konzept der Neonazis, ausgehend von den Erfahrungen aus dem letzten Jahr drei Sammelpunkte anzumelden, ging nicht auf. Schuld daran waren die Nazigegner, die ungeachtet der Versuche der Polizei, die Elbe als natürliche Trennungslinie zu nutzen, am frühen Morgen in die südliche Innenstadt strömten und dort Blockaden errichteten. Mit 260 Bussen aus ganz Deutschland und einigen Nachbarländern hatten antifaschistische Gruppen, Gewerkschaften und Parteien einen beachtlichen Mobilisierungserfolg hingelegt. Das flexible und gut vorbereitete Blockadekonzept eröffnete den Blockadegruppen von teils über tausend Menschen die Möglichkeit, an zahllosen Orten unvorhergesehen aufzutauchen. Auch wenn die Polizei den Weg der DemonstrantInnen



zu den Blockaden mit Tränengas- und Wasserwerfereinsätzen behinderte, kam sie ihnen in dem Hase- und Igel-Szenario kaum hinterher. Überall in der Stadt waren bereits größere und kleinere Blockaden entstanden, getreu dessen, was der Igel zum Hase sagt: »Ick bün al dor!«.

Sächsische Demokratie

Die Polizei hatte über weite Strecken des Tages die Situation nicht unter Kontrolle. Ihre zwei zentralen Vorhaben konnte sie nicht erfüllen: Weder das Trennungsgebot zwischen links und rechts ließ sich aufrechterhalten, noch konnten die BeamtInnen den Weg der Neonazis zu ihren Versammlungsorten freimachen. Neben den Blockaden gab es teils heftige Auseinandersetzungen zwischen linken DemonstrantInnen mit Neonazis und der Polizei. Von einem »Totalversagen auf ganzer Linie«, sprach der Vorsitzende der sächsischen SPD-Fraktion in Bezug auf den Polizeieinsatz am 19. Februar. Eine Arbeitsgruppe »Polizeibeobachtung« aus JuristInnen, JournalistInnen und Landtagsabgeordneten beobachtete »überforderte Polizeieinheiten«, »zahlreiche Übergriffe von Polizeibeamten gegen Demonstranten« und den Einsatz von Holzknüppeln, Pepperballs und Gasgranaten. »Das ist sächsische Demokratie«, kommentierte Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, der an den Blockaden teilgenommen hatte, den Einsatz. In die Kritik kam die Polizei auch, weil sie einen Angriff von Neonazis auf ein linkes Wohnprojekt im Dresdner Stadtteil Löbtau nicht verhinderte; ein ins Netz gestelltes Video zeigt Einsatzkräfte, die die Attacke beobachten. Am Abend stürmten LKA-Beamte ein Haus, wo sie das Pressebüro des Bündnisses »Dresden Nazifrei« vermuteten, durchsuchten es und führten vierzehn Personen ab. Sprecher des Bündnisses bezeichneten die Razzia, die in den Medien größeren Wirbel verursachte, als »Racheaktion«.

Protestformat Blockade

Ein Blick auf die Entwicklung antifaschistischer »Blockadekultur« der letzten Jahre lässt eine qualitative Veränderung ausmachen, die sich in den Protesten von Dresden manifestierte. Zum einen erschien das Band zwischen den ganz unterschiedlichen Akteuren aus Antifa, Gewerkschaften, Parteien und Kultur so eng wie selten zuvor. Die meisten Blockaden waren gemischt, überall in Deutschland hatten sich seit Monaten lokale Bündnisse von der Antifa bis zu den Jusos auf die Aktion vorbereitet.

Zum anderen gab es eine politische Akzentverschiebung auf der Straße: Die Proteste waren weniger ein passives und symbolisch aufgeladenes »In den Weg-Stellen«, sondern das im Vorfeld formulierte praktische Ziel, nämlich die neonazistische Versammlung erst gar nicht möglich zu machen, stand im Vordergrund. Dies hat eine Ursache darin, dass das Protestformat Blockade seit einigen Jahren an vielen Orten Deutschlands erprobt und diskutiert wird und einer stetigen Veränderung unterliegt. Blockaden sind heute, anders als noch vor einigen Jahren, in dem breiten Spektrum von Anti-Nazi-Aktivisten bis weit ins bürgerliche Lager hinein als legitime Aktionsform weitgehend etabliert. Die lange und prominente Unterstützerliste von »Dresden Nazifrei« ist Beleg dafür. Selbst der evangelische Superintendent Dresdens äußerte Verständnis dafür, dass manche Christen lieber zu den Blockaden gingen anstatt in der Kirche zu beten. »Weder eine Menschenkette noch eine Mahnwache verhindert Aufmärsche«, sagte er.

Gedenkdiskurs und Extremismustheorien

Dem größten Neonaziaufmarsch Europas wurde eine der größten antifaschistischen Mobilisierungen der letzten Jahrzehnte entgegen gesetzt. Dresden im Februar 2010 war für die Nazigegner bereits ein Erfolg gewesen. Ein Jahr später gelang ihr Vorhaben ein weiteres Mal, obwohl die Vorbedingungen weitaus schwieriger waren: Sämtliche linke Kundgebungen südlich der Elbe waren verboten und die Polizei zog von Anfang an alle Register gegen die DemonstrantInnen. Zum ersten Mal ist es mit Massenblockaden gelungen, einen großformatigen Aufmarsch trotz eines eskalativen Einsatzkonzepts der Polizei zu verhindern. Dresden 2011 zeigt aber auch, dass weiterführende Diskussionen notwendig sind, bei denen die Antifagruppen nicht unter sich bleiben sollten. Sie müssen sich vor allem die Frage stellen, inwiefern sie noch stärker den offiziellen Gedenkdiskurs in Dresden angehen können, um auch jenseits eines Erfolgs auf der Straße nachhaltige gesellschaftliche Veränderungen in dem Bereich zu bewirken. Eine Debatte des Gedenkrituals auf dem Heidefriedhof zusammen mit den eigenen BündnispartnerInnen könnte hier ein erster Schritt sein. Dringend steht eine spektrenübergreifende Strategiedebatte zu Extremismustheorien an, die nicht nur antifaschistische Gruppen, sondern auch die Partner aus Gewerkschaften, Parteien und anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen betreffen. ■



^ Blockierte Nazis in Dresden-Plauen sind wütend und fertig nach stundenlangem Stehen.

^^ v.l. 1 - Das Bündnis Dresden Nazifrei mobilisiert zu Blockaden
2 - Auf vielen Straßen gab es Blockaden
3 - Die Nazis konnten auch dieses Jahr durch eine bundesweite Mobilisierung am Marschieren gehindert werden.
4 - Am 13. Februar marschieren ca. 1800 Nazis mit Fackeln durch die Dresdner Südvorstadt

In der Neonazi-Nische

Porträt der »Jungen Landsmannnschaft Ostdeutschland«

Die neonazistische Kleinstorganisation »Junge Landsmannschaft Ostdeutschland« tritt einmal im Jahr als Veranstalterin des mittlerweile europaweit bedeutsamen Neonazi-Trauermarsches in Dresden öffentlich in Erscheinung.

Von Martin Rausch vom »Antifaschistischen Rechercheteam Dresden«

Alljährlich seit 1999 veranstaltet die »Junge Landsmannschaft Ostdeutschland« (JLO) in Dresden im Februar einen so genannten Trauermarsch zur Erinnerung an die Bombardierung Dresdens. In den restlichen elf Monaten hingegen sind ihre Aktivitäten kaum bemerkbar. Im neonazistischen Alltagsgeschäft spielt die JLO keine Rolle. Ihre kaum vorhandene öffentliche Wahrnehmung steht ihrer Bedeutung für die Szene entgegen. Eine ganze Reihe führender Aktivisten waren bzw. sind unter anderem in der JLO organisiert: Der heutige NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel war beispielsweise JLO-Landesvorsitzender in Hessen. Der ehemalige NPD-Fraktionsmitarbeiter, Stefan Rochow, war zeitweise sogar JLO-Bundesvorsitzender. Ein weiterer ehemaliger JLO'ler ist Holger Szymanski. Er leitet mittlerweile den »Parlamentarischen Beratungsdienst« der sächsischen NPD-Landtagsfraktion. Für alle drei fungierte die JLO als »Durchlauferhitzer« in ihren neonazistischen Polit-Karrieren. Diese Funktion soll zukünftig offenbar gestärkt werden. Das »Nationale Bündnis Dresden« begründete seine Auflösung Ende 2010 unter anderem damit, dass die JLO »zukünftig ihre Arbeit in Sachsen wieder intensivieren« und eine Rolle als »Vorfeldorganisation« übernehmen wird.

Anschlussfähig ist die JLO durch ihre strenge völkische und revisionistische Ausrichtung gerade für extrem ideologisierte Neonazis. So verwundert es nicht, dass die JLO nach dem Verbot der »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HDJ) im Jahr 2009 als Auffang- und Nachfolgeorganisation gehandelt wurde. Die personellen Überschneidungen liegen auf der Hand.



^ Kai Pfürstinger ist der Anmelder des Dresdener Naziaufmarsches am 13. Februar 2011

Personal

Stephan Roth, derzeitiger Bundesführer der JLO, posierte vor wenigen Jahren in HDJ-Kluft in einem HDJ-Werbevideo. Roth stammt aus Oybin im Zittauer Gebirge und ist seit vielen Jahren in der Neonazi-Szene aktiv. Bundesweit bekannt wurde er im Zuge des »Hirschberg-Prozesses« 2006. Vor dem Landgericht im polnischen Jelenia Góra waren Roth, der damalige Görlitzer DSU-Stadtrat, Jürgen Hösl-Daum, und Robert G. - ein Neonazi aus der Region Bautzen - angeklagt wegen Beleidigung der polnischen Nation und Anstachelung zum Völkerhass. Die drei hatten in einer so genannten »Aktion Vergessen« in verschiedenen polnischen Ortschaften Plakate geklebt, die vermeintliche Vertreibungsverbrechen von Polen und Tschechen an Deutschen anprangerten. Dafür erhielten sie Bewährungsstrafen. Zudem ist Stephan Roth in völkisch-bündischen Zusammenhängen aktiv. Für eine Veranstaltung der rassistischen Religionsgemeinschaft »Bund für Gotterkenntnis – Ludendorfer e. V.« im November 2008 in Dresden konnten sich TeilnehmerInnen bei ihm anmelden. Seinen politischen Anspruch macht Roth in der Theoriezeitschrift »Hier & Jetzt« deutlich. Ganz im Sinne der JLO schrieb er in einem Artikel über die völkische »Artamanen«-Bewegung: »Es sind nicht die Schlechtesten, die sich gegen die befremdende Zivilisation wehren und trotzig und voller Zuversicht an ihrem Traum werken, wieder eigener Herr auf eigener Scholle zu sein. Vergeblich wird es nur sein, wenn es weiterhin an einer Bewegung mangelt, die das Ganze stärkt und formt.«

Auch der stellvertretende Bundesführer Kai Pfürstinger stammt aus Sachsen. Als sächsischer JLO-Landesvorsitzender ist er als Anmelder des »Trauermarsches« in Dresden bekannt. Der Altenberger bewegte sich ebenfalls in völkischen Kreisen im Umfeld der HDJ. In kleinerem Rahmen organisierte er wiederholt Volkstanzveranstaltungen. Zweiter stellvertretende Bundesführer ist der Szene-Anwalt Björn Clemens. Die ehemaligen Bundesvorstände, Christian Schaar und Dirk Pott, vervollständigen als Beisitzer die JLO-Bundesführung.

Neben dem Vorstand zählen überschaubar wenige Neonazis zum aktiven Kern der JLO. Auch hier gibt es Überschneidungen zu anderen Organisationen. So war der ehemalige Münchner und spätere Görlitzer Dirk Bredack neben seinem Engagement für die JLO auch im NPD-»Bildungswerk für Heimat und nationale Identität« aktiv. In Dresden waren lange Jahre Elli Dobberstein und Alexander Kleber als führende JLO-Köpfe bekannt. Beide pflegten enge Kontakte zu NPD, JN und so genannten freien Kräften.

Plakative Ideologie

Der enge Kreis der aktiven JLO'ler und ihrer Familien bildet eine völkische Gesinnungsgemeinschaft. Im revisionistischen Sinne thematisiert die JLO die Folgen des Zweiten Weltkriegs. Dabei fokussiert sie den Verlust der ostpreußischen Gebiete und die damit einhergehende Vertreibung der Deutschen. Sie betreibt außerdem einen Bauernhof in Steinbrücken im Mansfelder Land. Hier werden Ideen zur Selbstversorgung und völkischen Siedlungskonzepten entwickelt. Offen knüpft die JLO in ihrer Außendarstellung am historischen »Deutschen Orden« an. Ihr Symbol, ein weißes Schild mit stilisiertem schwarzen Kreuz, an dem ein Pfeil nach Osten weist, ist dem des Ordens entlehnt.

Wenngleich die JLO jedes Jahr im Februar in den Fokus der Öffentlichkeit rückt, ist sie keinesfalls die alleinige relevante Struktur hinter dem Neonazi-Großaufmarsch. Vielmehr beschränkt sich ihre Aktivität auf das Anmelden und nominelle Auftreten als Veranstalter. Innerhalb der Neonaziszene ist die JLO dafür seit Jahren umstritten. Angeprangert wurde, dass »eine wahrhafte inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema« immer weniger geführt wurde und die »organisatorische(n) wie personelle(n) Missstände innerhalb der JLO [...]« zu einem »Einbruch parteipolitischer Tendenzen und damit zuletzt zur fast vollständigen Abkehr vom ursprünglichen Veranstaltungscharakter« geführt hätten. Seit 2007 führen daher Neonazis aus dem Spektrum der »freien Kräfte« einen, nach eigener Aussage, authentischen Fackelmarsch am Abend des 13. Februar in Ergänzung zum JLO-Großaufmarsch durch. ■

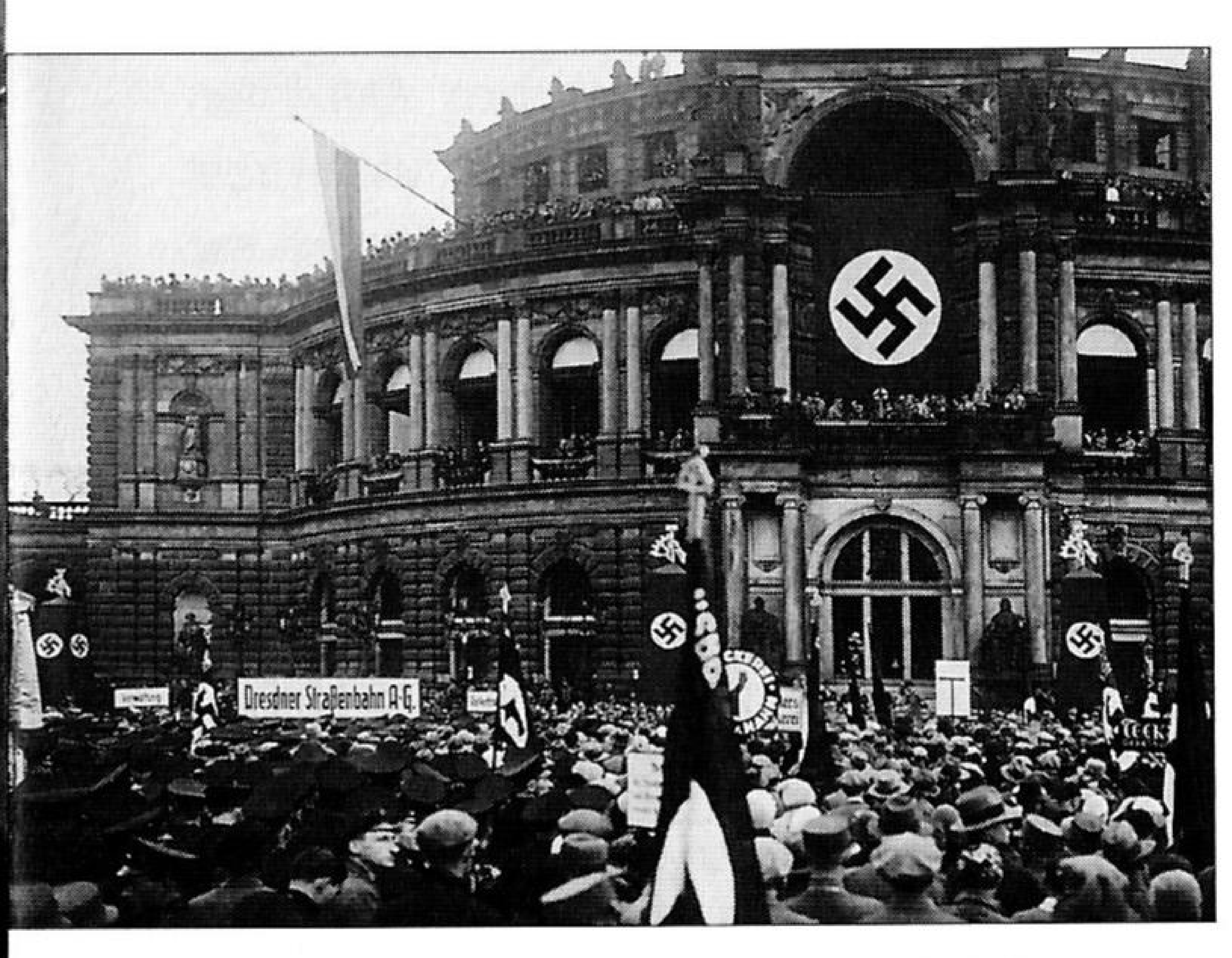
Elbflorenz und sein »Judenlager«

Zur Geschichte der Gauhauptstadt Dresden

Die Wahrnehmung der Geschichte Dresdens im Nationalsozialismus ist immer noch dominiert von den alliierten Luftangriffen im Februar 1945, die eine angeblich unschuldige Kulturstadt getroffen hätten. Dabei ist durchaus belegt, wie sehr auch diese Stadt ein Ort von politischer Verfolgung, Zwangsarbeit, Rüstungsindustrie, militärischer Infrastruktur und Holocaust war.

Von Henning Fischer

Die Luftangriffe der Alliierten wirken bis heute als eine willkommene politische Deckerinnerung, und das nicht nur für NPD und Konsorten, sondern gerade auch für den Dresdner Mainstream. In der Erinnerung an die eigene Nation als Opfer kann die Konfrontation mit deutschem Vernichtungskrieg und Holocaust vermieden oder zumindest minimiert werden.



∧ Dresden 1933 – Mai-Kundgebung am Theaterplatz

Nationalsozialistische Normalität

Dresden war im Frühjahr 1933 Schauplatz einer rasanten Etablierung der nationalsozialistischen Herrschaft. Nach der »Machtübergabe« nahm die pogromartige Gewalt durch die SA und andere NationalsozialistInnen hier solche Ausmaße an, dass die lokale NS-Führung am 26. März Angriffe gegen Geschäfte und Unternehmen verbot, um nicht die Kontrolle über die Attacken zu verlieren. Auch die Selbstgleichschaltung ging schnell vonstatten. Am 31. März, noch vor dem »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums«, wies die Stadt Dresden ihre Verwaltung an, »sämtliche Beschäftigten jüdischer Rasse« zu entlassen. Am 20. Mai fand vor dem Verlagshaus der sozialdemokratischen »Dresdner Volkszeitung« die reichsweit erste Bücherverbrennung statt. Die Dresdner Stadtverordnetenversammlung fasste am 26. Juni 1933 den Beschluss zu einer der ersten Ausstellungen über »entartete Kunst«. Das Landgericht am Münchner Platz wurde zum zentralen Ort der politischen Verfolgung und Ermordung von Verfolgten und Widerständigen.

Diese nationalsozialistische Verfolgungspolitik unterstützten große Teile der Dresdner Bevölkerung, etwa indem sie jüdische MitbürgerInnen denunzierten. Die nach 1945 erfolgte Selbstinszenierung der DresdnerInnen als Opfer von Hitler und den Alliierten verbannte diesen Teil der Vergangenheit, die Dresdner Täterschaft, jedoch konsequent aus ihrer »Erinnerung«.

Antisemitismus, das »Judenlager Hellerberg« und die Dresdner Deportationen

Bis 1938 verschärfte sich auch die antisemitische Gewaltpolitik immer weiter, im Verlauf der »Reichspogromnacht« wurden die Dresdner Synagoge in Brand gesteckt und 151 Menschen in das Konzentrationslager Buchenwald gebracht. 1939 zwangen die Nationalsozialisten die verbliebenen Dresdner Juden und Jüdinnen, in »Judenhäusern« zu leben; ihr Eigentum wurde »arisiert«.

Am 21. Januar 1942 wurden 224 Menschen vom Bahnhof Dresden-Neustadt aus in das Ghetto von Riga deportiert, mehrere Transporte von Juli 1942 bis zum Januar 1944 brachten etwa 250 Menschen in das Ghetto Theresienstadt. In höchsten Positionen federführend waren dabei unter vielen anderen der Gauleiter Martin Mutschmann (den Joseph Goebbels schon 1925 als »ordentlichen und brutalen Führer« bezeichnet hatte) und Henry Schmidt, ab 1942 Leiter des »Judenreferats« der Dresdner Gestapo.

Schmidt organisierte nicht nur die Deportationen, sondern auch die Errichtung des »Judenlagers Hellerberg«, das vom November 1942 bis zum März 1943 im Dresdner Norden bestand. Dort mussten inhaftierte Juden und Jüdinnen Zwangsarbeit für die Rüstungsproduktion von Zeiss-Ikon leisten. Der Konzern, in Sachen »Judenlager« vertreten durch Dr. Johannes Hasdenteufel, stellte ein Materiallager, die Gestapo schrieb die Lagerordnung, die Bewachung übernahm die Dresdner »Wach- und Schließgesellschaft«. Nach der Auflösung des Lagers Anfang März 1943 wurden 279 Menschen nach Auschwitz deportiert. Von dem Transport, der insgesamt 1500 Menschen umfasste, wurden etwa 800 Menschen sofort in den Gaskammern getötet. Eine weitere Deportation sollte auch die letzten Menschen erfassen, die nach den nationalsozialistischen Rassegesetzen als Juden galten – die alliierten Luftangriffe vom 13. und 14. Februar 1945 machten dies allerdings unmöglich. Während der Angriffe führte jedoch ein Todesmarsch über die Carolabrücke durch die Dresdner Innenstadt.

Rüstungsindustrie und strategische Lage

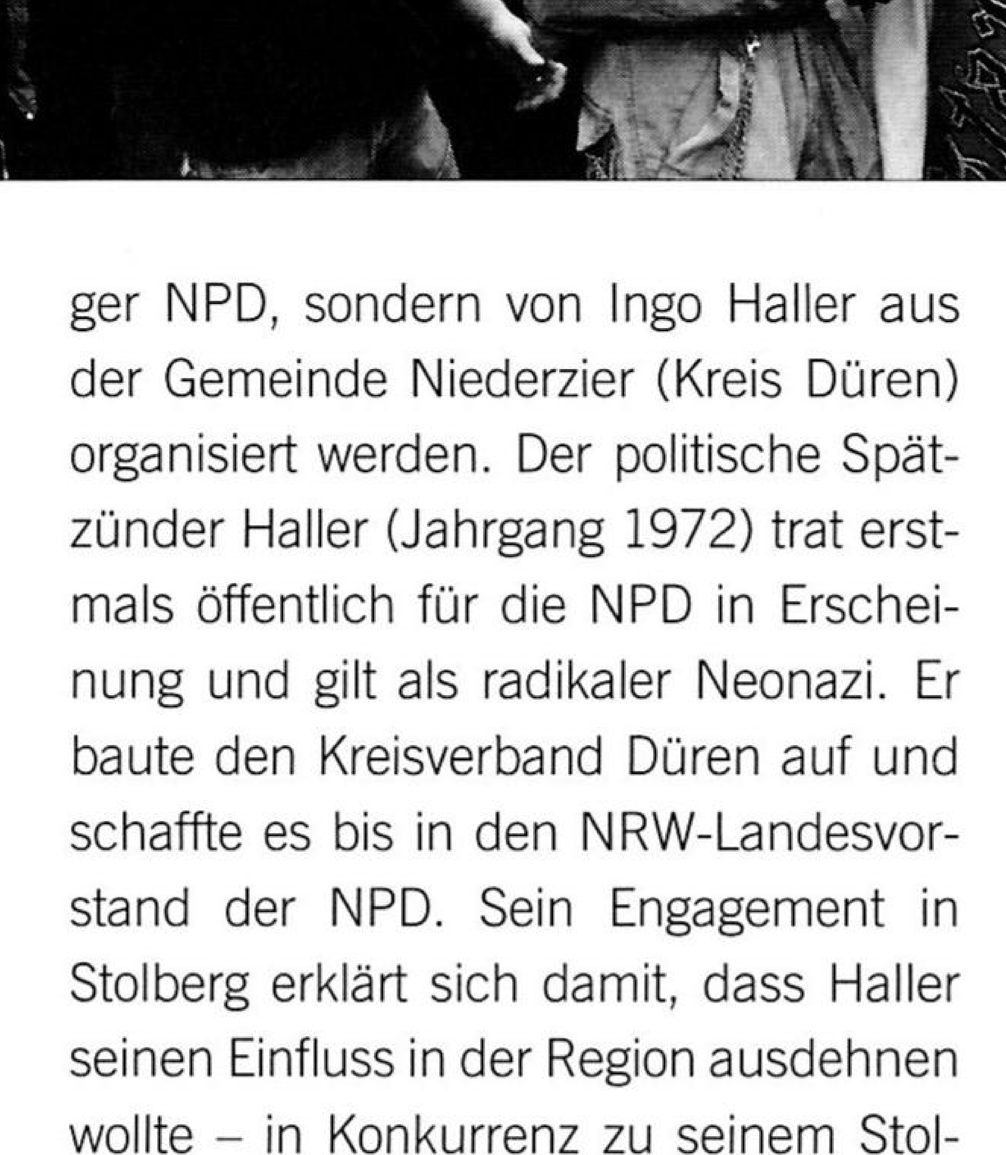
In der Gegend um Dresden waren nach der Umstellung der deutschen Wirtschaft auf Kriegsproduktion mehr als 240 Unternehmen an der Rüstungsproduktion beteiligt; nur in Wien war mehr Industriefläche für diesen Zweck verwandt als in Dresden. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die Garnisonstadt Dresden zu einem der letzten funktionierenden Verkehrsknotenpunkte und Rüstungs- und Verwaltungszentren. Dresden befand sich nach dem Vorrücken der Alliierten zudem in militärstrategisch wichtiger Nähe zur Ostfront.

Die fehlende Vergegenwärtigung der Tätergeschichte

In Dresden ist einiges nachzuholen. Die geschichtspolitisch positiven Wandlungen der letzten Jahre betreffen hauptsächlich den Umstand, dass die Dominanz des Opfermythos und einiger seiner Legenden abgeschwächt werden konnte – vor allem die völlig übertriebenen Opferzahlen und die Tieffliegerangriffe. Aber auch die von der Stadt Dresden eingesetzte Historikerkommission beschäftigte sich nur mit der detaillierten Erforschung der Geschehnisse vom 13. Februar 1945.

Entsprechend beschränkt sich die Beschäftigung mit der Dresdner Täterschaft hauptsächlich auf die imagepolitisch zweckmäßige Integration der (neuen) Dresdner Synagoge in das Gedenkvokabular der Stadt. Die Thematisierung bleibt dabei meist formelhaft und abstrakt. Für weitergehende und konkrete Information müssen Initiativen wie das studentische Projekt audioscript.net sorgen, das einen umfangreichen Audio-Guide »zur Verfolgung und Vernichtung der Jüdinnen und Juden in Dresden« erstellt hat. ■

Vom Autor erscheint im April 2011 das Buch »›Erinnerung an‹ und für Deutschland. Dresden und der 13. Februar 1945 im Gedächtnis der Berliner Republik« im Verlag Westfälisches Dampfboot.



Der »Mythos Stolberg«

Jährlicher Naziaufmarsch in Stolberg bei Aachen

Für den 8. und 9. April 2010 rufen Neonazis im vierten Jahr in Folge zu einem »Fackelmarsch« und »Trauermarsch« im nordrhein-westfälischen Stolberg auf. Seit 2008 missbrauchen sie den tragischen Tod eines 19jährigen Berufsschülers, um ihre rassistische Propaganda auf die Straße zu tragen.

Von Dominik Clemens

Dresden, Bad Nenndorf, Remagen – dies sind Beispiele für einige Orte, die regelmäßig zum Schauplatz von Aufmärschen mit überregionaler Beteiligung der NS-Szene werden. Als Fixpunkte im extrem rechten Demonstrationskalender dienen sie der Etablierung einer braunen »Gedenkkultur«. In den genannten Städten deuten Neonazis historische Ereignisse (»Bombenholocaust« in Dresden, »Folterlager« im niedersächsischen Bad Nenndorf) in ihrem Sinn um. Das Beispiel von Stolberg zeigt, dass sich auch ein inzwischen beinahe alltägliches Ereignis für eine mythologische Überhöhung nutzen lässt.



^ Blockadetraining – dieses Jahr soll der Marsch verhindert werden

^^ Nazis marschieren in Stolberg 2008

»Mord an einem Kameraden«

Ausgangspunkt für den »Mythos Stolberg« war ein Ereignis in der Nacht vom 4. auf den 5. April 2008. Kevin P., ein 19jähriger Berufsschüler aus Eschweiler (Städteregion Aachen), befand sich gemeinsam mit einem Bekannten, der zuvor die Jahreshauptversammlung des NPD Kreisverbandes Aachen besucht hatte, auf dem Heimweg. Die Gruppe geriet in einen Streit mit anderen Jugendlichen, in deren Verlauf Kevin P. durch Messerstiche getötet wurde. Weil der Täter eine Migrationsbiographie besitzt, machte das Gerücht vom Mord an einem »Nationalisten« die Runde. Befeuert wurde diese Lesart durch den damaligen Dürener NPD-Kreisvorsitzenden Ingo Haller. Dieser verbreitete die Nachricht, ein »Kamerad« sei von »4 Türken getötet« worden und rief zu einer »Mahnwache« auf. Diese Propaganda entlarvte sich als völlig falsch. Nicht nur, dass der Täter aus dem Libanon stammte. Gerichtlich wurde später festgestellt, dass persönliche Streitigkeiten für die Tat ausschlaggebend waren. Wenige Stunden nach der Tat marschierten 160 Neonazis durch Stolberg. Es folgten zwei weitere Demonstrationen mit bis zu 800 Teilnehmern. Als die Lüge vom »Mord an einem Kameraden« nicht mehr zu halten war, schwenkten die Neonazis um und deuteten die Tat fortan im völkischen Sinne als Auswuchs der multikulturellen Gesellschaft.

NPD-Hochburg Stolberg

Seit 2009 werden die Demonstrationen in Stolberg von Ingo Haller organisiert. Um den Todestag von Kevin P. herum fanden jeweils ein abendlicher »Fackelmarsch« statt sowie der eigentliche »Trauermarsch«. Während der »Trauermarsch« mit 530 (2009) und 500 (2010) Teilnehmern relativ konstant besucht war, stieg die Zahl der Teilnehmer am »Fackelmarsch« von etwa 80 auf rund 230. Die Neonazis waren aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland angereist. Warum konnte ausgerechnet in einer eigentlich ganz durchschnittlichen westdeutschen Stadt mit knapp 58.000 Einwohnern die nach dem »Nationalen Antikriegstag« in Dortmund zweitgrößte regelmäßige neonazistische Demonstration in NRW etabliert werden? Stolberg galt als NPD-»Hochburg«, nachdem die Partei bei der Kommunalwahl 2004 in Fraktionsstärke in den Rat einzog. Älteren ist die Stadt zudem als langjähriger Sitz der 1994 verbotenen »Wiking-Jugend« bekannt. Mit dem Tod von Kevin P. hat die Szene ein symbolhaftes Ereignis für die in Neonazi-Kreisen ohnehin bekannte Stadt Stolberg gefunden

Neonazistische Strukturen mit guten Kontakten

In der Region existieren zudem aktive neonazistische Strukturen wie die »Kameradschaft Aachener Land« mit guten überregionalen und internationalen Kontakten. Hinzu kommt, dass die lokalpolitischen Akteure sich erst relativ spät gegen die Neonazi-Aktivitäten positionierten.

Bemerkenswert ist, dass die »Trauermärsche« nicht von der lokalen Stolberger NPD, sondern von Ingo Haller aus der Gemeinde Niederzier (Kreis Düren) organisiert werden. Der politische Spätzünder Haller (Jahrgang 1972) trat erstmals öffentlich für die NPD in Erscheinung und gilt als radikaler Neonazi. Er baute den Kreisverband Düren auf und schaffte es bis in den NRW-Landesvorstand der NPD. Sein Engagement in Stolberg erklärt sich damit, dass Haller seinen Einfluss in der Region ausdehnen wollte – in Konkurrenz zu seinem Stolberger Parteifreund Willibert Kunkel.

Trotz seiner zahlreichen Aktivitäten ging Hallers Parteikarriere im Herbst 2010 zu Ende, als er sich öffentlich mit seinem Landesvorstand anlegte.

Dies dürfte allerdings kaum Auswirkungen auf die Aufmärsche in Stolberg haben. Der Großteil der Teilnehmer stammte bislang aus dem Spektrum der sogenannten »Freien Kameradschaften« und »Autonomen Nationalisten«. Mit ihrem martialischen Auftreten inszenieren sie den von ihnen proklamierten »Kampf um die Straße«. Der »Event«-Charakter der Stolberg-Märsche dient auch dazu, erlebnisorientierte Jugendliche an die NS-Szene heranzuführen und zu binden.

Antifaschistische Blockaden angekündigt

Nazigegner haben in diesem Jahr erstmals größere Protestaktionen in der Kupferstadt angekündigt. Das «Stolberger Bündnis gegen Radikalismus« will wie in den vergangenen Jahren abseits der Route der extrem Rechten in der Innenstadt demonstrieren. Nach dem Vorbild der erfolgreichen Blockade von Europas größter Neonazi-Demonstration in Dresden im Februar 2010 will das »Bündnis gegen den Naziaufmarsch 2011 in Stolberg« in diesem Jahr den braunen Umzug erstmals mittels Menschenblockade verhindern. Dazu rufen rund 90 Organisationen auf, darunter Gewerkschaften, Parteien und Antifa-Gruppen, sowie zahlreiche Einzelpersonen. ■

Weitere Informationen zum Aufmarsch und Gegendemonstrationen unter www.blockieren.mobi.

Ja-Sager bestellt

Zur Fusion zwischen NPD und DVU

Die vermeintliche Fusion von NPD und DVU wurde manipuliert. Einer der Hauptakteure: Matthias Faust, DVU-Bundesvorsitzender und NPD-Bundesvize. Ein Dialog aus internen E-Mails der NPD, inwieweit bei Neueintritt DVU-Mitgliedsausweise rückdatiert werden müssten, ist ein weiteres Indiz .

Von Andreas Speit

»Vielen Dank für die Unterstützung«, schreibt Faust am 11. Dezember 2010 in einer Mail an den NPD-Landesgeschäftsführer Alexander Neidlein. Nicht zu Unrecht bedankt er sich einen Tag vor dem DVU-Bundesparteitag in Kirchheim, auf dem die DVU-Führung die Selbstauflösung in der NPD beschließen lassen wollte. Der Austausch von Faust und Neidlein aus den 62.000 E-Mails der NPD, die der taz vorliegen, lief schon länger. Am 7. Dezember fragt Neidlein Faust, ob seine Freundin »einen zurückdatierten DVU-Ausweis und eine zurückdatierte Einladung« für den Parteitag bräuchte. Das Mitgliedsbuch scheint nicht pünktlich angekommen zu sein. Am 11. Dezember beruhigt Faust jedoch Neidlein: »Anbei die Einladung für deine Freundin, bitte einfach ausdrucken und mitbringen. Der Ausweis ist dann nicht so wichtig.« Die Mails von Faust und Neidlein belegen zumindest in einem Fall, dass kurz vor der Abstimmung aus dem NPD-Umfeld neue DVU-Mitglieder geworben wurden.

Im November vergangen Jahres diskutierten die beiden indes über die Fahrtkosten von wohl zusätzlich bestellten Ja-Sagern zum Parteitag. Kämen vier Ja-Sager aus der »Kampfgruppe Schwäbisch Hall« koste die Anreise 180,- Euro, kämen »9 Mann« der Truppe, lägen die Kosten bei 524,- Euro«, schrieb Neidlein. Faust antwortete: »Die Kosten sind absolut in Ordnung.«

Fusionsgegner in den eigenen Reihen

Auch der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt wirkte aktiv an der Fusionsvorbereitung mit. Er bittet in einer Mail vom 5. Dezember an einen NPD-Bezirksvorsitzenden: »Sollten Sie noch der Verschmelzung gut gesonnene DVU-Mitglieder kennen, dann motivieren Sie doch diese, zum Bundesparteitag zu fahren.« Der Traum der Herren von einer »vereinten Rechten« wird Wirklichkeit – vorerst. Auf dem Parteitag stimmten am 12. Dezember 62 von 71 Teilnehmern für die Fusion. Die Vereinigungsgegner um den niedersächsischen DVU-Vorsitzenden Hans-Gerd Wiechmann hatten da schon den Parteitag verlassen und behauptet, viele Gesichter aus dem Umfeld der NPD gesehen zu haben. Sie kündigten an, Rechtsmittel wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten einzulegen. Vor dem Landgericht München hatten sie bereits Erfolg. Das Gericht folgte Ende Januar ihrer Argumentation, dass die Urabstimmung, die der erste Schritt zu einer Vereinigung ist, nicht nach demokratischen Regeln verlaufen sei. Dieser Stopp der Fusion könnte nun länger andauern. Denn die Fusionsgegner überlegen weitere rechtliche Mittel, auch weil der NPD schon vor dem Parteitag DVU-Mitgliederlisten zugänglich waren. Neidlein schreibt am 1. Dezember: »Wir sind gerade dabei am Durchtelefonieren der DVU-Listen. Ich kann dir aber, wenn du die Sache übernehmen willst, die Liste von MA [Mannheim, d. Red.] schicken.« Im »Superjahr« der Landtagwahlen kommt somit auf die NPD ein Dauerrechtsstreit zu. ■

Wahlziel verfehlt

Das Scheitern der NPD bei der Hamburger Bürgerschaftswahl

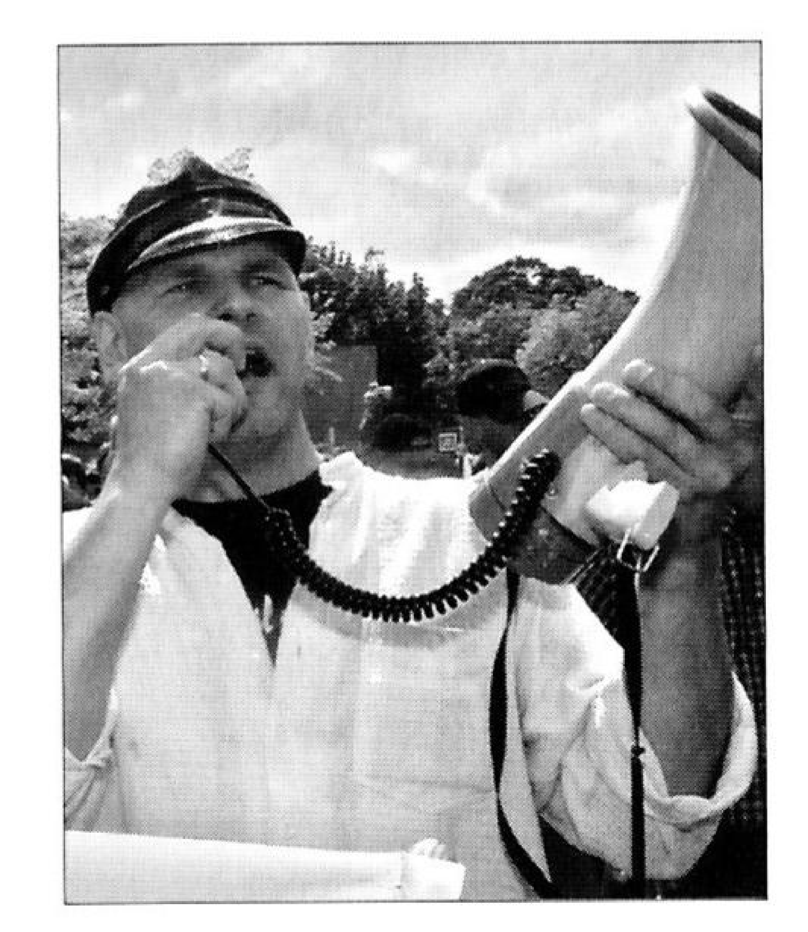
»Diesen Sonntag NPD wählen«, empfahl der Landesverband am Tag der Hamburger Bürgerschaftswahl, dem 20. Februar 2011. An diesem Wahlsonntag erreichte die NPD 30.106 Stimmen.

Von Andreas Speit

Diese 0,9 Prozent scheinen den Verband um Torben Klebe und Thomas Wulff enttäuscht zu haben. Zwei Tage nach der Wahl vom 20. Februar finden sich auf der Website nur Wahlappelle; weder wird den Wählern gedankt, noch das Wahlergebnis bekannt gegeben. Die NPD, im Wahlkampf von dem NPD-Bundesvorstandsmitglied Thomas Wulff angeführt, hatte sich vermeintlich realistische Ziele gesetzt. In der »Deutschen Stimme« führte Klebe im Januar aus, der Einzug in die Bürgerschaft würde geradezu »revolutionäre Verhältnisse bedeuten«. »1 Prozent plus X« gab der NPD-Spitzenkandidat und Landesvorsitzende als Wunschziel an. In einem parteiinternen Schreiben warb der Verband um Spenden: Die Chancen stünden günstig, in den Genuss der Parteienfinanzierung zu kommen.

Geldsegen aus dem Süden

Aus Marbella sollte eine Großspende von Immobilienmillionär Rolf Hanno kommen. Ende November 2010 war Wulff ihm in Spanien begegnet und hatte um Unterstützung gebeten. Nicht ohne Grund: Die Bundesführung hatte zwar der Kandidatur an der Elbe zugestimmt, aber auch erklärt, keine Mittel zu geben. Denn die Partei konzentriere sich in Sachsen-Anhalt und Bremen auf die Wahlen. Geld hat Hanno, Jahrgang 1919, der NPD schon öfters zukommen lassen. In den 1960er Jahren zog es das NPD-Gründungsmitglied aus Hamburg ins damals von Diktator Francisco Franco regierte Spanien, ohne dass er je die Kontakte zur deutschen Szene verlor.



< Thomas Wulff

Mit Xenophobie auf Stimmenfang

Ohne Bundesmittel führte der Landesverband einen offenen Wahlkampf gegen »Ausländer«. In Harburg und in der Innenstadt richtete er jeweils eine Kundgebung aus. Das Motto: »Mit kriminellen Ausländern kurzen Prozess machen«. Zu den Kundgebungen, die unter massivem Protest stattfanden, kamen, wie angekündigt, zwischen 40 und 50 Kameraden. Bei beiden Aktionen hielten die Männer und Frauen der »nationalen Partei« ein und dasselbe Transparent hoch: »Millionen Ausländer kosten Milliarden«. Der Tenor der Reden war: »Spart bei »den Fremden« nicht bei »den Deutschen«!«

In Billstedt gerieten NPD-Wahlhelfer, unter ihnen Wulff, mit einem Tattoostudiobesitzer aneinander. Er wollte vor seinem Studio keine NPD-Plakate. Ein NPDler soll ihn in den Unterleib getreten, ein weiterer ihn mit einer Axt bedroht haben. Mit gezogener Waffe stellten Polizisten später die Wahlhelfer: Bilder in den Medien, die vielleicht potentielle Wählerinnen und Wähler abschreckten. ■

Infoleck mit Folgen

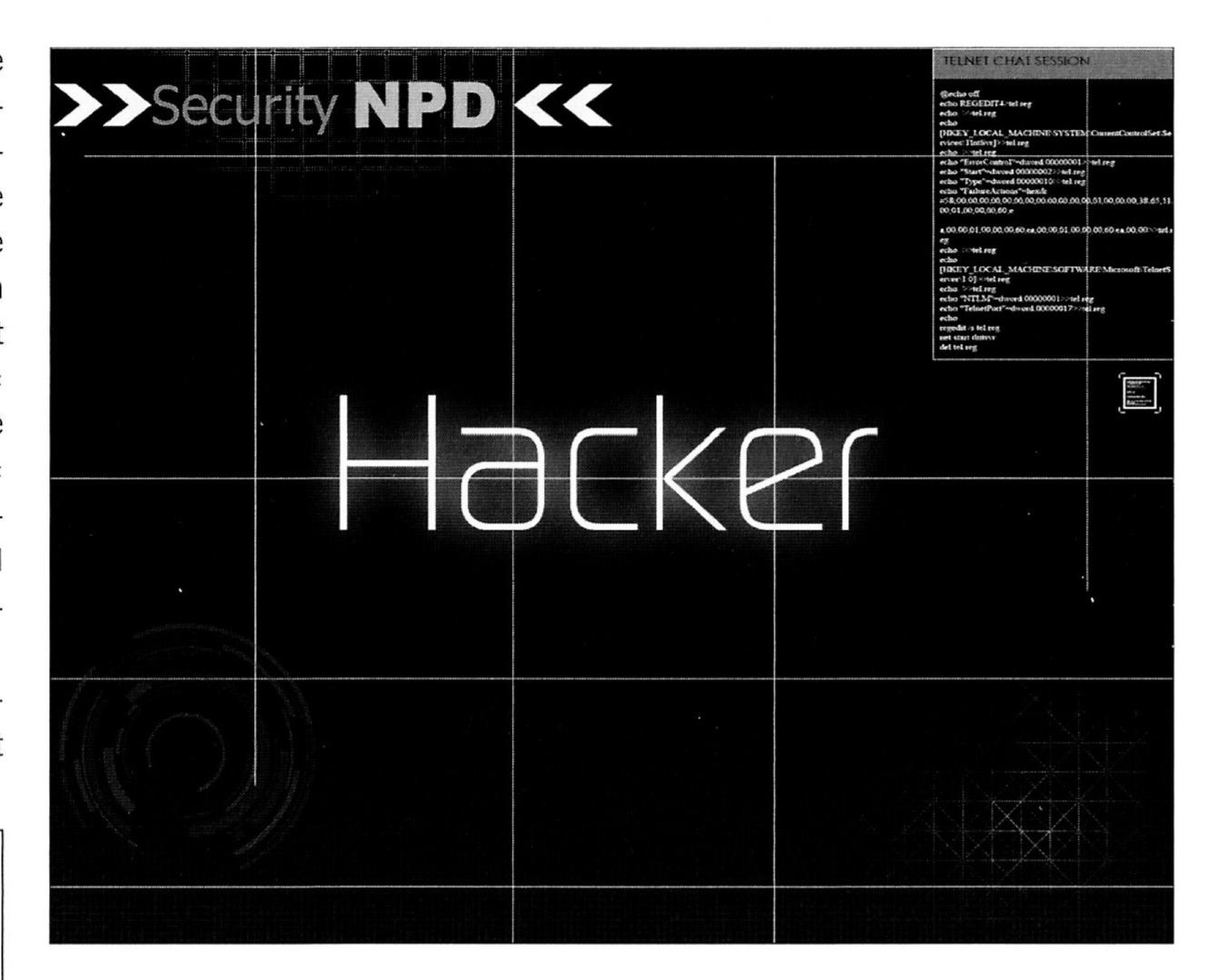
Veröffentlichung parteiinterner Mails der NPD

Die Führung schweigt zu den Details. Die NPD bemüht sich sehr, den Dateneinblick durch interne Mails nicht groß zu beachten. Ganz so als würden die 62.000 Mails nicht verschiedenen Medien vorliegen. Nichts Wichtiges und schon gar nichts Geheimes könne jetzt bekannt werden, will die NPD-Führung um Udo Voigt wohl vermitteln. Die Partei und auch die Szene weiß es selbst, die zugänglichen Informationen sind für sie verheerend.

Von Andreas Speit

»Vorsicht! Feind liest mit!«, warnt die NPD-Parteizentrale am 11. Februar 2011. »Da der Systempresse die Gruselgeschichten über die NPD scheinbar ausgegangen sind, müssen die nach Hetzberichten hechelnden Journalisten Hilfe von kriminellen Zulieferern in Anspruch nehmen«, wettert die Führung und warnt die Partei: »Liefern wir unseren Gegnern keine Vorlagen und gehen noch verantwortungsbewusster mit unserer gesamten Kommunikation um.« Der »Feindpresse« will denn der NPD-Bundespressesprecher Klaus Beier »keine Auskunft über parteiinterne oder persönliche Schriftwechsel« geben. Der taz, der neben weiteren Medien die Daten zugespielt wurden, drohte er: »Die Rechtsabteilung der NPD wird alle juristischen Möglichkeiten zur Strafverfolgung dieser kriminellen Handlung nutzen«.

Bei der taz, die seit Mitte Februar begonnen hat, die zugespielten E-Mails auszuwerten und zu veröffentlichen, ist aber nach der Androhung noch keine Rechtsverfügung eingegangen. Auch bei anderen Medien, die aus den Mails zitierten, ging bisher nichts ein.



Plattform für Tipps

Die Drohung sollte einschüchtern. Keine Überraschung, in den Mails kommunizieren doch auch Funktionsträger und Parteikader über Strategien und Personal. Sehr viele Amtsinhaber in Parlamenten und sehr viele Aktivisten in den Landesverbänden tauschen sich zudem in den Mails aus. Die Binnenverfasstheit einer zutiefst neonazistischen Partei, die sich jedoch bemüht, bürgernah soziale Themen und lokale Probleme aufzugreifen, wird darin deutlich sichtbar.

In den Mails finden sich Tipps und Tricks, wie NPD-Kader seriös und kompetent in der Öffentlichkeit auftreten könnten. Im Dezember 2010 diskutiert aber Matthias Gärtner, NPD-Landesvize, in den Mails über ein »Kanacken-Plakat«. Auf ihm ist eine Hand abgebildet, die eine Pistole nach vorn hält. Im Hintergrund ist eine Person, offenbar ein »Ausländer«, dargestellt. Das »offenbar« scheint Holger Apfel, NPD-Fraktionschef in Sachsen, zu stören. »Eine Horde widerwärtig aussehender Ausländer wäre mir da noch lieber«, schreibt Apfel, der als Wahlkampfleiter in Sachsen-Anhalt sehr straff den Wahlkampf führen möchte – was die Mails auch aufzeigen. Der NPD-Landtagsspitzenkandidat Matthias Heyder merkt im November vergangenen Jahres zu einer Wahlkampfpostkarte an, mit der die NPD sich dafür stark machen will, dass »kein deutsches Kind« hungern dürfe, dass das »deutsche« nicht gestrichen werden sollte. »Also immer schön arisieren die Karte. Sonst wird's wirklich unglaubwürdig – wenn wir für Negerkinder belegte Brote fordern«, schreibt Heyder. Mit dem Szenecode für »Heil Hitler«, der 88, beendet Thomas Wulff, NPD-Bundesvorstandsmitglied eine Mail im November 2010.

Neue Erkenntnisse

Diese internen Dialoge liefern keine neuen Erkenntnisse über die NPD, die auch in der allgemeinen Öffentlichkeit nicht immer versucht, ihr Ziel zu verheimlichen, das »System BRD« abzu-



»GEGENGIFT« EINGESTELLT

Die »Zeitschrift für Politik und Kultur« namens »Gegengift«, publiziert von Michael Ludwig, wurde mit Ausgabe vom 15. Februar 2011 nach mehrjährigem Erscheinen eingestellt. Das selbst erklärte ›konservative‹ Blatt trug sich finanziell nicht mehr. Nach Einstellung erhielten die Abonnenten Post von »Gegengift« zusammen mit der »Jungen Freiheit«. Ludwig gibt darin bekannt, dass er mit zukünftigem Wohnsitz »in Südeuropa« von dort als »Spanien-Korrespondent« der JF fungieren wird – gleichzeitig erhalten alle Abonnenten unverbindlich ein Probeabo der JF: »Sie werden mich und viele andere Gegengift-Autoren dort wiedertreffen.«

AUTOKRATIE STATT DEMOKRATIE

»Voreilige Verunglimpfung« warf Jan Maika, Herausgeber der in Ungarn erscheinenden deutschsprachigen »Budapester Zeitung«, in einem Kommentar in der »Jungen Freiheit« (11.01.2011) Politik und Journalisten vor, die das neue repressive Mediengesetz der ungarischen Rechtsregierung kritisieren. Wenig später schaltete er in dem Rechtsblatt eine Anzeige (04.02.2011), mit der er aus dem Kreis der JF-Leser einen Redakteur für sein Blatt sucht. Ende 2010 warnte er in einem Aufsatz in seiner Zeitung vor »Vorverurteilungen« der ungarischen Rechtsregierung. Maika befand: »Es kündet von westlicher Arroganz, den ungarischen Bürgern jetzt das Recht abzusprechen, einmal auszuprobieren, ob es sich unter einem eher autokratischen System vielleicht besser leben lässt!« Maika gründete 1994 in Budapest die deutschsprachige Zeitung »Der neue Pester Lloyd« mit. 1999 verließ er das Blatt. Er warf der Redaktion damals vor, sie sei »zu konservativ«. Als »modernen Gegenpol« gründet er die »Budapester Zeitung« (Auflage 15.000).

wickeln und ihren Hass gegen »Bimbos«, »Emanzen«, »Zecken«, Juden oder Punks zu artikulieren. Diese Partei kann nicht anders. Die Mails spiegeln jedoch wider, wie erfahrene Kader, die sich sonst öffentlich moderat geben, sich privat radikal gehen lassen. In den Momenten sind sie sich dann wohl selbst am nahesten.

Neue Erkenntnisse sind aber durch die Mails über Parteiprojekte und Strukturprozesse zu gewinnen. Nicht ohne Folgen. Vor dem Marsch »Recht auf Gedenken – Der Wahrheit eine Gasse« am 19. Februar 2011 dürfte der NPD wenig gelegen gekommen sein, dass Abfahrtsstädte und Routen der Busse vorab bekannt wurden. Nicht bloß eventuelle organisatorische Mühen machen der Parteiführung ganz andere Veröffentlichungen. In Sachsen überprüft die Landtagsverwaltung längst, inwieweit Apfel die Landtagsstrukturen rechtswidrig nutzt. Denn die Mails legen den Verdacht nahe, dass die Tatsache, dass Apfel als Wahlkampfleiter in Sachsen-Anhalt die Parlamentsinfrastruktur in Sachsen nutzt, rechtlich heikel ist.

Juristische Auseinandersetzungen dürften von der Rest-DVU um Hans-Gerd Wiechmann auf die NPD ganz sicher zukommen. Die Mails belegen, dass die Fusion von NPD und DVU manipuliert wurde. Mitten im Geschehen: Matthias Faust, formal noch DVU-Bundesvorsitzender und schon gewählter NPD-Bundesvize. »Vielen Dank für die Unterstützung«, schreibt Faust am 11. Dezember 2010 in einer Mail an den NPD-Landesgeschäftsführer Alexander Neidlein. Nicht zu Unrecht bedankt er sich, denn mit ihm überlegte er, bei Neueintritt ein Mitgliedsbuch vorzudatieren oder vereinbart Kosten für die Anreise von Ja-Sagern für die Fusion (siehe Seite 9). Neidlein hatte da schon Mitgliedslisten der DVU vorliegen. Wiechmann erklärte prompt, betroffene Landesverbände würden sich an die Datenschutzbeauftragte wenden.

Betrifft: Wahlkampf Sachsen-Anhalt

In den Mails verdichtet sich, wie wichtig der NPD ein Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt ist. Nicht ohne Motivationsrhetorik schreibt Heyer, diese Wahl sei eine »Schicksalswahl für die gesamte nationale Bewegung in Deutschland«. In den Mails wird aber deutlich, dass wenn im März diese Wahl nicht gelingt, in Zukunft der Verband nicht mehr mit einer so großen bundesweiten Wahlhilfe rechnen darf – weder personell, noch finanziell. Strategien und Intentionen des Wahlkampfs werden sichtbar, was nicht gefallen dürfte. Die Medien haben längst auch die Nachskizzierung in der taz zur Inszenierung des Übertritts des früheren SPD-Bürgermeisters Hans Püschel aus Krauschwitz zur NPD wahrgenommen. Die Mails zeigen, wie bemüht die Partei ist, diesen Übertritt in den Medien so groß und breit wie möglich zu inszenieren. Püschel spielt indes sehr gern mit. Im November schreibt er: »Wie [...] bereits gesagt, ist die Abgrenzung vorläufig gegenseitig das Beste, weil ich dann die Sache immer mal noch ein paar Tage befeuern und nachlegen kann. Als NPD-Mann wäre ich sofort raus aus den Medien. [...] Halte mir also im Moment die SPD-Größen warm und schiebe den Krach so lange wie möglich raus«, zitiert die taz den Ex-Sozialdemokraten.

Das Nichtwissen, was Medien nun wissen könnten, wird seit Wochen nicht allein die NPD-Führung verunsichern. Schon einmal musste die Partei auf ein großes Informationsleck reagieren. Dem »Spiegel« waren 2008 interne Mails zugespielt worden. Das Volumen war geringer. Das Nachrichtenmagazin veröffentlichte einen Beitrag, der sich vor allem mit dem damaligen Richtungsstreit der Partei auseinander setzte. Den Rechtsstreit, inwieweit aus den Mails zitiert werden durfte, verlor die NPD.

2011 trifft das Infoleck die Partei aber besonders: Das Volumen der Daten ist größer, der Termin kommt äußerst unpassend. Mehrere Medien haben erstmals mehrere tausende Mails über Interna der Partei vorliegen – von internen Debatten und parteiinternen Personalquerelen, Kontaktanfragen von Interessierten und Listen von DVU-Strukturen, Verträgen mit Firmen und Privatzwist unter Kaderpärchen. Die Partei, ihre Kader, Wirtschaftspartner und Sympathisanten können kaum einschätzen, mit welchen unangenehmen Fakten sie nun konfrontiert werden könnten.

Keine angenehme Lage im »Superjahr der Landtagswahlen«. Der NPD-Fraktionsvorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern spiegelt die interne Stimmung wider – bemüht moderat. Udo Pastörs rutschte in Dresden raus: »Es sorgt für Verstimmung innerhalb der Partei, dass die Parteizentrale in Berlin offenbar nicht in der Lage ist, den Mailverkehr ordentlich zu verschlüsseln.« ■

STEFAN SILAR VERURTEILT

Am 2. März 2011 wurde Stefan Silar wegen schweren Landfriedensbruchs vor dem Schöffengericht des Tostedter Amtsgerichts zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten ohne Bewährung verurteilt. Er hatte, bewaffnet mit einem Messer, versucht, eine Gruppe von AntifaschistInnen anzugreifen, die gegen seinen Szeneladen »Streetwear Tostedt« demonstrieren wollten. Die Richterin hob bei der Urteilsbegründung hervor, dass Silar bereits 1992 als 19-Jähriger wegen Totschlags zu einer sechsjährigen Freiheitsstrafe und später unter anderem wegen Körperverletzung, Sachbeschädigung, Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole und Verstoßes gegen das Waffengesetz verurteilt worden war. Silar hat gegen das Urteil vom 2. März Berufung eingelegt.

»GERMAN DEFENCE LEAGUE«



Am 5. Februar 2011 marschierte in Luton die »English Defence League« (EDL, siehe **DRR** Nr. 121) auf unter der Parole: »Back where it all began. No surrender to militant Islam«. Die EDL hoffte zu dem Marsch bis zu 7.000 UnterstützerInnen mobilisieren zu können, doch tatsächlich kamen ›nur‹ 2.500 bis 3.000 Anhänger (ausführlicher: www.hopenothate.org.uk) – auch aus anderen europäischen Ländern, darunter drei Deutsche von der »German Defence League« (GDL). Sie präsentierten sich mit GDL- und Deutschlandfahne in Luton. Gegründet wurde die GDL als deutscher Ableger am 3. Februar 2010 in Hannover. Während ihre Facebook-Gruppe mittlerweile über 1.000 Mitglieder hat, scheint die Organisation im realen Leben nur aus einigen wegen Aktiven in Hannover und Stuttgart zu bestehen, die es verstehen, sich gut in Szene zu setzen. Parallel existiert, zumindest im Internet, eine weitere GDL, deren Domain auf Hendrik Bartels aus Marburg angemeldet ist. Erstere sagen indes über sich, dass sie die »die GDL« seien, »punkt«.

»PRO SACHSEN«

In Sachsen haben sich vier rechte Kleinparteien am 5. Februar 2011 in Kamenz zur neuen »Bürgerbewegung Pro Sachsen« vereint, um 2014 an der Landtagswahl teilzunehmen. Zum Vorsitzenden wurde der ehemalige Bundestagsabgeordnete der CDU Henry Nitzsche (Vorsitzender der »Wählervereinigung Arbeit, Familie, Vaterland«), gewählt. Stellvertreter sind Robert Rink (Bundesvorsitzender der »Deutschen Sozialen Union«), Johannes Hertrampf (Bundesvorsitzender der »Freiheitlichen Partei Deutschlands«) und Mirko Schmidt (Vorsitzender der »Sächsischen Volkspartei«). Schmidt saß von 2004 bis 2005 für die NPD im Sächsischen Landtag.

Bereits seit einem Jahr planen die Organisationen ihren Zusammenschluss. Gäste der Gründungsveranstaltung waren Oscar Freysinger (Nationalrat der »Schweizerischen Volkspartei«) sowie zwei Burschenschaftler aus Österreich. »Pro NRW« gratulierte zur Gründung, »Pro Deutschland« hat die neue Organisation auf ihrer Website verlinkt.

»Kein Stüttgürt 21!«
Vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg

Bei den baden-württembergischen Landtagswahlen im März tritt die NPD fast flächendeckend mit DirektkandidatInnen an. Der Zustand der Partei ist jedoch desolat.

Von Robert Andreasch

In 68 von 70 baden-württembergischen Wahlkreisen werden bei den Landtagswahlen am 27. März 2011 KandidatInnen der NPD auf dem Wahlzettel stehen. Nur in den Wahlkreisen Heidelberg und Freiburg II hat es die Partei nicht geschafft, die jeweils benötigten 150 Unterstützungsunterschriften beizubringen. Gegenüber der Landtagswahl im Jahr 2006 ist das ein bemerkenswerter Fortschritt, denn vor allem wegen Streitigkeiten mit Günther Deckert konnten damals nur 52 Wahlkreise besetzt werden, was das NPD-Ergebnis schließlich auf 0,7 Prozent drückte.



Probleme, Probleme, Probleme

Die Südwest-NPD hat jedoch noch immer ein Personalproblem: Zur Aufstellung motiviert werden konnten vor allem NPD-»Urgesteine« wie Edda und Hans Schmidt (Bisingen) oder Axel Heinzmann (Wannweil) sowie bekannte Funktionäre der »Jungen Nationaldemokraten« (JN) wie zum Beispiel der »Zuerst!«-Mitarbeiter Marcel Müller (Selent/Neckarsulm). Auch wenn in diesem Jahr mit Friedrich Kellermann (Schwäbisch Hall) ein ehemaliges Mitglied »Der Republikaner« (REP) und mit Markus Fries (Böblingen) ein früherer CDU-Aktivist für die neonazistische Partei gewonnen werden konnten, müssen viele der 48 DirektkandidatInnen gleich in zwei Wahlkreisen antreten. Bereits im Vorfeld habe das Sammeln der Unterstützungsunterschriften »einigen wenigen von uns ruhelose Nächte und stressige Wochen [...] verursacht«, so der im November 2010 wegen Volksverhetzung verurteilte Vize-Landesvorsitzende und NPD-Kreistagsabgeordnete Janus (früher: Janusz) Nowak (Sindelfingen) in einem Rundschreiben. In einer internen E-Mail hatte er sich noch im Dezember 2010 bitter über die »Parteifreunde« des etwa 460 Mitglieder umfassenden Landesverbands beschwert. Sie seien »offensichtlich unfähig« über Monate hinweg auch »nur eine Unterschrift am Tag zu sammeln«. Auch die »Freien Kräfte«, mit denen die NPD Baden-Württemberg derzeit den Großaufmarsch am 1. Mai 2011 in Heilbronn organisiert, hatten die Partei weitgehend im Stich gelassen. Die Bundespartei sprang ein und entsandte AktivistInnen aus den Landesverbänden Bayern, Sachsen, Thüringen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Brandenburg in die Fußgängerzonen im Südwesten. Die NPD-Parteiführung dürfte an einer Wahlteilnahme vor allem im Hinblick auf die Wahlkampfkostenrückerstattung interessiert sein. Ein Ergebnis wie bei der Bundestagswahl 2009, als die NPD in Baden-Württemberg ein Zweitstimmenergebnis von 1,1 Prozent erreichte, würde die offensichtlich leere Parteikasse deutlich auffüllen. Für den Wahlkampf benötige die Partei 50.000,- Euro an zusätzlichen Spenden, heißt es seit Monaten, doch wenige Wochen vor der Wahl ist davon nicht einmal ein Viertel eingegangen.

Wahlkampf auf Sparflamme

Prompt ist bisher kaum Wahlkampfmaterial aufgetaucht, allenfalls ein Facebook-Account wurde eingerichtet, mit dem auf das Wahlprogramm hingewiesen wird: Die »Volksgemeinschaft« dürfe nicht durch »Überfremdung« und »Klassengegensätze [...] gesprengt« werden, heißt es darin und dass die NPD »gesetzliche Regelungen zur Rückführung eines Großteils der hier lebenden Ausländer« und die »Wiedereinführung alternativer Strafvollzugsverfahren (z. B. Zuchthaus)« fordere. Daneben will der Landesvorsitzende Jürgen Schützinger (Villingen-Schwenningen) unbedingt mit einer Kampagne gegen den »Islamunterricht« Stimmung machen und deutet dabei die Wahlmöglichkeit für muslimische SchülerInnen in einen Pflichtunterricht für alle baden-württembergischen Kinder um.

Die populistische Steilvorlage »Bahnhofstieferlegung« in Stuttgart spielt jedoch kaum eine Rolle. Voller Widersprüche heißt es »Die baden-württembergischen Nationaldemokraten streben eine Volksabstimmung über den Bauabbruch oder die Fortführung an [...] Wir wollen den Bürgerprotest nicht schmälern oder spalten. Ganz im Gegenteil: Würden genauso viele Stuttgarter gegen die Überfremdung und alle Probleme, die damit zusammenhängen, aufstehen und auf die Straße gehen, wie gegen das Milliardengrab S21, dann müßte die Politik auch in diesem Fall ein nachhaltiges, ehrliches Konzept entwickeln. [...] Die NPD hat sich bewußt aus ›S21‹ herausgehalten und hat täglich ihre Anhänger OHNE eine Parteifahne vor Ort«. Die Protestbewegung, deren durchgestrichenes »Stuttgart 21«-Logo die NPD rassistisch in ein »Stüttgürt 21«-Schild gewendet hat, wird dagegen auf der Homepage der baden-württembergischen NPD diffamiert: »Man darf dabei nicht außer Acht lassen, daß die meisten Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger nicht ahnen konnten, daß sie von verantwortungslosen und nur auf Krawalle ausgerichteten Antifa-Banden in diese Konfrontation geworfen werden sollten«.

Größenwahn

In die Medienberichterstattung schaffte es die Partei bisher nur durch die haltlosen Ankündigungen, in Tuttlingen und in Pfullendorf Immobilien erwerben zu wollen. Trotzdem legte die Landesführung zuletzt in grotesker Übertreibung neue Vorgaben für die Landtagswahl fest: Jürgen Schützinger kündigt nun den Einzug der NPD in das Stuttgarter Parlament mit einem noch vor der FDP liegenden Ergebnis an. Dagegen spricht neben der Konkurrenz durch die flächendeckend antretenden REP (Ergebnis 2006: 2,5 Prozent) der desolate Zustand der eigenen Partei. Ein Blick auf den Wahlspot der NPD reicht: Die erbärmlich schlechte Präsentation sei ganz »bewußt ohne bewegte Bilder und großem Tam-Tam« gehalten, heißt es keck aus dem Landesvorstand. Es ist das Wahlkampfvideo von 2006. ■

Bremerhaven – Steigbügel der NPD

Bürgerschaftswahl in Bremen

Die braunen Jalousien sind meist herunter gelassen. Auch die Fenster zum kleinen Hinterhof, auf dem sich die Müllsäcke, Tapetenreste und ein ausgemusterter Weihnachtsbaum stapeln, sind dicht gemacht. Dass der ehemalige Friseursalon im abgelegenen Bremerhavener Ortsteil Surheide noch genutzt wird, verrät nur ein Schild über der Eingangstür: »Bürgerbüro der NPD – Die Volksunion«.

Von Otto Belina und Andrea Röpke

Einst saß die Bremerhavener DVU im kleinen Flachdachgebäude in der Viehländerstraße, dem Anbau eines kleinen Ladens mit Lotterieannahme, Zeitschriften und Paketversand. Nach der geplanten Fusion der beiden Parteien wurden die Räumlichkeiten von der NPD übernommen. Am 9. Januar 2011 fand die Büroeröffnung statt mit rund 20 NPD-AnhängerInnen, darunter auch dem Parteivorsitzenden Udo Voigt aus Berlin. Das Büro soll nicht nur als neue Anlaufstelle dienen, sondern scheint auch als Lagerstätte zu fungieren. Direkt nebenan stapeln sich in einer Garage die Kartons voller Werbematerial. Die Neonazis aus der Hansestadt sitzen in den Startlöchern, denn am 22. Mai 2011 gibt es mehrere Wahlen: die Bremer Bürgerschaftswahl, die Kommunalwahl in Bremerhaven und Bremen. In einem Internet-Video kündigt Jens Pühse, Wahlkampfleiter der NPD für Bremen, eine Hartz-IV-Beratung, Hausaufgabenhilfe und einen Unternehmer-Stammtisch an. Die Partei will Bürgernähe zeigen und sich als »die Kümmerer« anbiedern. Zweimal in der Woche öffnet das Bürgerbüro für jeweils zwei Stunden. Bei einer ihrer ersten Öffnungszeiten ist von Bürgernähe nichts zu spüren. Lediglich der erwachsene Sohn der benachbarten Ladeninhaberin stattet den Kameraden einen Besuch ab. Um einen großen ovalen Tisch stehen dort ein Dutzend blauer Stühle, darauf Kaffee, Cola und Salzstangen, an den kahlen Wänden hängen vereinzelt NPD-Plakate. Das schwache Licht kommt von zwei Neonröhren an der Decke. Auf interessierte BürgerInnen warten der Bremer NPD-Landesvorsitzende, Horst Görmann, und ein junger Aktivist an diesem Tag vergeblich. Nur zwei ältere Kameraden holen sich einige Kisten mit Werbematerial ab und laden diese in ihr Auto. Mit den angekündigten Öffnungszeiten nehmen es die Partei-Kameraden nicht so genau. Horst Görmann, mit grünem Jägerhut und Aktentasche in der Hand, macht das Büro bereits nach einer dreiviertel Stunde wieder zu.



NPD bald auch im Westen?

Die ernstzunehmende Gefahr eines Wahlerfolgs der NPD ist in der Hansestadt gegeben. Der Steigbügelhalter der NPD in die Bremer Bürgerschaft wird der Wahlbereich Bremerhaven sein. Sollte es die NPD schaffen, die gefestigte Stammwählerschaft der ehemaligen DVU in Bremerhaven für sich zu gewinnen, dann ist der Einzug in die Bürgerschaft trotz fehlender kommunaler Verankerung und fähiger Partei-Funktionäre möglich. Denn eine Besonderheit im Bremer Wahlrecht macht es möglich, dass es der NPD reicht, wenn sie nur in einem der beiden Wahlbereiche die Fünf-Prozent-Hürde schafft, um ins Bremer Landesparlament einzuziehen.

Wahlkampf (fast) ohne Bremer Kameraden

Anders als in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern verfügt die Bremer NPD über keine kommunale Verankerung. Es gibt nur kleine bürgerliche Sympathisantenkreise und Anschluss an die »Freien Nationalisten Bremen«. Die beiden ehemaligen DVU-Stadtteilbeiräte, Dirk Lampe und Karlo Ronstadt, die zur NPD übergetreten sind, fielen bislang nur durch ihre Inaktivität in den Beiräten und Ausschüssen auf. Die braune Partei kann in der Hansestadt kaum fähige Partei-Kader vorweisen. Das gesamte Führungspersonal muss für den Wahlkampf aus anderen Bundesländern importiert werden: Jens Pühse, stammt zwar aus Bremen, war aber bis zu seiner Ernennung zum Wahlkampfleiter und Spitzenkandidat für den Wahlbereich Bremerhaven jahrelang Geschäftsführer der »Deutschen Stimme« im sächsischen Riesa. Der Spitzenkandidat für den Wahlbereich Bremen, Matthias Faust, war bislang in Hamburg politisch aktiv. Der stellvertretende Wahlkampfleiter Patrick Wieschke pendelt aus Thüringen an die Weser, nur um Unterschriften für den Wahlantritt zu sammeln.

Auch finanziell ist die Bremer NPD auf fremde Hilfe angewiesen. Ende Januar gewährte der bayerische NPD-Landesverband den klammen Bremer Kameraden ein »Wahlkampfdarlehen von mehr als 55.000,- Euro aus Mitgliedereinnahmen« und sicherte außerdem für den »Wahlkampfendspurt im Frühjahr erhebliche personelle Unterstützung« zu.

Provokation als Prinzip

Die NPD setzt in ihrem Wahlkampf klar auf eine »altbewährte« Strategie, mit der auch die DVU seit 1987 fünfmal in die Bremer Bürgerschaft einziehen konnte: Hetze gegen MigrantInnen. »Multikulti-Wahn beenden! Bremen bleibt in deutschen Händen!« oder »Ist der Ali kriminell, in die Heimat, aber schnell!« ist auf den Wahlplakaten zu lesen. Wie in Sachsen-Anhalt auch, setzt die Bremer Partei bei ihrem Wahlkampf auf Provokationen, pseudo-soziale Themen und großspurige Ankündigungen, um es auf die Tagesordnung der medialen Berichterstattung zu schaffen. Zumindest mit einem Thema ist ihr dies gelungen: Für den 1. Mai hat die NPD eine Demonstration in der Bremer Innenstadt sowie einen »Sozialkongress« unter dem Motto »Soziale Sicherheit statt Raubtierkapitalismus!« angemeldet. Als Redner und Diskutanten ist neben den üblichen NPD-Führern auch die Vorsitzende des Vereins »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige« (HNG), Ursula Müller, angekündigt.

Nach bundesweiten Razzien im Jahr 2010 wurde gegen ihre Organisation ein Verbotsverfahren eingeleitet. Sie gilt als größte extrem rechte Organisation in der Bundesrepublik. ■

Kandidat Heyder

Spitzenkandidat der NPD in Sachsen-Anhalt

Der aus Elbingerode stammende Landesvorsitzende der NPD in Sachsen-Anhalt, Matthias Heyder, geht als Spitzenkandidat für die Neonazipartei in die Landtagswahlen am 20. März. Sein Verhältnis zu den »Kameradschaften« ist gespannt.

Von Kai Budler und Roland Meixelsberger

Dem Vorsitz Matthias Heyders im Landesverband Sachsen-Anhalt der NPD waren interne Machtkämpfe vorausgegangen. Im September 2008 trat der größte Teil des damaligen NPD-Landesvorstandes unter der Vorsitzenden Carola Holz zurück. Der Putsch war damals unter anderem von Heyder, Michael Schäfer (Bundesvorsitzender der »Jungen Nationaldemokraten«, JN), Philipp Valenta (ehemaliger JN-Landesvorsitzender) und Matthias Gärtner (JN-Bundesvorstandsmitglied) vorbereitet worden und spielte den sich selbst als »reformistisch« nennenden Flügel gegen den »revolutionistischen« Flügel aus. Die scheidende Landesvorsitzende brachte es auf den Punkt: »Das Ende einer Ära ist in Sicht, denn eine revolutionäre Partei braucht keine Reform sie braucht Revolution.«



^ NPD-Spitzenkandidat Matthias Heyder (re.).

Zerstrittener Verband

Der Unternehmer Heyder versucht sich seit jeher seriös und bürgernah zu geben, um die NPD zu verankern. Doch damit bedient er das in der Szene der neonazistischen »Kameradschaften« verhasste Bild des »Polit-Biedermanns«, der bloß nach Posten und Macht schielt. In seinem Kreisverband (NPD Harz) steht ihm der ehemalige Student der Politikwissenschaft Schäfer zu Seite, der zumindest noch über ein wenig Ansehen bei den »Kameradschaften« im Harz verfügt. Der Putsch im Landesverband, die daraus resultierenden und bis heute bestehenden Feindschaften und die mangelnde Unterstützung für Heyder in verschiedenen Kreisverbänden sowie in Teilen der »Kameradschaften« lassen an einem Erfolg bei der Landtagswahl erhebliche Zweifel zu.

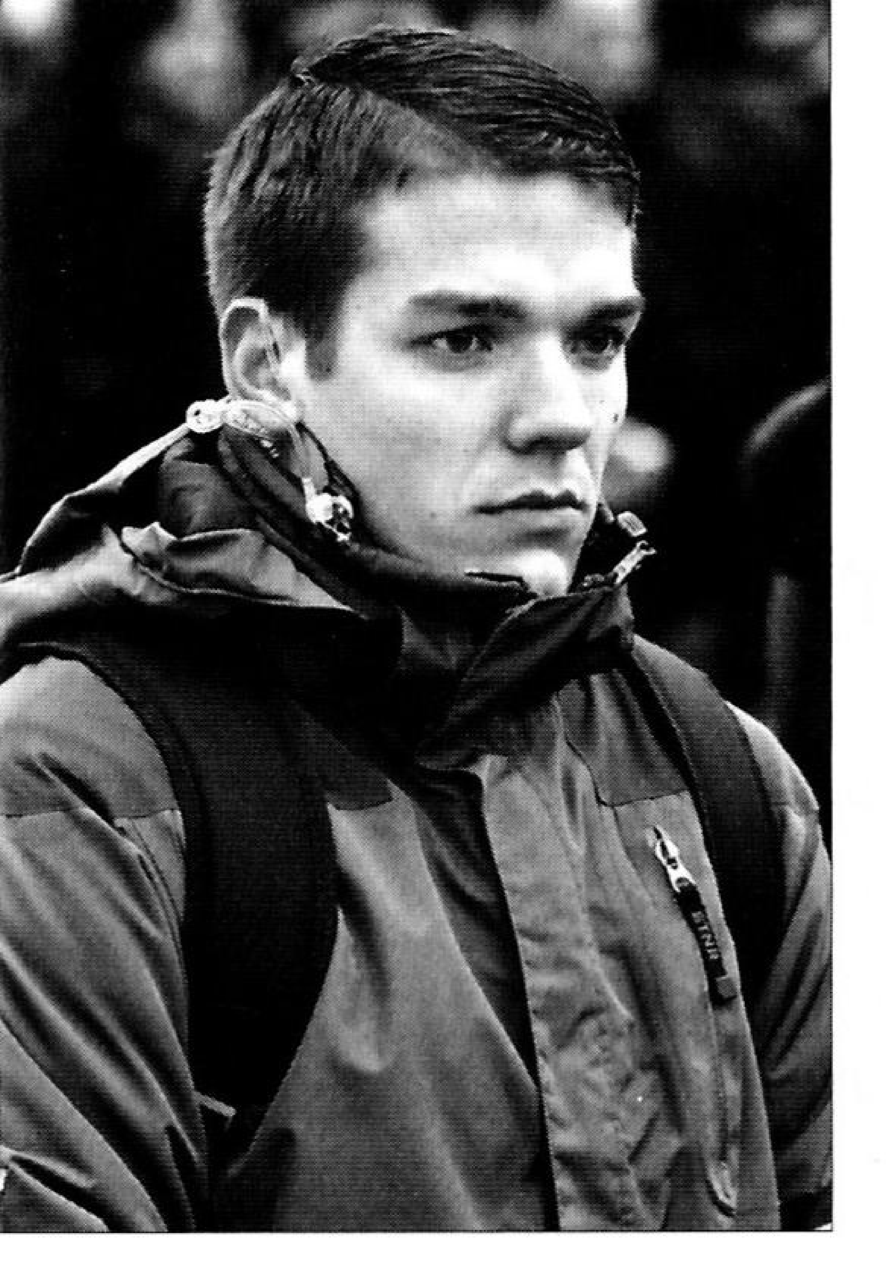
Dessen ist man sich wahrscheinlich auch in der Bundespartei bewusst. Dies dürfte ein Grund für die Ernennung des Fraktionsvorsitzenden der sächsischen NPD, Holger Apfel, zum Wahlkampfleiter für Sachsen-Anhalt sein. Da verwundert es auch nicht, dass die NPD nicht mit großen Worten spart, wenn es um die bevorstehende Wahl geht. »Schicksalswahl für die nationale Bewegung« oder die »wichtigste kommende Wahl«, sei es. Mit Heyder wollen die Neonazis neben Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern in das dritte Landesparlament einziehen. Auch der Bundesvorsitzende der NPD, Udo Voigt, hatte auf dem letzten Bundesparteitag in Hohenmölsen seine Anhänger auf die Landtagswahl eingeschworen und angekündigt, die Finanzressourcen der Organisation auf das Bundesland zu konzentrieren. Dazu gehören offenbar auch Gelder einzelner Parteifunktionäre wie Udo Pastörs. Laut eines Darlehensvertrages sind allein von ihm 25.000,- Euro an den Landesverband geflossen. Der Transfer verwundert nicht, denn allein kann die chronisch klamme Partei das Geld für Wahlkampfzeitungen, Flyer und Plakate nicht aufbringen.

Das gilt auch für die personellen Ressourcen. Weil der zerstrittene Landesverband seine etwa 230 Parteimitglieder nicht in ausreichendem Maße zum Wahlkampf bewegen kann, zählt der NPD-Landesvorsitzende Heyder auf Wahlkampfhelfer aus anderen Bundesländern. In einer Video-Botschaft macht der den potenziellen Helfern Versprechungen: »Wir zahlen euch ein Tagegeld und sicher auch die notwendigen Auslagen, die ihr habt. Aber wir brauchen jetzt so viel Personal wie möglich, um flächendeckend in die Verteilung und Plakatierung zu gehen«. Schon beim Bundesparteitag in Hohenmölsen sprach der NPD-Spitzenkandidat von einer »Generalmobilmachung der Partei«. Nun kümmern sich unter anderem Neonazis aus Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein um Plakatierung und Verteilung der Wahlkampfzeitung. Die soll nach NPD-Angaben mittlerweile in zweiter Auflage mit rund einer Million Exemplaren gedruckt worden sein.

Regionale Verankerung

Der 1972 geborene Bankkaufmann Matthias Heyder ist die Gallionsfigur der NPD bei ihrem Versuch, in den Magdeburger Landtag einzuziehen. Bei der Bundestagswahl 2009 war Heyder für den NPD-Kreisverband Harz zur Wahl angetreten und hatte dort mit 2,7 Prozent das drittbeste Ergebnis von neun Kandidaten der Partei in Sachsen-Anhalt erreicht. In seinem Wahlkampf kann er auf die steigende regionale Verankerung der NPD setzen, die seit ihrer Umstrukturierung 2005 und den folgenden Kommunalwahlen zu beobachten ist.

Im Januar 2011 absolvierte Heyder noch schnell ein Praktikum bei der Schweriner NPD-Landtagsfraktion und kritisierte gemeinsam mit Apfel die Trägheit des NPD-Wahlkampfes. In Mails bemängelt er Verzögerungen bei der Verbreitung der Wahlkampfzeitung und vermisst verbindliche Hilfszusagen. Als Landesvorsitzender weiß Heyder aber auch um die schlechte personelle Situation seiner Partei. Angesichts der geplanten »Tour des Spitzenkandidaten« vor der Landtagswahl erklärte er bereits: »Ich fahr nicht allein durch dieses Land!« Mit Blick auf die Streitigkeiten in der Partei von 2008 und die Zahl der Aktiven von NPD und JN in Sachsen-Anhalt wird schnell klar, dass ihm kaum »Kameraden« zur Seite stehen. Auch sein Plan, mit einem gemieteten Flugzeug »von Termin zu Termin« durchs Land zu reisen, scheiterte. Der PR-Gag hätte um die 9.000,- Euro gekostet. Viel zu viel für die Pleitepartei. Die Geldgeber und Sponsoren des Wahlkampfes dürften für solche Extravaganzen jedenfalls wenig Verständnis aufbringen. ■



»Freies Netz Leipziger Land«

Neonazis in der sächsischen Provinz

Eigentlich sieht man es ihm gar nicht an. Wenn Manuel Tripp in Leipzig Jura-Vorlesungen besucht, wirkt der 22-Jährige unauffällig. Doch der Schein trügt. Der Geithainer mit kindlich-naivem Gesicht und akkurat gestylter Frisur gilt als Kopf eines wachsenden Neonazi-Netzwerks im Leipziger Umland. In seiner Heimatstadt sitzt der Student seit August 2009 dank der NPD im Stadtrat.

Von Patrick Limbach

Dort gibt sich der parteilose Kommunalpolitiker trotz Ausgrenzung durch seine demokratischen Kollegen alle Mühe, sich an politischen Gestaltungsprozessen aktiv zu beteiligen. Bei den Ratsversammlungen hinterließ er bei Beobachtern stets einen gut informierten Eindruck. Thematisch besetzte er bislang nicht allein klassisch rechte Gebiete wie linksmotivierte Gewalttaten (»Linker Terror«) oder »Ausländer«, sondern betrat im März 2010 mit einem Antrag zur Verschiebung eines Sanierungstermins für Kläranlagen den kommunalpolitischen Alltag.

Beteiligte Kameradschaften

Neben seiner Tätigkeit im Stadtparlament steht Tripp an der Spitze des »Freien Netz Leipziger Land«. Bis Dezember 2010 bildeten sich im Umfeld des »Freien Netz Borna/Geithain«, dem er zusammen mit Tony Keil (Borna) vorsteht, eine Reihe kleiner Kameradschaften. Den Anfang machten Ende 2009 die »Nationalen Sozialisten Frohburg«. Im September 2010 formierten sich die »Freien Kräfte Kohrener Land«, die mit Karl-Heinz Hoffmann einen bekannten Sympathisanten vorweisen können. Der ehemalige Kopf der nach ihm benannten Wehrsportgruppe besitzt seit Anfang 2004 in Sahlis ein Rittergut.

Anfang Dezember komplettierten die »Nationalen Sozialisten Lunzenau« den Gründungsreigen. Die Schaffung der organisierten Strukturen ist der Höhepunkt eines langatmigen Rekrutierungs- und Politisierungsprozesses durch Tripp und seine Gefolgsleute. Einige Kameraden bewegen sich bereits seit mehreren Jahren in der Szene. Ein Mitglied der Lunzenauer Kameradschaft soll gar Kontakte zum 2007 verbotenen »Sturm 34« (Mittweida) gepflegt haben. Der Zusammenschluss der Gruppen zum »Freien Netz Leipziger Land« bedeutete für Tripp einen Ausbau seines persönlichen Einflusses innerhalb des »Freien Netz Mitteldeutschland« – dem bedeutendsten braunen Vernetzungsprojekt (ehemaliger) »Freier Kräfte« in der Region.

Aktionen

Im Oktober 2010 übten sich Tripp und Konsorten wöchentlich in blindem Aktionismus. Ihre Mini-Kampagne »Unsere Heimat stirbt« diente den Neonazis vordergründig zur Machtdemonstration. Binnen eines Monats zeigten jeweils 40 bis 50 Kameraden bei Kundgebungen in Kohren-Sahlis (3.10.), Borna (23.10.), Geithain (9.10.), und Frohburg (30.10.) ihr Gesicht. Am 16. Oktober demonstrierten rund 100 Neonazis spontan durch Tripps Wohnort, um anschließend mit der Bahn zu einer Großkundgebung nach Leipzig zu fahren. Daneben versuchten die Unterstützer des »Freien Netz« ihre prägnante Botschaft mittels Grafittis und Verkleben von Plakaten und Aufklebern unter die Menschen zu bringen.

Doch nicht alle Aktionen dürften vom unwissenden Bürger verstanden worden sein. In der Nacht vom 5. auf den 6. Oktober 2010 beschmierten Unbekannte den Bad Lausicker Bahnhofstunnel mit roter Farbe und markierten die Silhouette eines menschlichen Körpers. Scheinbar waren sich die Täter nicht sicher, ob ihre Aktion den gewünschten Inhalte transportieren würde. Mehrere Ortsgruppen verlautbarten deshalb in einer Erklärung, die »Widerstandsbewegung im Leipziger Land« wolle »die momentane demografische Katastrophe in anschaulicher Weise in die Öffentlichkeit [...] tragen.«

Die Schließung eines Jugendclubs im Geithainer Ortsteil Syhra bot den Neonazis um Manuel Tripp den Stoff für eine neue Kampagne. Ende Dezember schloss Bürgermeisterin Romy Bauer (CDU) den Treff wegen einer Sachbeschädigung. Der tatsächliche Grund für den Verwaltungsakt dürfte in der politischen Gesinnung seiner Nutzer gelegen haben. Aufschluss darüber bietet eine User-Gruppe in der Webcommunity »MeinVZ«. Dort bekennen sich 36 Nutzer mit einem Flyer »Jugend braucht Freiraum! – Jugendclub Syhra erkämpfen und verteidigen« zu dem Club. Als Kontakt wird die Domain des »Freien Netz Borna/Geithain« genannt. In einem Beitrag zur aktuellen Situation des Falls wirken die Kameraden bestens informiert: »Die Clubleitung aus Syhra [...] hat bereits Beschwerde beim Kreisjugendring und eine Rechtsaufsichtsbeschwerde gegen Bauer gestellt. Der Widerstand der Geithainer Einwohnerschaft, allen voran der heimattreuen Bewegung, gegen diesen willkürlichen Schlag gegen die eigene Jugend wird weiterhin anwachsen und Druck aufbauen [...] .« Wie dieser Druck in der Realität aussehen kann, wissen die Autoren ebenfalls zu berichten. »Diese überkochende Wut musste sie (Romy Bauer, Anm. d. Red.) nun [...] am eigenen Leib spüren: Ihr VW Polo wurde von Unbekannten entglast und die Spiegel abgetreten.«

Zu welcher Gewalt manche von Tripps Gefolgsleuten bereit sind, zeigte sich am 7. Mai 2010. Der zur Tatzeit 19-jährige Albert R. (Lunzenau) fügte einem 15-jährigen nicht-rechten Jugendlichen auf dem Vorplatz einer Geithainer Tankstelle mit einem Faustschlag eine Schädelfraktur zu. Trotz der schweren Verletzungen seines Opfers verurteilte ihn das Amtgericht Chemnitz im November wegen gefährlicher Körperverletzung zu 20 Monaten auf Bewährung. Nach der Urteilsverkündung begossen der Angeklagte und seine Unterstützer auf dem Parkplatz mit Bier ihren gefühlten Sieg. »War doch klar, dass das hier 1:0 für uns ausgeht.« Die Freude über den gefühlten Freispruch kann nur von kurzer Dauer gewesen sein. Staatsanwalt und Nebenkläger haben Berufung eingelegt. Der Fall soll am 31. März neu verhandelt werden. ■

STAAT SPONSERT NEONAZI

Fast 130.000,- Euro Fördergelder hat der Freistaat Sachsen dem ehemaligen Führer der militanten und 1980 verbotenen »Wehrsportgruppe Hoffmann« für den Erhalt einer Immobilie gezahlt. Das musste nun die Sächsische Landesregierung auf Anfrage der LINKEN eingestehen (Drucksache 5/4674). Nachdem Karl-Heinz Hofmann (s. **DRR** Nr. 127) 2004 das »Rittergut Sahlis« in Kohren-Sahlis (Landkreis Leipzig) gekauft hatte, gründete er die gemeinnützige »Kulturstiftung Schloss Sahlis«, die heute Eigentümerin des Hauses ist. Hoffmann tritt als deren Kurator auf. Zwischen 2005 und 2007 erhielt die Stiftung Gelder aus dem Innenministerium zur Pflege und Erhaltung des Kulturdenkmals. 17.000,- Euro forderte die Landesregierung 2010 zurück, da sie falsch eingesetzt worden seien. Anhänger des neonazistischen »Freien Netzes« halfen bei Baumaßnahmen, der Erlös eines Vortrages Hoffmanns, der im bayerischen Neuenkirchen lebt, vor Neonazis soll ebenfalls in die Kassen des Gutes geflossen sein.

Sleipnir

Rückblick auf 20 Jahre Sleipnir

Der 11. Juli 2009 war selbst für die RechtsRock-Band Sleipnir ein besonderer Tag: beim »Rock für Deutschland« spielte die Band vor ca. 5.000 begeisterten Fans. Viele der Anwesenden sangen die Lieder der Band aus voller Kehle mit. Ein weiterer Beleg dafür, dass die seit Ende 1991 bestehende Band eine feste Größe in der RechtsRock-Szene ist.

Von Jan Raabe

Die Band »Sleipnir« – von deren Urbesetzung nur noch der Sänger aktiv ist – entstand 1990/91. Sie ist eine der ältesten, noch aktiven deutschen RechtsRock-Bands. Der Name der Band leitet sich aus der nordischen Mythologie ab und steht für das achtbeinige Pferd Odins. In den ersten Jahren kam es zu vielen Umbesetzungen, die Konstante seit der Gründung ist der Sänger Marco Laszcz aus Verl bei Gütersloh. Als erster Tonträger erschien 1996 die Balladen-CD »Mein bester Kamerad«, welche später indiziert und auch beschlagnahmt wurde. Auf Grund von Umbesetzungen, »Kündigungen« oder Rauswürfen trat der Sänger häufig als Liedermacher auf. Daher prägten in den 1990er Jahren Balladen den Stil der Band. Ab 1999 trat »Sleipnir« wieder als Rock-Band auf. 2000 erschien ein Demo der Band als Split-CD zusammen mit »Patriot 19/8«. 19/8 bedeutet in der Logik neo-nazistischer Zahlencodes »Sieg Heil«, auch diese CD wurde indiziert. Ab 2000 erschienen regelmäßig CDs, insgesamt zehn Veröffentlichungen in zehn Jahren. Hinzu kommen noch sechs Split-CDs mit Bands wie »Nemesis« (Schottland) oder »Sturmwehr« (Gelsenkirchen) und CDs, die zusammen mit anderen Bands wie »Kampfhandlung« oder »Freya« als Projekte eingespielt wurden. Mit dem Seitenprojekt »Raven« veröffentlichen »Sleipnir« Balladen. Die Geschichte der Band selbst ist weiterhin von Personalwechseln geprägt. So spielten erst Andy Koroschetz, von »Division Germania«, dann ab 2004 das ehemalige »Oidoxie«-Mitglied Dennis Linsenbart in der Band. Seit 2007 setzte sich die Band aus Marco Laszcz, dem als Liedermacher und Kopf der Band »Vril« bekannten Jan Peter Kersting, Dennis Linsenbart und einem Schlagzeuger zusammen.



^ »Sleipnir« »auf dem »Rock für Deutschland« in Gera 2009

Die Inhalte

»Die Städte vollgestopft, voll mit Asylantenheimen, Wohnungen für dich und mich, gibt es leider keine. Harte Arbeit sollst du leisten, für immer weniger Geld, doch zahlen sollst du für die ganze Welt. Doch unsere Fahne wird wieder wehen, für das Land das wir lieben«, singt die Band 1996 in einer Mischung aus Rassismus, Sozialneid und NS-Bezug – Elemente, die in unterschiedlicher Gewichtung bis heute in den Texten präsent sind. Ein Text wie »Hörst Du unsere Schreie in der Nacht, der Geist unsrer Väter ist erwacht. Wie einst die Kämpfer aus dem hohen Norden, unerschrocken und von Odin gesandt«, zeigt den seit 2000 zunehmenden Bezug auf Heidentum und nordische Mythen. Hinzu kommen Lieder, die Freundschaft, schwere Zeiten und »gerade Wege« thematisieren. Zeilen wie »Unsre Freundschaft gibt uns Stärke, unsre Freundschaft gibt uns Kraft. Wir werden ewig Freunde bleiben – wir haben noch immer zuletzt gelacht!« könnten auch von den »Böhsen Onkelz« kommen. Auch versucht »Sleipnir« junge Menschen außerhalb der rechten Skinhead-Szene anzusprechen »Sie tragen keine Bomberjacken, sind trotz allem national. Gehn zum Fußball oder Partys, ihre Köpfe sind nicht kahl. Man kann nur schwer erkennen, wer sie sind und was sie wollen, doch wenn es um Deutschland geht, dann hört man sie von weitem grollen.«

Die Partei

»Gibt es eine legale Alternative? « antwortete die Band 2000 im Interview mit dem Fanzine »Der weiße Wolf« auf eine Frage zur NPD. Die Unterstützung der Partei drückte sich bei »Sleipnir« vor allem dadurch aus, dass die Band Lieder für diverse »Schulhof-CDs« zur Verfügung stellte. Bereits auf der ersten, die 2004 im sächsischen Landtagswahlkampf verteilt wurde, war »Sleipnir« mit zwei Liedern vertreten. Der Song »Rebellion«, welcher 2005 auf der im Rahmen des Bundestagswahlkampfs verteilten CD »Der Schrecken aller linken Spießer und Pauker!« enthalten war, wurde zu einem der bekanntesten aller Schulhof-CD-Lieder. Zusätzlich agitierte die Band auch auf großen Open-Air-Konzerten für die Partei. So spielte sie 2002 auf einem von der NPD organisierten Benefiz-Konzert für die Opfer des Elbehochwassers. Auch 2004 beim »Deutschen-Stimme-Pressefest«, 2007 beim »Fest der Völker«, 2008 beim »Sachsentag« der NPD und 2009 beim »Rock für Deutschland« stand »Sleipnir« auf der Bühne. Die Auftritte von »Sleipnir« machen die Festivals interessanter und bescheren der Band ein großes Publikum und einen hohen Bekanntheitsgrad.

Der »Erfolg«

Der Blick ins Publikum der großen Festivals, auf denen »Sleipnir« spielte, zeigt, wie bekannt die Lieder der Band sind. Ein Großteil der Besucher singt die Lieder mit. Das liegt einerseits daran, dass die Musiker zumeist seit langem aktiv sind und ihre Instrumente vergleichsweise gut beherrschen, vor allem aber an dem eingängigen Sound, den »Sleipnir« seit einigen Jahren spielt. Die Musik von Liedern wie »Rebellion« ist schnell und rockig, die Stimme verständlich und nicht zu grölig. Allein ca. 70 Konzerte in den letzten zehn Jahren machten die Band innerhalb der Szene als Liveband bekannt und beliebt. Von der zunehmenden Bedeutung der Band zeugen auch die Konzerte im Ausland, »Sleipnir« trat schon in Belgien, Frankreich, der Tschechischen Republik, Spanien, Griechenland und sogar in der Ukraine auf. Sleipnir gehört heute zu den wichtigsten RechtsRock-Bands der BRD. ■

Weder frei, noch wild

»Frei.Wild« – Deutschrock aus Norditalien

Die 2001 gegründete Band »Frei.Wild« aus Brixen/Bressanone in Südtirol, Italien, erfreut sich in Deutschland und Österreich zunehmender Beliebtheit und spielt häufig in ausverkauften Häusern. Dabei setzen die vier ›Prollrocker‹ in ihren Texten auch auf völkisch-nationalistisches Gedankengut, das unter vielen Südtirolern zum normalen Lokalkolorit gehört.

Von Heribert Schiedel

Medien berichten immer wieder über die gewalttätige Neonaziskin-Vergangenheit des »Frei.Wild«-Sängers Philipp Burger, unter anderem mit der Band »Kaiserjäger«. Diese wird von Burger aber gar nicht verleugnet. In Statements distanziert sich die Band (oberflächlich) von Nazis, in ihren Texten werden indes Ambivalenzen deutlich: »Keine Sage dieser Welt verzichtet auf ihren Held, / weil ein jedes Wesen dieser Welt sich selbst durch sie erhält. / Wollte mein eigener Held sein, Stärke zeigen, ohne Rücksicht auf Verluste, / [...] Man denkt und hofft zugleich, mir ging es damals doch recht gut, / das alleine ist die Kraft, die dich zum Kämpfer macht.«



∧ »Frei.Wild« auf dem »Wacken Open Air« 2010

Aber schon den öffentlichen Distanzierungen ist anzumerken, wie sie gemeint sind: Als Burger 2008 aus den rechtspopulistischen Südtiroler »Freiheitlichen« austrat, tat er dies laut Eigenbekunden »nicht etwa deswegen«, weil er »mit dem Parteiprogramm nicht einverstanden« gewesen wäre, sondern um der Band nicht zu schaden. Im Interview mit »laut.de« (27.10.2010) nennt Burger sein Engagement lapidar einen »ziemlichen Schwachsinn, den ich da recht blauäugig angegangen bin« – die Selbstkritik erschöpft sich allerdings in der Feststellung, naiv gewesen zu sein. Wie bei allen rechten Pseudo-Distanzierungen vom (Neo-) Nazismus zieht sich auch bei »Frei.Wild« das Muster der Relativierung durch. Die Abgrenzung vom »Extremismus von links und rechts« relativiert sich nicht nur durch die Gleichsetzung von Unvergleichlichem, sondern auch durch ihre Oberflächlichkeit und Floskelhaftigkeit. Der Widerspruch zwischen den Lippenbekenntnissen der Kitschrocker und ihren Inhalten sticht auch Rechten ins Auge. Felix Menzel kann ihn sich in der »neu-rechten« Zweimonatsschrift »Sezession« (Ausgabe 35, 2010) nur mit der Knechtschaft durch das »politisch korrekte Management der Band« erklären.

Gleich den »Böhsen Onkelz«, der »geilsten Band der Welt«, und anderen (vormaligen) RechtsRockbands antwortet »Frei.Wild« auf die Kritik an ihrer Rechtsorientierung mit der Feststellung, »unpolitisch« zu sein, was einerseits eine Schutzbehauptung darstellt, andererseits tatsächlich der Selbstwahrnehmung entspringt. Denn die relevanten Bezugsgrößen der Rechtsrocker sind allesamt nicht politisch, sondern angeblich organisch gewachsen und daher nicht verhandelbar. Auch der Patriotismus, dessen man sich rühmt, entstammt als natürlicher emotionaler Ausdruck von völkischer Gemeinschaft dem Vorpolitischen, darum muss man sich für ihn auch nicht rechtfertigen. Nur »Vollidioten« sähen in »Heimatliebe« etwas Politisches: »Wir haben immer gesagt, / dass wir das Land hier von Herzen lieben, / Balsam für die Seele, wie wir Euch damit provozieren. / Ihr seid dumm, dumm und naiv, wenn Ihr denkt, Heimatliebe = Politik. [...] / jeder Volksmusikant / tritt live im Fernsehen auf, / singt über das gleiche Thema, / doch da fällt's keinem auf. / Das ist das Land der Vollidioten, / die denken, Heimatliebe ist gleich Staatsverrat, / wir sind keine Neonazis und keine Anarchisten.«

Jungmannrock

Schon mit der Wahl des Namens wollte man den emotionalen Bedürfnissen männlicher Adoleszenter gehorchen: Es handle sich dabei um »zwei Wörter, die typisch für jugendliche Einstellungen sind«, so Bandführer Burger. Gleiches gilt für die Texte: »Frei.Wild« verbindet erfolgreich völkisch-deutschen Nationalismus mit männlich-pubertären Sehnsüchten, Ängsten und (Gewalt-) Inszenierungen. Diese gelungene Verknüpfung macht den Erfolg von Bands wie »Frei.Wild« maßgeblich aus.

Das Weltbild von »Frei.Wild« ist ein völkisch-biologistisches und pessimistisches. Einmal vergleicht man sich mit einem »Baum«, der »ohne Wurzeln [...] nicht bestehen [kann]«, das andere Mal wird der ewige »Kreislauf der Natur« besungen. Wenn aber alles immer gleich bleibt und grundlegende Veränderung unmöglich ist, kann gesellschaftlich produzierte Wut nicht zur Kritik an den Verhältnissen sublimiert werden, sondern sich nur in unmittelbare Gewalt umsetzen. So zeichnet sich »Frei.Wild« wie alle RechtsRockbands durch eine affirmative (Re-)Inszenierung von Gewalt aus. Der einzige Unterschied zu Neonazibands besteht im behaupteten reaktiven Charakter der Gewalt, gemeinsam ist ihnen die offen sadistische Komponente: »Ich erkenne Dich. / Hast auf mich geschlagen, / warst einer dieser drei. / Doch in fünf Minuten, / sind's ja eh nur noch zwei. / Denn heut' verhaue ich Dich, / schlag Dir mein Knie in deine Fresse rein. / [...] Zähne werden fallen durch mich. / Und ich tret' Dir in deine Rippen, / schlag mit dem Ellbogen auf Dich ein. / Tut mir leid mein Freundchen, / aber Rache muss sein, die muss sein. / Jetzt liegst Du am Boden, / liegst in deinem Blut. / Das Blut auf meinen Fäusten, / ich find' das steht mir gut.«

Es ist vor allem der gekränkte Narzissmus der jungen Männer, den sich »Frei.Wild« zu Nutze macht. Gegen deren Erfahrungen von Überzähligkeit, Schwäche und Beschämung setzt man die Phantasie, endlich mal auf der siegreichen Seite zu stehen: »Sieger stehen da auf, wo Verlierer liegen bleiben / nein, du bist kein Verlierer, / so schnell machst du dir nicht ins Hemd. / [...] you are the best – fuck the rest, / du bist stär-

ker als du denkst, / gehst nach vorn, nicht zurück, / eroberst Selbstwertdasein nach und nach zurück. / [...] weil's kein Aufgeben für dich gibt, / wirst du am Leben bleiben, / wird man sich vor dir verneigen, / wirst du zwar manchmal leiden, / aber auch stets du selber bleiben.«

Da die äußere Realität nicht immer allen erlaubt, sich als Sieger zu fühlen, flieht man in grandiose Wunschphantasien: »Hast du nie geträumt von 1.000 Frauen, die dich alle lieben / Tief drin in dir, tief drin in dir, gibt's eine Welt, gibt's eine Welt, die gehört nur dir allein.« In dieser besungenen Traumwelt sind die Straßen zudem »frei von Perversen und Chaoten«. Während im Tagtraum Frauen zu Tausenden einen anhimmeln, sind sie in der Realität eine Bedrohung für den Männerbund: »[...] Er war dein Freund und ihr habt viel gelacht / doch durch die Freundin, die er hat, ist eine Mauer entstanden / [...] Ist es wirklich so, hat sie dich umerzogen / [...] so manches Bierchen zusammen gesoffen / Fast 100 Prozent die gleichen Entscheidungen getroffen / dieselben Freunde und dieselben Feinde / [...] Dein Leben lang waren wir deine Freunde und nicht sie [...].«

Autoritäre Rebellion

»Patriotische« Bands wie »Frei.Wild« und ihre Erfolge sind gleichermaßen Ausdruck wie Motor der rechten Fanatisierung Jugendlicher. Als deren Unterstrom ist eine neoliberale und konservative Hegemonie namhaft zu machen: Die konformistische Generation Leistung hat die »Werte der Heimat« verinnerlicht, ihre (Über-)Affirmation zieht sich demnach auch durch die Texte der Südtiroler Schmalzrocker. Man bezeichnet sich als »Christen«, beklagt, dass »Kreuze [...] aus Schulen entfernt [werden]«, träumt von »früheren Zeiten« und behauptet, viel von »den alten Leuten« lernen zu können. Die Rebellion bleibt auf antiitalienische Statements beschränkt. Provokant dichtete man etwa zur Fußball-WM 2006 die Fanhymne »Deutschland«: »Dieses Jahr holen wir uns den Pokal / Dieses Jahr, dieses Jahr werden wir ganz oben stehn, / unsere Fahnen in der Hand, / unterstützen wir das Land [...].«

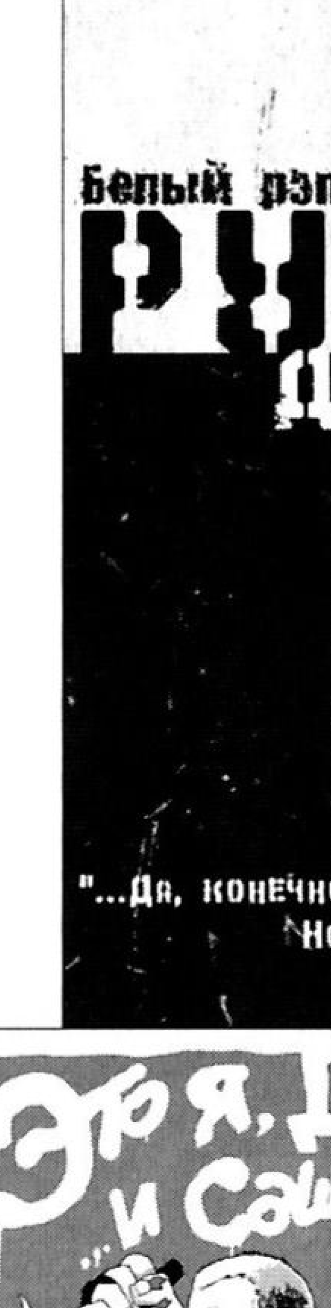
Neben Deutschland eignet sich die verkitschte »Heimat«, verstanden als Dreieinigkeit von »Volk, Tradition und Sprache« besonders gut für den Ersatzstolz ihrer »Söhne«. Als richtige »Patrioten« dulden sie »keine Kritik an diesem heiligen Land«, das ihr »Leben« ist. Die »Frei.Wild«-Hymne »Südtirol« gipfelt in einem antiitalienischen Kampfschwur: »Südtirol, wir tragen deine Fahne, / [...] Südtirol, sind stolze Söhne von dir, / unser Heimatland, wir geben dich nie mehr her. / Südtirol, deinen Brüdern entrissen, / schreit's hinaus, dass es alle wissen, / Südtirol, du bist noch nicht verloren, / in der Hölle sollen deine Feinde schmorn.«

Aber »Frei.Wild« kultiviert nicht nur pangermanistischen Nationalismus und Heimatkitsch, sondern auch und vor allem das Gefühl der kleinen Leute, dauernd Opfer »penetrante(r) Meinungsmacher« zu sein: »Das dumme Volk ist schnell zufrieden / Werft uns noch mehr Scheiße vor, wir fressen sie schon.« Am Ende steht die Auflehnung, die wie stets vor allem eine kulturelle ist: »Weg mit dem Mist, den ihr uns vorwerft, es braucht ihn keiner.« Als ohnmächtige »Durchschnittsleute« lästern sie gegen die »da Oben«, die »reichen Säcke« oder »Schweine«, ein Ausweg aus der Malaise zeigt sich nicht. Diese spezifische Verbindung von Autoritarismus und Unterordnung mit Rebellion ist das Erfolgsrezept auch von »Frei.Wild«. Anstatt sich auf die Frage zu beschränken, wie weit rechts außen die Band zu verorten ist, sollte sie als verquerer Ausdruck herrschender und gleichzeitig wild gewordener Normalität analysiert und kritisiert werden. ■

»Sei weiß und schätze dies«

Rechter Rap in Russland

Ende der 1990er bis Anfang der 2000er stellten Rap-Anhänger, also Fans der »schwarzen Musik«, zweifellos den bedeutendsten Gegenpart zu der sich im Aufschwung befindenden Nazi-Skinheadszene. Zehn Jahre danach ruft nationalistischer Rap in russischer Sprache keine Verwunderung mehr hervor, diese Szene entwickelt sich in rasantem Tempo.



Von Evgueni Oregon

In den vergangenen Jahren stieg die Popularität von Rap in Russland enorm an. In den Top 10 aller im Jahr 2010 auf dem russischen Markt verkauften Alben finden sich gleich drei Rap-Musikinterpreten wieder. Dabei sind sowohl Interpreten rechten Raps, wie beispielsweise die Gruppen »25/17« und »Grot« (dt. Grotte) genauso zu finden, wie »gewöhnliche« Rap-Stars.

Bewegt man sich eine Stufe tiefer, so gibt es im Undergroundbereich bereits Dutzende, wenn nicht gar Hunderte von Rap-Interpreten, die in ihren Texten Hassgefühle gegen aus dem Kaukasus Zugereiste zum Ausdruck bringen oder das große Russland, Gewalt im Fußball und dergleichen mehr thematisieren.

Beeinflusst wurden Entstehung und Entwicklung der rechten Rap-Szene in Russland durch zwei Faktoren: Erstens setzte die inhaltliche Evolution der Mainstream-Rap-Szene Maßstäbe. Zweitens ist das Umfeld, aus dem sich Aktivisten nationalistischer Organisationen rekrutieren (hauptsächlich betrifft dies die Fussball-Hooligan-Szene) empfänglicher für Rap geworden.

Popularisierung in den 2000er Jahren

Ende der 1990er und Anfang der 2000er schrieb eine ganze Reihe von Gruppen Lieder mit gemäßigt patriotischen Texten. Doch bereits kurz darauf trat der patriotische Unterton in einer gröberen und offeneren Form zutage. So brachte im Jahr 2002 die äußerst populäre Moskauer Band »Mnogotottschije« (dt. Gedankenpunkte) das Lied »Amerika« heraus, in dessen Refrain es heißt: »Amerika, Amerika ist schön, aber Kraft gibt es nur in Russland, dort gibt es Kraft«. Weiter geht es mit: »Man schreit lauthals, dass wir von Neid erfüllt sind, aber scheiß drauf, wir sind voll reinem Hass«. Noch ein eindrückliches Beispiel ist der Track mit dem Titel »In der Finsternis der Leere« aus dem Jahr 2005: »Ich kenne Kerls aus den Regionen, das



ist kein Leben da, sondern der letzte Dreck! Die Macht des Wortes ist nicht in Moskau, sondern in ganz Russland! Wo immer Du Deinen Blick drauf richtest, alles haben die Scheißjuden in den Westen gebracht, aber die russischen Seelen erstarken und die Vergeltung naht!«

Bei dem von »Mnogototschije« gegründeten Label »Dots Family Recs« erschien 2004 die Aufnahme der Gruppe »Izekiil 25:17« (später heißt sie nur noch 25/17) aus Omsk. Einige Jahre darauf wird diese zur Haupttriebkraft des russischen rechten Raps. Bei der Gruppe spielt heute ein Bandmitglied von »Mnogototschije« mit, die sich 2007 aufgelöst hatte.

Eine andere Anfang/Mitte der 2000er überaus populäre Band aus Moskau ist »JUG«. Auf ihrem letzten Album erschien das Lied »Patriotenspiele«, in dem sie u. a. Neonazis aus einer gemäßigten patriotischen Haltung heraus kritisierten. Das Lied endet mit den Worten: »Patriotenspiele, blutige Derbys. Für das Recht der Erste unter den Heimatliebenden zu sein, werden so viele ins Verderben gestürzt oder sind es bereits durch die schreckliche Kraft, die Liebe zu Russland!«

Damit kann man sagen, dass der einstigen Konfrontation zwischen »Skins und Rappern« ein Ende gesetzt ist. Nach dem Zerfall der Band »JUG« gründen zwei ihrer Mitglieder (Mak und Kit) das Projekt »MSK«, das als erstes das Lied »Wir selbst« aufnahmen mit dem Refrain: »Es gibt doch keine Russen mehr, es gibt nur noch Russländer, das haben wir selbst gemacht«.

Themen

Die Gegenüberstellung von Russen und Russländern (im Russischen wird zwischen dem ethnischen Begriff »Russen« und dem Begriff »Russländer«, der Bezeichnung für russische Staatsbürger unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit, unterschieden; Anm. der Übersetzerin) zählt zu den Schlüsselideen aller russischen Nationalisten. Die restlichen Inhalte des Lieds enthalten einen typischen patriotisch-fremdenfeindlichen Cocktail: Feindschaft gegenüber dem Westen, Chinesen, Migranten, abstrakte Klagen über soziale Probleme.

Die Musiker von »MSK« kooperieren eng mit der nach Moskau übergesiedelten Band »25/17«. Deren Bandleader Andrej »Blednyj« (»der Blasse«) Pozdnuchow mit seinem Label »Zasada Production« geriet zum Ideologen des neuen »weißen« Rap, sein Motto lautet »Sei weiß und schätze dies«. Anfangs gaben »25/17« ihre Haltung gegenüber Migranten zum Besten: »Frech, gewitzt, dahergelaufen, aus einem anderen Land. Und auf der anderen Seite zu allem bereit für ein Glas Iwan«. Derzeit sind sie eher dabei, ein positives Programm zu kreieren. Typisch für ihre Texte ist die Gegenüberstellung einer kleinen Heldenschicht, die dem System gegenüber Widerstand leistet, und dem spießbürgerlichen Sumpf, dem »Gemüse«. »Gemüse« ist ein gemeinsames Stück von »Blednyj« und der Band »Idefix« mit dem Refrain »Kämpfe für deine Unabhängigkeit«, der Videoclip zu dem Song läuft auf Musikkanälen. Für »Blednyj« sind überdies traditionelle Familienwerte von Bedeutung, er unterstreicht bei jeder Gelegenheit seine Homophobie und Ablehnung von Toleranz. Texte in der Art schreiben viele Bands bei »Zasada«, erwähnenswert ist »Grot« (ebenfalls aus Omsk). »Grot« wurde durch seine rigorose Position hinsichtlich Alkohol- und Drogenkonsum bekannt, was der Band unter anderem auch einen nationalistischen Fan-Kreis bescherte. Die gemeinsame Aufnahme von »25/17« und »Grot«, »Kraft des Widerstands« und deren Promo-Konzerte gerieten zum wichtigsten Ereignis der rechten Rap-Szene im Jahr 2010.

»25/17« bemüht sich, ihre Verbindungen zu russischen Nationalisten nicht zur Schau zu tragen, doch es ist ganz offensichtlich, dass die Band gute Beziehungen zum Anführer der rechtsradikalen Organisation »Widerstand« pflegt, dem Kämpfer im gemischten Stil Roman Zentsow. Im Sommer 2010 trat »25/17« bei dem von Zentsow organisierten Turnier »Schlachtfeld« auf.

»Hoolie-Rap«

Aber »weißer« Rap besteht nicht nur aus Stars, sondern auch aus einer Underground-Szene, nämlich Dutzenden weniger professioneller, dafür meistens jedoch umso radikalerer Interpreten, hauptsächlich aus dem Umfeld subkultureller Fußball-Hooligans. Diese Szene hätte nicht entstehen können ohne den Einfluss aus Osteuropa. Anfangs begeisterten sich russische Hooligans für »Hoolie-Hop« aus Polen und Serbien, anschließend entstanden eigene Rap-Gruppen wie »Kunteynir«, »Rynotschnyje Otnoschenija« (dt.: Marktverhältnisse), »Tschornaja Ekonomika« (dt.: Schwarzökonomie). Der neue Trend stieß logischerweise bei den Nazis der »alten Schule« (wie beim Bandleader von »Kolowrat«, D. Gerasimow) auf Ablehnung, aber die junge Generation ignorierte deren Meinung größtenteils.

Typisch für den »Hoolie-Rap« ist eine Mischung aus Alltagsszenen, schwarzem Humor, Texten über Alkohol und Drogen, Fußball und ähnlichem. Aber auch Nazithemen treten immer deutlicher hervor. Wegweisend dafür ist das Album »Weißer April« der Band »Mjasniki« (Mjaso – Fleisch, ist die Selbstbezeichnung der Moskauer Spartak-Fans, die Band stammt vermutlich aus diesem Umfeld), das 2007 erschien und inhaltlich zu Hundert Prozent auf Naziideologie basiert. Man kann sagen, dass auf diese Weise das Ausmaß an Radikalität für diese Szene vorgezeichnet wurde. So nimmt es nicht Wunder, dass nach einiger Zeit Tracks entstanden mit Titeln wie »Mein Freund Hitler«, »Töte einen Immigranten« (Gruppe »Buchenwald Flawa«), »Antizhidowskaja«, »Drei Leben« (Gruppe »Ka Tsche«, den Naziterroristen Borowikow, Koroljow und Wojewodin gewidmet).

Verbreitung via Internet

Der ›weiße‹ Rap hätte sich selbstverständlich nicht ohne das Internet und einzelne Blogger, die diesen Trend vorangetrieben haben, entwickeln können. Aus der Community »white_rap« bei dem Blog-Anbieter »livejournal.com« ging schließlich die Webpage »white-rap.com« hervor. Eine riesige propagandistische Rolle spielen außerdem die Sampler »Russen für Russen«, die von einem der Moderatoren dieser community zusammengestellt werden. Bleibt zu erwähnen, dass in diese Sampler auch rein humoristische Tracks Eingang finden und solche, deren Interpreten eindeutig über keinen nationalistischen Hintergrund verfügen.

Die Konfrontation von Rappern und Nazi-Skinheads in den 1990ern war nicht politisch und der Rap in Russland positionierte sich nicht, ja er war auch nicht die Musik der unterdrückten oder marginalisierten Schichten. Deshalb war es für die Rechten ein Leichtes in diese Subkultur einzudringen (wie in viele andere auch) und ihre eigenen Inhalte einzubringen. Leider ist keine Veränderung dieser Tendenz in Sicht. Klare antirassistische Aussagen von Rappern sind praktisch nicht zu hören, und die Star-Rapper interessieren sich für dieses Thema gar nicht. ■

∧ »Grot«
∧∧ »russians4«

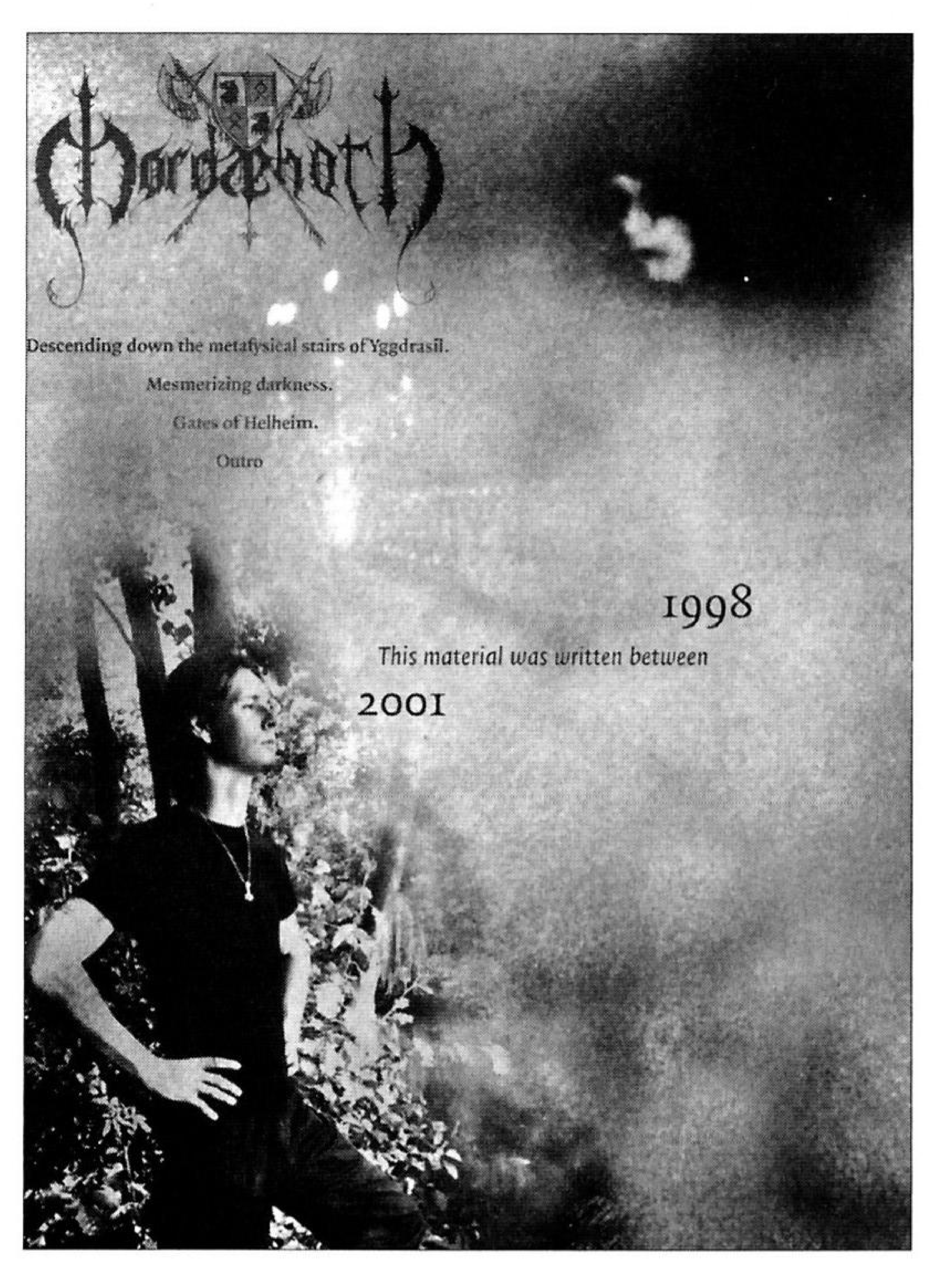
<< »Ka Tsche«
< »Buchenvald Flava«

»Mordaehoth«
Black Metal aus den Niederlanden

Extrem rechter Black Metal verkauft sich heute im Mainstream der Szene am besten, wenn sich die Musiker als unpolitisch ausgeben. Das funktioniert, auch wenn ihre Vita und ihre Texte unmissverständlich sind – wie das Beispiel »Mordaehoth« zeigt.

Von John Postma (»Alert!«-Magazin)

»Das ultimative heidnische Wut-Werk aus den Niederlanden. Lange und düstere Kriegshymnen, in denen bittere Melancholie mit flammendem Hass gegen die Post-Moderne Welt vereint wird«, wird die neue CD »Eens weer prevaleert het heidens hart« von Mordaehoths auf einer extrem rechten Internetseite beworben. Verantwortlich für die Veröffentlichung der CD im November 2010 sind die niederländischen Label »Heidens Hart« und »New Era Productions«. Label und Band konnten sich in den letzten Jahren Respekt in der Black Metal-Szene verschaffen – doch darf das nicht darüber hinweg täuschen, dass dahinter Menschen mit extrem rechten Vorstellungen stehen.



Unpolitischer Rassismus?

»Musik. Kunst. Ideologie. Keine Politik«, heißt es auf der letzten Veröffentlichung von »Mordaehoth«. Die Texte handeln von Heidentum, Mythologie und dem Kampf gegen das Christentum. In verschiedenen Interviews behauptet das einzige Mitglied der Band, Remco Mettrop aka »Sygwyrd« aka »Draugluin«, dass die Band nichts mit Politik zu tun habe. Damit meint er offenbar nur Parteipolitik, denn seine Weltanschauung ist völkisch geprägt. Er glaubt daran, dass die kulturelle Entwicklung eines »Volkes« sich auf Basis ihrer hergebrachten Werte und Traditionen vollziehe – eine Vorstellung, die auf dem Gedankengut der »Neuen Rechten« basiert. Entsprechend sei das Problem multikultureller Gesellschaft, argumentiert Mettrop beispielsweise, dass die Traditionen des »ursprünglichen Volkes« nicht an Fremde weitergegeben werden könnten. Afrikaner, die niederländische Pässe bekämen, könnten keine echten Niederländer werden. »Ein afrikanischer Flüchtling, der nach einer Aufenthaltsgenehmigung fragt, wird niederländischer Staatsbürger inklusive Pass. Das ist unglaublich! Wie können sie ihre bestehenden kulturellen Traditionen verleugnen, indem sie ein paar niederländische Werte übernehmen? So läuft das nicht!«, sagt Mettrop. Deshalb setzt er sich dafür ein, eben jene vermeintlich »eigenen« Traditionen zu bewahren und weiterzuvermitteln. Trotz dieser »völkisch-sozialen« Ader präsentiert sich Mettrop auch als Misanthrop, der für eine Reduzierung der Bevölkerung eintritt, um »die natürliche Ordnung wiederherzustellen«.

Tradition

Mettrops Interesse folgte aus seiner Mitgliedschaft bei der »Arktion Federation«, einer rechtsradikalen heidnischen Plattform aus England, die versucht, Heidentum in das alltägliche Leben zu überführen. Und eines ihrer Ziele ist es, die Kultur und Traditionen des »eigenen Volkes« zu bewahren. Das sind genau die Themen, über die Mettrop nun mit »Mordaehoth« singt. Im Song »Prayers to a god who never came« heißt es beispielsweise: »Our gods forgotten, buried and dead. Faded to dust without leaving a trace [...] Our faith may have withered, but perished has it not, neither have our gods [...]. But all is not lost so raise yourself up and be strong«. Der »alte Glaube« sei vielleicht verwelkt, doch nicht zerstört.

Labels mit extrem rechtem Hintergrund

Auch die Auswahl der Label, welche die Produkte von »Mordaehoth« veröffentlichen, zeigt, wo die Band steht. Da wäre zum einen »New Era Producions« (NEP), die einst Remco Mettrop selbst gehörte. In einer stark limitierten Auflage veröffentlichte diese ein Split-Tape mit den beiden niederländischen Bands »Veinen« und »Obscure«, einschließlich einer Rede von Adolf Hitler. Mit Freunden organisierte er vor Jahren Festivals unter dem Slogan »Crushing the Cradle Festivals«, dabei trat auch die niederländische Band »Holocaust« auf – allerdings unter anderem Namen, da der Konzerthallenbesitzer den Auftritt der Band untersagt hatte. Derselbe Trick wurde 2004 bei einem von dem Label NEP organisierten Black-Metal-Festival in Bladel benutzt, wo die französischen NS-Black-Metal-Bands »Ad Hominem« und »Seigneur Voland« nicht erwünscht waren. Verantwortlich für diese beiden Gruppen war an jenem Abend ein guter Freund von Mettrop: Jasper Velzel. An ihn und weitere Freunde übergab er sein Label NEP und zog sich selbst zurück. Velzel ist Mitglied der extrem rechten Aktionsgruppe »Voorpost«, ehemaliger Besitzer des Neonazi-Labels »Berzerker Records« und vormaliger Schlagzeuger der Neonazi-Band »Brigade M«. Als der Gitarrist der Band 2001 kurz vor einem Auftritt die Band verließ, sprang Remco Mettrop ein. Im Mai desselben Jahres trat er gemeinsam mit der Band bei einem »Nationalistisch Jongeren Treffen« (»Nationalistisches Jugend-Treffen«) in dem besetzen Neonazi-Haus »De Kazerne« in Eindhoven auf. Zudem wirkte Mettrop als Gitarrist bei dem Split-Album mit den deutschen Rechts-Rock-Bands »Schutt und Asche« und »Stromschlag« unter dem Titel »Diets-Deutsche-Kameraden« mit.

Der Besitzer des anderen Labels, das die neue CD von »Mordaehoth« mit veröffentlichte, »Heidens Hart«, ist Arjan Peeks. Er und Jasper Velzel haben mit ihrem Neofolk-Projekt »Jupiter« bereits viele Male mit Neonazi-Bands auf einer Bühne gestanden. »Heidens Hart« selbst hat etliche Veröffentlichungen im Programm, die aus dem NS-Black-Metal kommen.

Unpolitisch?

Seit Jahren bewegt sich Mettrop in extrem rechten Gefilden. Dass er nun versucht, seine Band »Mordaehoth« als bloßes neu-heidnisches Projekt zu vermarkten, passt zum Auftreten vieler extrem rechter Bands des Genres. Mit Etikettenschwindel versuchen sie, eine Zuhörerschaft jenseits des neonazistischen Spektrums zu finden. Das funktioniert leider – nicht nur in den Niederlanden. ■

Delikt: Üble Nachrede

Eine »Studie« zur »Gewalt gegen Korporationen«

Der »Convent Deutscher Akademikerverbände« (CDA) stilisiert die Studentenverbindungen in Deutschland und Österreich zu Opfern »linksextremer Gewalt« und schwadroniert über den Aufbau eines »akademischen Selbstschutzes«. Sympathie für das Thema zeigen die »Junge Freiheit« und die »Süddeutsche Zeitung«.

Von Jörg Kronauer

Am 28. Januar 2011 hatte Frank Grobe seinen großen Auftritt. Der »Convent Deutscher Akademikerverbände« (CDA), ein Zusammenschluss der wichtigsten Dachverbände deutscher Studentenverbindungen, hatte zur Pressekonferenz in den Frankfurter Presseclub geladen. »Gewalt gegen Korporationen« lautete das Thema. Grobe, selbst Mitglied einer Verbindung – der Burschenschaft »Teutonia« Aachen – konnte mit einer umfangreichen Dokumentation aufwarten. »82 Korporationen bzw. Verbände« seien im Jahr 2010 »Opfer von Gewalt« geworden, berichtete er; man habe »102 Straftatbestände« gezählt, »die Dunkelziffer« liege »deutlich höher«. Zwar existiere bislang kein einziges Gerichtsurteil; man müsse aber davon ausgehen, dass »der überwiegende Teil der Straftaten von Linksextremisten bzw. selbsternannten ›Antifaschisten‹ verübt« worden sei. Es handle sich unter anderem um »schwere Körperverletzung« und »schwere Brandstiftung«, klagte Grobe; selbst »der Tod von Korporierten« werde »billigend in Kauf genommen«.

Man zuckt zusammen: Linke nehmen den Tod von Verbindungsstudenten in Kauf? Einige überregionale Zeitungen gaben im Januar Grobes Vorwürfen Raum. Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (FAZ) druckte sie ebenso ab wie die »Junge Freiheit«, die die Einschätzung wiedergab, »bei einer weiteren Eskalation der Angriffe« sei wohl schon 2011 »mit dem ersten getöteten Korporierten« zu rechnen. Den ausführlichsten Beitrag widmete dem Thema jedoch die »Süddeutsche Zeitung«. Deren Autor Marc Felix Serrao (s. **DRR** Nr. 128), der Grobes Dokumentation vorab exklusiv erhalten hatte, fand auf einer Verbindungshauswand die Sprühparole »Burschenschafter zersprengen«, erschauderte und warnte: »Wer weiß, was noch alles kommt.« Nicht zuletzt sprang ein CSU-Bundestagsabgeordneter Grobe bei. »Sollte sich herausstellen«, erklärte Hans-Peter Uhl (Burschenschaft »Arminia-Rhenania« München), dass es sich bei den Attacken auf Studentenverbindungen »um eine gezielte Kampagne der linken ›Antifa‹ handelt, dann muss dagegen vorgegangen werden.« Uhl ist innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Was ist dran an den Vorwürfen? Grobes Dokumentation führt vor allem Sachbeschädigungen auf. »Unbekannte warfen faule Eier gegen das Haus der Burschenschaft Hannovera Göttingen«, heißt es etwa: »Betroffen war die Hausfassade.« Oder: »Unbekannte knickten einem Aktiven die Antenne seines Autos sowie einen seiner (!) Scheibenwischer ab«. Unbekannte? Für Grobe und den CDA ist ohne weitere Begründung klar: Es handelt sich um eine »politisch motivierte Tat«. Neben diversen Farbbeutelattacken führt die Dokumentation auch einen Fall von »versuchter Nötigung« auf: »Beim Entfernen von linksextremistischen Aufklebern von einem Laternenpfahl wurde ein Mitglied der (Burschenschaft) Hannovera (Göttingen) bedroht.« 14 der 102 angeblichen Straftaten werden als »Beleidigung«, »Verleumdung« und »üble Nachrede« eingestuft. Beispiel gefällig? Als der CDA 2008 in den Räumen der IHK Frankfurt eine Veranstaltung durchführen wollte, stieß dies auf öffentlichen Protest. Man sei dabei »unter Faschismus-, Nationalismus-, Sexismusverdacht usw. gestellt« worden, heißt es in der Dokumentation: »Delikt: Verleumdung. Üble Nachrede.«

Glaubt man Grobes Dokumentation, dann ist es im Jahr 2010 in ganz Deutschland und Österreich insgesamt elf Mal zu »Körperverletzung« an Verbindungsstudenten gekommen – Flaschenwürfe, nicht näher definierte »Schläge«. Fünf »Brandstiftungen« werden aufgeführt: Vor den Häusern von zwei Rechtsaußen-Burschenschaften wurden Autos angezündet. Bei einer dritten Rechtsaußen-Burschenschaft warfen Unbekannte eine Rauchpatrone in den Keller: »Brandanschlag«, urteilt der CDA. In Bonn und Greifswald steckten Unbekannte jeweils die Haustür eines Verbindungshauses in Brand. Bei diesen zwei fraglos gefährlichsten Attacken ist der CDA mit der Täterzuschreibung rasch bei der Hand. In der Dokumentation auf die Frage, ob ein politisches Motiv vorliege: »Ja. Antifa«. Beweise gibt es nicht, die Verfahren sind eingestellt.



Was ist von einer Dokumentation zu halten, die abgeknickte Scheibenwischer sowie einen höchst begründeten »Nationalismus-« und »Sexismusverdacht« anprangern muss, um die deutschen Studentenverbindungen zum Opfer linker Massengewalt zu stilisieren? Nicht viel, meinte etwa die »Frankfurter Rundschau«, die nach Grobes Pressekonferenz auf die extrem rechten Umtriebe diverser Burschenschaften verwies.

In der Tat: Gerade Rechtsaußen-Burschenschaften entfalten in jüngster Zeit ein starkes Interesse an Aktivitäten gegen die Linke, lassen altgediente Anti-Antifa-Spezialisten wie Hans-Helmuth Knütter zu Wort kommen und bemühen sich zunehmend um eine »Kritik der Korporationskritik«. Die »Junge Freiheit«, die in Burschenschaftshäusern immer noch gern gelesen wird, versucht sich weiterhin an Anti-Antifa-Recherchen. Ihr »Experte« dafür, Felix Krautkrämer, selbst Mitglied der »Katholischen Deutschen Studentenverbindung (K.D.St.V.) Hohenstaufen«, wird von Burschenschaften gelegentlich als Fachmann zu Rate gezogen. Die Dokumentation, die Grobe für den CDA erstellt hat, ist Wasser auf die Anti-Antifa-Mühlen, auch wenn sie inhaltlich nicht annähernd hergibt, was sie verspricht.

Nebenbei: Wie der CDA-Dokumentation zu entnehmen ist, werden inzwischen in einigen Studentenverbindungen Forderungen laut, gegen die »linksextreme Gewalt« einen »akademischen Selbstschutz« aufzubauen. Details darüber teilte Burschenschafter Grobe allerdings nicht mit. ■

Kein Raum für braune Burschen

2010 konnte schon zum zweiten Mal der Hamburger Verbändekommers, die gemeinsame jährliche Feier der »Vereinigung Hamburger Akademikerverbände«, ein Zusammenschluss von vielen Hamburger Studentenverbindungen, nicht stattfinden, weil man keine Räume fand.

Von Felix Krebs



^ Verbändekommers 2008 in Hamburg

Wegen der Beteiligung von rechten schlagenden Verbindungen aus dem »Hamburger Waffenring« (HWR) gab es in den letzten Jahren immer wieder Proteste gegen den Kommers.

2009 wurden der »Vereinigung Hamburger Akademikerverbände« (VHA) von der »Handwerkskammer« die Räumlichkeiten gekündigt und auch das ersatzweise angefragte Hotel Intercontinental lehnte dankend ab. Die Feier musste komplett ausfallen, da die VHA ihrerseits nicht auf die Ausladung der umstrittenen »Hamburger Burschenschaft Germania« verzichten wollte. Ob 2011 eine Feier stattfinden kann, ist laut der Burschen-nahen »Jungen Freiheit« fraglich. Besonders brisant: Für die Teilnahme von Neonazis aus den Reihen der »Germania« macht sich hinter den Kulissen Horst Szychowiak, ein ranghoher Mitarbeiter des »Norddeutschen Rundfunks«, stark.

Sollen Nazis mitfeiern?

Die »Germanen« sind auch in korporierten Kreisen umstritten. Regelmäßig treten Redner in ihrem Haus auf, die auch vor der NPD und anderen neofaschistischen Organisationen referieren. Das »Hamburger Abendblatt« titelte 2009 »Proteste gegen Treffen der Neonazis«, als StudentInnen gegen den Auftritt von NPD-Redner Björn Clemens im Germanenhaus mobil machten. Im Sommer 2010 hielt hier ›Germanenbruder‹ André Busch – ihm widmete der Hamburger Inlandsgeheimdienst schon einen ganzen Artikel – einen Vortrag. Und in den vergangenen Jahren gab es auch immer wieder Burschen der Germania, die zugleich bei der NPD oder anderen neofaschistischen Organisationen mitmischten.

Um unliebsamer Kritik zu entgehen, versprachen deshalb die anderen Studentenverbindungen 2006 und 2008 den Vermietern, dass die Germanen nicht an dem Kommers teilnehmen würden. Intern gab es darüber allerdings Streit in der VHA, was dazu führte, dass man 2009 lieber auf die Feier verzichtete, als sich von der »Germania« zu distanzieren.

Ein einflussreicher Strippenzieher

Wenn die Germania ausgeladen wurde, dann blieb auch jedes Mal die schlagende »Landsmannschaft Mecklenburgia-Rostock«, Mitglied des HWR und des Dachverbandes »Coburger Convent« (CC) den Feiern aus »Solidarität« fern.« Meckis« und Germanen pflegen seit Jahrzehnten sehr freundschaftliche Beziehungen, schlagen gemeinsam Mensuren und sind sich nicht nur örtlich (ebenfalls in der Sierichstraße), sondern auch politisch ziemlich nahe. So verwundert es wenig, dass ein Alter Herr der Landsmannschaft sich innerhalb der Hamburger Studentenverbindungen für die erneute Teilnahme der Germanen stark macht. »Ich sehe keine Veranlassung, von dieser aus guten Gründen getroffenen Beschlussfassung abzuweichen«, schrieb Horst Szychowiak Ende Oktober an den Vorsitzenden der VHA Ernst Riechert, der den Festkommers organisiert, sowie an führende Alte Herren aus Hamburg. »Es kann auch keine Lösung sein, Hamburger Germanen klammheimlich an der Veranstaltung teilnehmen zu lassen«, dies sei den völkischen Burschen nicht zuzumuten.

Horst Szychowiak war lange Zeit oberster Alter Herr der »Mecklenburgia«, sorgte hier für einen strammen Rechtskurs und hat einigen Einfluss innerhalb der Hamburger Korporationen. Sein Einfluss wirkt allerdings auch außerhalb der Schmissträger, denn Szychowiak war nicht nur Bürgerschaftsabgeordneter für die CDU, sondern ist Anti-Korruptionsbeauftragter und Leiter der Revision beim »Norddeutschen Rundfunk«. Im Sommer 2010 wurde Szychowiak dafür bekannt, dass er mit einem »Alsterkreis« innerhalb der Hamburger CDU schon vor der Aufkündigung der schwarz-grünen Koalition gegen eine geplante Schulreform agitierte.

Braune Mecklenburgia

Horst Szychowiak fungierte 1993 als Vorsitzender der Alten Herren. Der Verfassungsschutz schrieb in einem vertraulichen Informationsbericht: »Als zumindest rechtsextremistisch beeinflusst hat ebenso die ›Landsmannschaft Mecklenburgia‹ zu gelten«. Im selben Jahr sorgte ein anderer Alter Herr der Mecklenburgia für einen Eklat. Professor Dieter Wiebecke lobte bei einer öffentlichen Feier den »Opfergang der 6. Armee« vor Stalingrad 1943 als Symbol für den »ethischen Wert ihrer beispiellosen Hingabe und Opferbereitschaft« und empfahl die Nazi-Wehrmacht als Vorbild für die heutige Jugend. Diese Worte waren selbst für Teile des Dachverbandes »Coburger Convent« zu viel und führten zu heftigen internen Debatten. Horst Szychowiak allerdings schrieb dazu in den »CC-Blättern«, man lehne eine »Zensur der offiziellen Reden« ebenso ab wie einen »Katalog von zu vermeidenden Reizwörtern und -themen«.

Seit Jahren tauchen im Veranstaltungsprogramm der Mecklenburgia immer wieder Referenten der sog. Neuen Rechten auf. Erst am 3. Dezember 2010 war Gerd Schultze-Rhonhof ins Haus der Meckis zum Vortrag »Das tschechisch-deutsche Drama 1918-1939« geladen worden. Außerdem finden hier seit zwei Jahren zusätzlich rechte Veranstaltungen unter dem Titel »Hamburger Freiheitsgespräche« statt (s. **DRR** Nr. 119).

Während die Türen des Verbindungshauses nach rechts weit offen stehen, müssen andere Menschen draußen bleiben. Die Prinzipien der Verbindung gebieten, dass Frauen, Zivildienstleistende und »Ausländer in unserer Gemeinschaft nicht aufgenommen werden können«, wobei der »lockere Umgang Deutschlands bei der Vergabe seiner Staatsangehörigkeit« angemahnt wird. In diesen Kreisen gelten nämlich nach wie vor völkische Prinzipien, wenn es um das Nationenverständnis geht. ■

»Kriegen Sie einfach Kinder!«

»Neu-rechte« Offensive der »Sezession«

Die »neu-rechte« Zeitschrift »Sezession« ging im Februar mit einer lang geplanten Lesetour in die Offensive. Erstmals organisierte die Redaktion des Blattes öffentliche Veranstaltungen. München und Eisenach waren Stationen ihrer Tour.

Von Robert Andreasch und Kathrin C. Müller

Zu zwei Veranstaltungen in öffentlichen Räumen lud die »neu-rechte« Zeitschrift »Sezession« ein. Das Thema der Vorträge in München und Eisenach war »Sarrazin lesen. Völlig inakzeptabel oder die lange verschwiegene Wahrheit«. In München diskutierten am 17. Januar 2011 Götz Kubitschek, Mitarbeiter der »Sezession« und Verlagsleiter der »neu-rechten« »Edition Antaios« mit »Focus«-Redakteur Alexander Kissler im kommunalen Kulturzentrum »Gasteig« über dieses Thema. In Eisenach fanden Erik Lehnert, Leiter des »Institut für Staatspolitik« (IfS), und Felix Menzel, Herausgeber des »neu-rechten« Internetportals »Blaue Narzisse« (BN), im Saal der Buchhandlung »Die Eule« einen Raum für ihren Vortrag am 3. Februar 2011. Auch in weiteren Städten wollte »Sezession« Vorträge organisieren, unter anderem Weimar und Halberstadt. Dort habe man aber keine Räume bekommen, hieß es aus dem Umfeld der »Neu-Rechten«.

Bisher hielten »Sezession« und IfS ihre Vorträge nur halb-öffentlich ab, beispielsweise in den Häusern von Burschenschaften oder in den Räumen des IfS in der Provinz Sachsen-Anhalts. Rein kam in der Regel nur, wer sich zuvor namentlich angemeldet hatte. Während zur selben Zeit in der »Jungen Freiheit« (4.02.2011) Torsten Hinz und Felix Krautkrämer in alarmistischem Ton darüber klagten, dass »konservative Veranstaltungen« durch antifaschistische Proteste verhindert würden, wagte »Sezession« nun mit ihren Vorträgen die Offensive – mit mäßigem Erfolg.

Kubitschek in München

Mit dem renommierten Münchner Kulturzentrum »Gasteig« hatten Kubitschek und Menzel für den Start ihrer geplanten Tour zum »Buchereignis 2010« (Menzel) einen relativ repräsentativen Rahmen ergattert. Den »Presseraum« im Erdgeschoß hatten sie, wie Menzel erläuterte, aus Angst vor einer erzwungenen Absage bewusst äußerst kurzfristig angemietet und mittels der Online-Portale von »Sezession«, »Blaue Narzisse« und »Eigentümlich frei« sowie per Brief über den »IfS«-Verteiler mobilisiert. Soviel Geheimhaltung wäre nicht nötig gewesen, denn die rechten Partei »Die Freiheit«) sowie Michael Stürzenberger und Roland Heinrich (»Politically Incorrect«-Mitarbeiter und Vorstandsmitglieder der »Bürgerbewegung Pax Europa«). Am Ende war auch Rechtsaußen-Schreiber und »Focus«-Redakteur Michael Klonovsky (München) anwesend.



^ Veranstaltung mit Lehnert und Menzel in Eisenach

»Gasteig«-Geschäftsführung verteidigte die Raumvergabe vehement gegen Kritik. Die »Sezessions«-Aktivisten fürchteten sich am Abend dennoch: Kubitschek jammerte über diverse »Antifa-Artikel im Vorfeld«, Menzel verhängte ein striktes Fotografierverbot und befahl den Teilnehmern, während der Veranstaltung nicht zur Toilette zu gehen.

Die »Diskussionsveranstaltung« entpuppte sich als Magnet für über 60 Interessierte aus dem gesamten extrem rechten Spektrum: Im Saal fanden sich Burschenschafter (unter ihnen: »Deutsche Burschenschaft«-Homepage-Betreuer Maximilian Reingruber) und bündische Aktivisten in Zimmermannshosen genauso ein wie bekannte FunktionärInnen aus rechten Münchner Organisationen, unter anderem Christian Jung (CSU und Fördermitglied der

Zwölf bis fünfzehn »Diskussionspartner« habe er für das Podium mit Kubitschek angefragt, so Menzel. Zur Verfügung gestanden sei schließlich »nur« der »Kulturjournalist« Alexander Kissler. Der seit Oktober 2010 beim »Focus« als Redakteur angestellte Kissler ist in den letzten Monaten neben Beiträgen für die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« und die »Süddeutsche Zeitung« mehrfach als Autor des extrem rechten »eigentümlich frei«-Magazins aufgefallen und hält sich in München häufig in den Einrichtungen der rechtskatholischen Elitetruppe »Opus Dei« auf.

Kissler bezweifelte, dass aus den »Massen, die [Sarrazins] Buch gekauft haben«, überhaupt »politisch lebensfähige Impulse ausgehen«. Sarrazins Thesen seien eigentlich zutiefst »linke Agenden«, kritisierte Kissler den ehemaligen Berliner Finanzsenator gar von rechts und lamentierte über Schulen, in denen Deutsche als »Schlampen und Schweinefresser« beschimpft würden und darüber, dass nicht mehr »Ausländer« und »Volk« gesagt werden dürfe. Kubitschek konnte seine Faszination für Sarrazin nicht verbergen und verglich, wie Sarrazin, das Buch und die Reaktionen mit »Perestroika« und »Glasnost«, schweifte dann aber ab zu seinen angeblichen

Protesten in Wackersdorf beispielsweise. Am Schluss landete er beim Volksgemeinschaftsgedanken: »Wer gehört zu unserer Schicksalsgemeinschaft?«. Die Differenzen zwischen dem neoliberalen Kissler und dem völkischen Kubitschek waren dennoch nicht groß. Man einigte sich auf ein unterschiedlich stark vorgetragenes Lamento über eine angeblich fehlende Meinungsfreiheit. »Wer das Bedürfnis nach ungeschminkter politischer Meinung stillt, lebt politisch gefährlich und wird leicht zum Opfer der politisch korrekten Medien«, zitierte Kubitschek zufrieden Sarrazin. Dieser Satz gegen die »Meinungsmacherclique« sei »eine krasse Sensation«, die »wir seit Jahren so behaupten«.

Lehnert in Eisenach

In Eisenach kamen am 3. Februar 2011 rund 35 Personen mitten in der Innenstadt im »Empire-Saal« der Buchhandlung »Die Eule« zusammen. Die Eintrittskarten zu je sechs Euro für die Lesung mit Erik Lehnert als Referenten und Felix Menzel als Moderator waren bereits Tage zuvor ausverkauft. Wer noch am Abend ohne Karte in den Saal wollte, musste draußen bleiben. Denn die Veranstalter, der Buchhändler Jens Eberitzsch und »Sezession«, hatten an Werbung nicht gespart. Eigens gedruckte Vierfarb-Flyer lagen bereits Anfang Januar der in Eisenach kostenlos in die Haushalte verteilten Sonntagszeitung »Allgemeiner Anzeiger« bei, Plakate hingen aus.

Eisenach ist für die extreme Rechte ein sicheres und ergiebiges Pflaster. Hier sitzt die NPD seit Jahren fest im Sattel, Neonazis verteilen regelmäßig und in hoher Auflage ihren »Wartburgkreisboten« mit rassistischer Hetze in die Haushalte. Protest gibt es kaum noch. Und so kamen nur drei Personen, um vor der Buchhandlung zu protestieren. Zuvor hatte DIE LINKE den Händler Eberitzsch erfolglos zur Absage aufgefordert. Der erklärte der Presse, er teile die Positionen der »Sezession« zwar nicht, halte aber an dem Vortrag fest. Seine politische Einstellung sei christdemokratisch, erklärt er auf »Facebook«.

Lehnert begann seinen Vortrag vor vergoldeten Holztäfelungen und alten Ölbildern mit einer langatmigen Wiedergabe der rassistischen und sozialdarwinistischen Thesen Thilo Sarrazins (SPD). Der Wert des Buchs für die extreme Rechte sei aber weniger sein konkreter Inhalt, als die Tatsache, dass es dem ehemaligen Bundesbänker gelungen sei, ein »Tabu« zu brechen, so Lehnert. Er habe eine »neue Dimension der Debattenkultur« in Deutschland eröffnet und »Freiräume« für die Rechte geschaffen. Konkret machte er das am Beispiel des IfS und »Sezession« deutlich. Ihnen sei es durch die Debatte gelungen, weit »über den kleinen Kreis unserer Leser« hinaus bekannt zu werden. Die Broschüre »Der Fall Sarrazin« des IfS schwamm auf der Welle des Sarrazin-Hypes mit und verkaufte sich tausendfach.

Gegen die »Gleichheitsideologie«

Früher sei es immer wieder gelungen, rechte Autoren in der öffentlichen Debatte »mundtot zu machen«. Schnell sei »die Faschismus-Keule aus dem Sack« gewesen, so Lehnert. »Das es so etwas wie eine Zensurbehörde gibt, wissen alle«, fasste ein Zuhörer den gemeinsamen Glauben im Saal zusammen. Doch diese »Zensur« sei bei Sarrazin endlich nicht mehr möglich gewesen. Erstmals hätte die Presse umfänglich deren Thesen unterstützt. »Bild« und »Frankfurter Allgemeine Zeitung« schrieben »Pro-Sarrazin«, stellte Lehnert zufrieden fest. Sarrazin »bringt Zahlen« zur Migrationsdebatte, die sonst verschwiegen würden oder nur »schwierig zu bekommen« seien. Sarrazins Zahlen stammten aus einer Studie, die er extra »für 700,- Euro machen« ließ, wie Lehnert aus einem Gespräch mit dem ehemaligen Bundesbänker berichtete.

Wichtiger aber als die vermeintlichen Fakten des Buches sei, dass sich mit Sarrazins Veröffentlichung die Idee der Gleichheit und der Freiheit attackieren lasse. Sarrazin stelle sich entschieden gegen die »Gleichheitsideologie«, meint Lehnert. Offen präsentiert er, ein bedeutender Vertreter der »Neuen Rechten«, die rassistische Ausrichtung seiner Politik. Das größte Problem seien Staaten, in denen sich »Ethnien« – andere Rassisten sagen »Rassen« – mischen. »Multi-ethnische Staaten haben Probleme mit Loyalitäten«, betont Lehnert. Und: »Multi-ethnische Staaten werden zum Überwachungsstaat. Das ist die einzige Möglichkeit für den Staat, damit es nicht zu Mord und Totschlag kommt.«

Kurz zusammengefasst lautet die These dieser »Neuen Rechten«: Je homogener ein Staat aus »ethnischer« oder »rassischer« Sicht sei, desto sicherer und freier sei die Gesellschaft. »Demokratie funktioniert nur in relativ homogenen Staaten!«, so Lehnert. »Wie halten wir den Laden zusammen?«, fragte er daran anschließend. Die »Zivilreligion des Verfassungspatriotismus tauge nicht, glaubt er. Lehnerts Aussagen sind eine eindeutig rassistische Absage an eine offene und demokratische Gesellschaft.

Gegen die »Dekadenz«

Die Ursache für den Zustand der heutigen Gesellschaft sei die »Dekadenz«, der Wohlstand, die »Libertinage der 70er Jahre« und der »Schuldkomplex bei vielen weißen Völkern«. Islamische Gesellschaften hätten damit geringere Probleme, weswegen sie langfristig dem Westen überlegen seien. Zudem fehle eine »Identifikation, mit dem was Heimat ist, was Nation ist«, so Lehnert. Was also tun aus rechter Sicht? »Braucht es eine neue Partei?«, fragte Menzel seinen promovierten Mentor Lehnert in Anspielung auf Umfragen, nach denen eine »Sarrazin-Partei« bis zu 20 Prozent an Stimmen gewinnen könnte. Lehnerts Antwort ist so eindeutig wie skurril. Sowohl der Versuch einer Partei rechts der Union sei zum Scheitern verurteilt, als auch die Hoffnung, die »etablierten Parteien« wieder auf den rechten Weg zu bringen. Hart ins Gericht ging er in dieser Frage mit Sarrazin, der noch immer an diejenigen appelliere, die für die heutige Situation verantwortlich seien. Zudem lehne er »rechtspopulistische« Parteien ab. Lehnerts eigener Vorschlag: »Heute kann man nur noch in seinem Bereich das Richtige tun. Kriegen Sie doch einfach ein paar Kinder!«, empfahl er dem fast ausschließlich älteren Eisenacher Publikum, das sich von Überfremdungsängsten geplagt, in den Thesen Lehnerts zufrieden suhlte. Am Ende des Abends stürmte das Publikum die Büchertische. Während Lehnert und Menzel »Sezession« und die Broschüren und Bücher des IfS verkauften, bot Buchhänder Eberitzsch auf seinem Biertresen Bücher von Sarrazin und aus dem verschwörungstheoretischen »Kopp Verlag« an.

Scheitern

IfS und »Sezession« scheitern an sich selbst. Elitär und pseudo-akademisch treten sie auf, haben aber eigentlich nichts zu sagen. Sie käuen die Thesen anderer – in diesem Fall Sarrazin – nach und hoffen damit, Erfolg zu haben. Ihre rassistischen und verschwurbelten Schriften und Vorträge dürften eher im burschenschaftlichen Milieu und bei hysterischen Konservativen, die das Abendland in höchster Gefahr sehen, ankommen, nicht aber bei autoritär geprägten Bürgern ohne Hochschulabschluss.

Die elitäre Distanz der »Neu-Rechten« zur »Masse« wird bei solchen Veranstaltungen deutlich. Zugleich kommen sie selbst ihrer eigenen Aufforderung, sich ins Unpolitische zurückzuziehen, und das »rechte« Leben im Stil einer lebensreformerischen Bewegung zu suchen, nicht nach. Zerrissen zwischen akademischem Anspruch und intellektuellem Unvermögen, politischem Aktivismus und gesellschaftlichem Rückzug sowie der elitären Verachtung der »Masse«, bleiben IfS und »Sezession« zahnlos.

Erschreckend bleibt dennoch die Haltung der »Gasteig«- und »Eule«-Geschäftsführungen gegenüber der extremen Rechten, die damit die »Sezession«-Truppe zu weiteren Veranstaltungen in repräsentativen Räumen motiviert haben dürften. Zum Glück stößt die extreme Rechte aber nach wie vor an die Grenzen antifaschistischer Proteste, wenn sie ihre Enklave mit öffentlichen Veranstaltungen verlassen will. In der »Jungen Freiheit« hieß es dazu jüngst: »Der Aufwand, so Lehnert, sei derzeit einfach zu hoch. Vor lauter Ärger drohe die eigentliche Arbeit auf der Strecke zu bleiben«. ■

Christen für Deutschland

Porträt der Partei »Arbeit, Umwelt, Familie – Christen für Deutschland«

Die 2008 gegründete Partei »Arbeit, Umwelt, Familie – Christen für Deutschland« (AUF) sollte ursprünglich die Kräfte des christlichen Fundamentalismus sammeln. Obwohl das misslang, ist sie heute die aktivste Kleinstpartei dieses Spektrums in Deutschland. Ein Ausflug auf ihren zweiten »Politkongress«

Von Lucius Teidelbaum



^ Christa Meves als Hauptrednerin

Die politischen Ziele der christlich-fundamentalistischen Partei »Arbeit, Umwelt, Familie – Christen für Deutschland« (AUF) wurden auf ihrem »Politikkongress«, der am 4. und 5. Februar in Stuttgart-Bad Cannstatt stattfand, deutlich. So trat dort vor etwa 40 Teilnehmern unter anderem die bekannte »Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeutin« Christa Meves auf. Sie propagiert ein reaktionäres Frauenbild und hetzt gegen Homosexualität. Dass sie für die AUF-Partei in Erscheinung tritt, ist kein Zufall. Denn sie hat den familienpolitischen Teil des AUF-Programms geschrieben. In dem Grundsatzprogramm der Partei findet sich unter anderem die Forderung nach »Hinwendung der Mütter zum Familiendienst«.

»Christliches Abendland«

Zum Thema »Welche Zukunft wollen wir? Neue Chancen für das Christliche Abendland« sprachen auf dem Kongress Christian Waber aus der Schweiz und Rudolf Gehring aus Österreich. Waber (»Kämpfer aus dem Emmental«) saß von 1997 bis 2009 für die »Eidgenössische-Demokratische Union« im Nationalrat der Schweiz. Die Partei war der kleine Kooperationspartner der »Schweizerischen Volkspartei« (SVP) bei deren »Anti-Minarett-Initiative«. Mehrfach betonte der ehemalige Nationalrat in klassisch evangelikaler Manier, dass man die endzeitliche Schau der Bibel mit in die Analyse der aktuellen Geschehnisse einbeziehen müsse.

Gehring, der als österreichischer Präsidentschaftskandidat der »Christlichen Partei Österreichs« im Jahr 2010 mit dem Slogan »Leben – Werte – Zukunft« 5,6 Prozent der Stimmen errungen hatte, stellte die rhetorische Frage: »Ist dieser Islam eine Gefahr für uns?«. Seine Antwort: »Ich sage dazu ein klares Ja!«. Als Antwort auf diese Gefahr wünscht er sich ein »erstarktes christliches Abendland«.

Auf dem AUF-Kongress anwesend war auch Peter Ischka, Chefredakteur des neuen zweimonatlich erscheinenden Magazins »Z für Zukunft«, der für seine Zeitschrift kräftig Werbung machte. Das Blatt wird von dem Verein in Gründung »Zukunft-Europa e. V.« mit Sitz in Göppingen herausgegeben. Daran beteiligt sind unter anderem der Islam-Paranoiker Udo Ulfkotte und Meves. In der ersten Ausgabe vom Oktober 2010 schrieb sie: »Die Krippe für Kinder in ihren ersten drei Lebensjahren ist ein von der Politik aus wirtschaftlichen und feministischen Ansprüchen erdachtes unnatürliches Kunstprodukt.«

Sammlungsorganisation

Ursprünglich sollte die AUF-Partei die Kräfte des christlichen Fundamentalismus in der Politik vereinen. Bereits 2007 gab es den Versuch, die »Deutsche Zentrumspartei«, die »Partei Bibeltreuer Christen« (PBC) und die »ökologisch-demokratische Partei« (ödp) in der Sammlungsorganisation »Aufbruch 2009« zusammenzuführen. Doch der Zusammenschluss scheiterte unter anderem an einem Mitgliedervotum der PBC. Die AUF-Partei entstand schließlich als Produkt politischer Abspaltungen, im wesentlichen getragen von ehemaligen Mitgliedern der PBC, der ödp und der katholischen »Zentrumspartei«.

Als jüngste unter den christlich-fundamentalistischen Parteien in der Bundesrepublik ist die AUF-Partei die aktivste, obwohl sie mit 550 Mitgliedern (Stand: Januar 2011) ihrer großen Schwesterpartei »Partei Bibeltreuer Christen« (PBC) mit 3.800 Mitgliedern (Stand: 2008) zahlenmäßig weit unterlegen ist. Im Gegensatz zur PBC geht die AUF-Partei strategischer vor und engagiert sich mehr politisch im klassischen Sinne. Der PBC ist die biblische Botschaft auf den Wahlplakaten wichtiger als der Wahlerfolg. Ihr wurde daher öfters der Vorwurf gemacht, mit den Plakaten eher um Seelen als um Stimmen zu werben. Die AUF-Partei geht professionell ans Werk und hat drei populäre Wahlthemen im Titel: »Arbeit, Umwelt, Familie«. Doch trotz ihrer Professionalität ist sie eine klassische christlich-fundamentalistische Partei und nicht einfach »christlich-wertkonservativ«, wie sie sich selbst bezeichnet. Die AUF-Partei ist zur Phalanx der christlichen »Lebensrechtler« zu zählen. In ihrem Grundsatzprogramm von 2008 steht zu diesem Thema unter anderem: »Wir treten für das Lebensrecht eines jeden gezeugten Kindes ein«. Abtreibung wird als »millionenfaches Töten frühen, menschlichen Lebens« bezeichnet.

Erfolgreiche Partei?

Die AUF-Partei scheint derzeit auf dem Weg zu sein, die erfolgreichste christlich-fundamentalistische Partei in Deutschland zu werden. Ihre Konkurrenten sind in interne Streitereien verstrickt, wie zum Beispiel die »Deutsche Zentrumspartei«, sind Ein-Personen-Projekte ohne aktive Basis, wie die »Christliche Mitte«, oder sind gar nicht so sehr an einem Wahlerfolg interessiert (PBC). Gerade die PBC hat das mittlerweile gemerkt. Und so sucht die Partei mittlerweile wieder Kontakt zur ehemaligen Abspaltung, der AUF-Partei, wie ein Mitglied berichtet. ■

Nach den Ursachen fragen!

Moshe Zimmermann ist Mitautor der Studie »Das Amt« (Karl Blessing Verlag, München 2010), die nach ihrem Erscheinen Ende 2010 breit diskutiert wurde und eine intensive Debatte über die Beteiligung deutscher Diplomaten an NS-Verbrechen auslöste. In dem Buch wird die Geschichte des Auswärtigen Amtes während des deutschen Faschismus untersucht und die personellen Kontinuitäten nationalsozialistischer Diplomaten zwischen dem NS-Staat und der BRD dargestellt. Im Jahr 2005 hatte der damalige Außenminister Joseph Fischer (»Bündnis 90/Die Grünen«) eine Historikerkommission eingesetzt, um die Geschichte des Außenministeriums zu erforschen. Der Kommission gehörten neben Zimmermann unter anderem die Historiker Eckart Conze, Norbert Frei und Peter Hayes an. Die Studie belegt die tiefe und systematische Beteiligung deutscher Diplomaten an der Vernichtung der europäischen Juden. Zimmermann ist Professor für Neuere Geschichte an der Hebrew University in Jerusalem. **DER**RECHTE**RAND** sprach mit ihm über die Studie »Das Amt« und die Geschichtspolitik der Bundesregierung.

DERRECHTE**RAND (DRR)**: Teilen Sie die These des Historikers und Mitautoren der Studie »Das Amt« Eckart Conze, dass das deutsche Außenministerium während des Nationalsozialismus eine verbrecherische Organisation gewesen sei?"

Moshe Zimmermann (MZ): Juristisch ist klar: Die SS war eine verbrecherische Organisation aus der Sicht des Systems der Nürnberger Prozesse. Man kann das Auswärtige Amt nicht mit der SS oder mit der Gestapo vergleichen. Deswegen hinkt diese Bezeichnung ein bisschen. Aber man muss zugeben, dass das Auswärtige Amt sowie alle Ministerien, alle staatlichen Einrichtungen zur Zeit des Nationalsozialismus verbrecherischer Natur waren, inmitten einer verbrecherischen Gesellschaft. Sie haben an Verbrechen teilgenommen. Insoweit ist diese Bezeichnung richtig. Aber für Juristen reicht das nicht aus. Deswegen entsteht durch diese Bezeichnung eine Diskussion, die fehl am Platze ist.

DRR: Herr Zimmermann, was sind die Kernthesen ihres Buches?

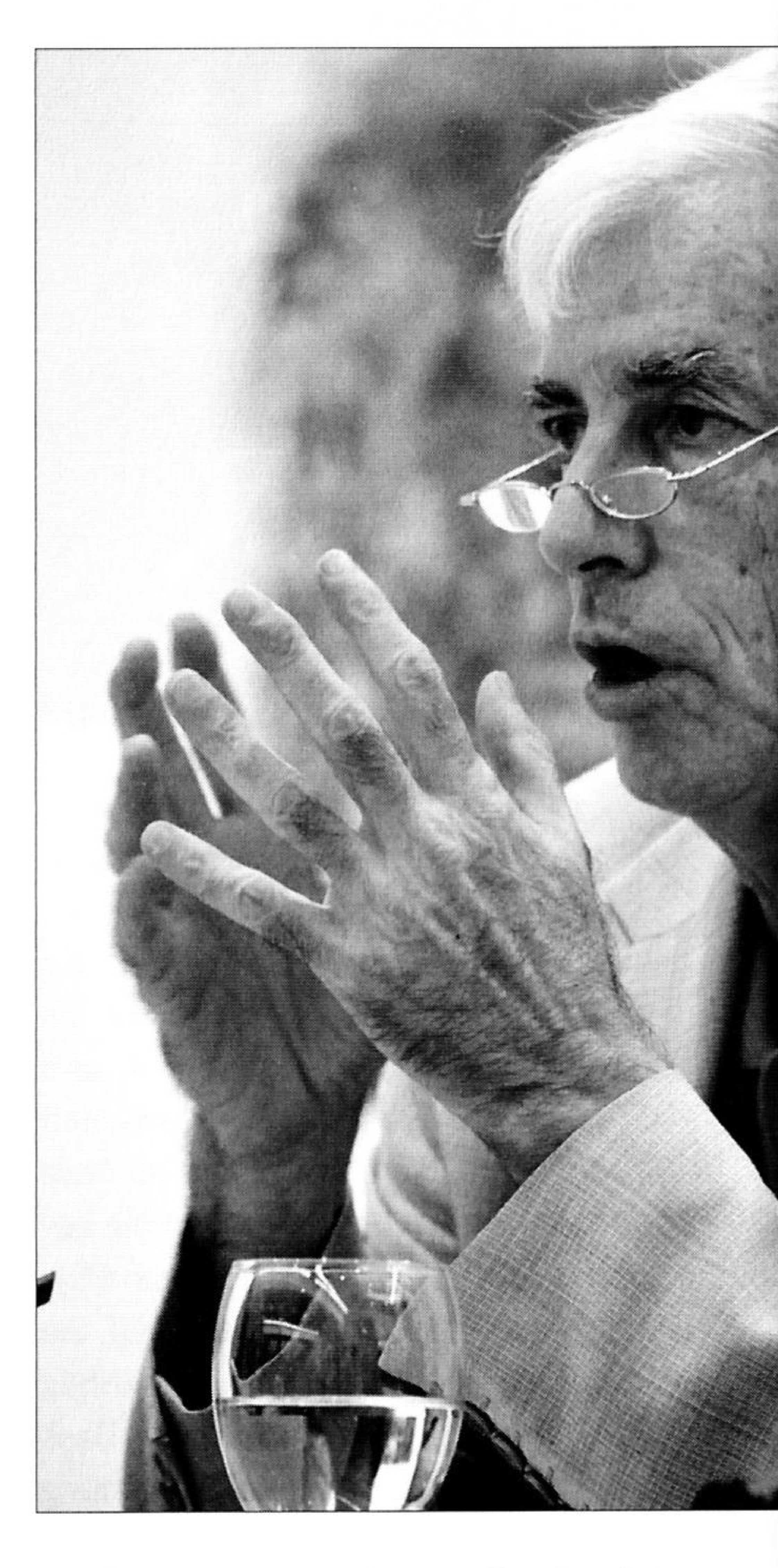
MZ: Die eigentliche These des Buches ist, dass das Auswärtige Amt und dessen Beamte die nationalsozialistische Politik mitgetragen und mitgestaltet haben. Das heißt, es geht hier nicht um eine Verstrickung des Amtes, es geht bestimmt nicht um eine neutrale Insel im Dritten Reich und es geht auch nicht um einen Hort des Widerstandes, sondern es geht um Mitwisser, Mittäter und Mitplaner des Dritten Reiches. Und die zweite These unseres Buches ist: Nach 1945, als in der Bundesrepublik ein neues Auswärtiges Amt geschaffen wurde, war man blind für die Vergangenheit der Diplomaten, die nun rekrutiert wurden und die bereits früher im Dritten Reich als Diplomaten oder Mittäter aktiv waren. Das ist der Kern der Sache.

DRR: Lassen Sie uns über das Stichwort Kontinuitäten sprechen. Ihr Buch beginnen Sie mit der Geschichte dreier Diplomaten. Jener, der sich gegen die Nationalsozialisten gestellt hatte, galt später im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik als Verräter. Jener, der ein Täter im NS war, kam später wieder in Amt und Würde. Was war der Grund für diese Kontinuitäten in den Anfangsjahren der Bundesrepublik?

MZ: Man muss sich hüten, hier zu verallgemeinern. Nicht alle Täter wurden wieder in den Dienst aufgenommen und nicht alle Oppositionellen wurden abgelehnt. Aber der entscheidende Punkt ist, dass die Teilnahme an den Untaten des Dritten Reichs kein Grund für eine prinzipielle Ablehnung dieser Kandidaten war. Und das aus einem »guten Grund«. Denn diejenigen, die früher im Nationalsozialismus Experten waren, galten in der Bundesrepublik immer noch als Experten. Und Adenauer hat es so auch deutlich formuliert: Wir brauchen die Leute, die sich auskennen, deswegen ist die Zeit der sogenannten Nazi-Riecherei vorbei. Man muss einen Schlussstrich ziehen, und das schon sechs oder sieben Jahre nach Ende des Weltkrieges. Des Weiteren geht es um den Korpsgeist im Amt. Derjenige, der als Verräter galt, der blieb in den Augen der anderen Diplomaten auch weiterhin Verräter oder Außenseiter. Deswegen gab es gegen diese Leute und ihre erneute Übernahme in den Dienst Ablehnung.

DRR: Bei Erscheinen Ihres Buches Ende 2010 wurde die Arbeit der Historikerkommission von fast allen Seiten ausdrücklich gelobt. Auch die konservative »Frankfurter Allgemeine Zeitung« beispielsweise lobte »Das Amt«. Doch schnell schwenkten Teile der Medien um und einige Historiker meldeten sich kritisch zu Wort. Was war aus Ihrer Sicht Grund für diese Kritik? Was war der Grund für den Schwenk in der veröffentlichten Meinung?

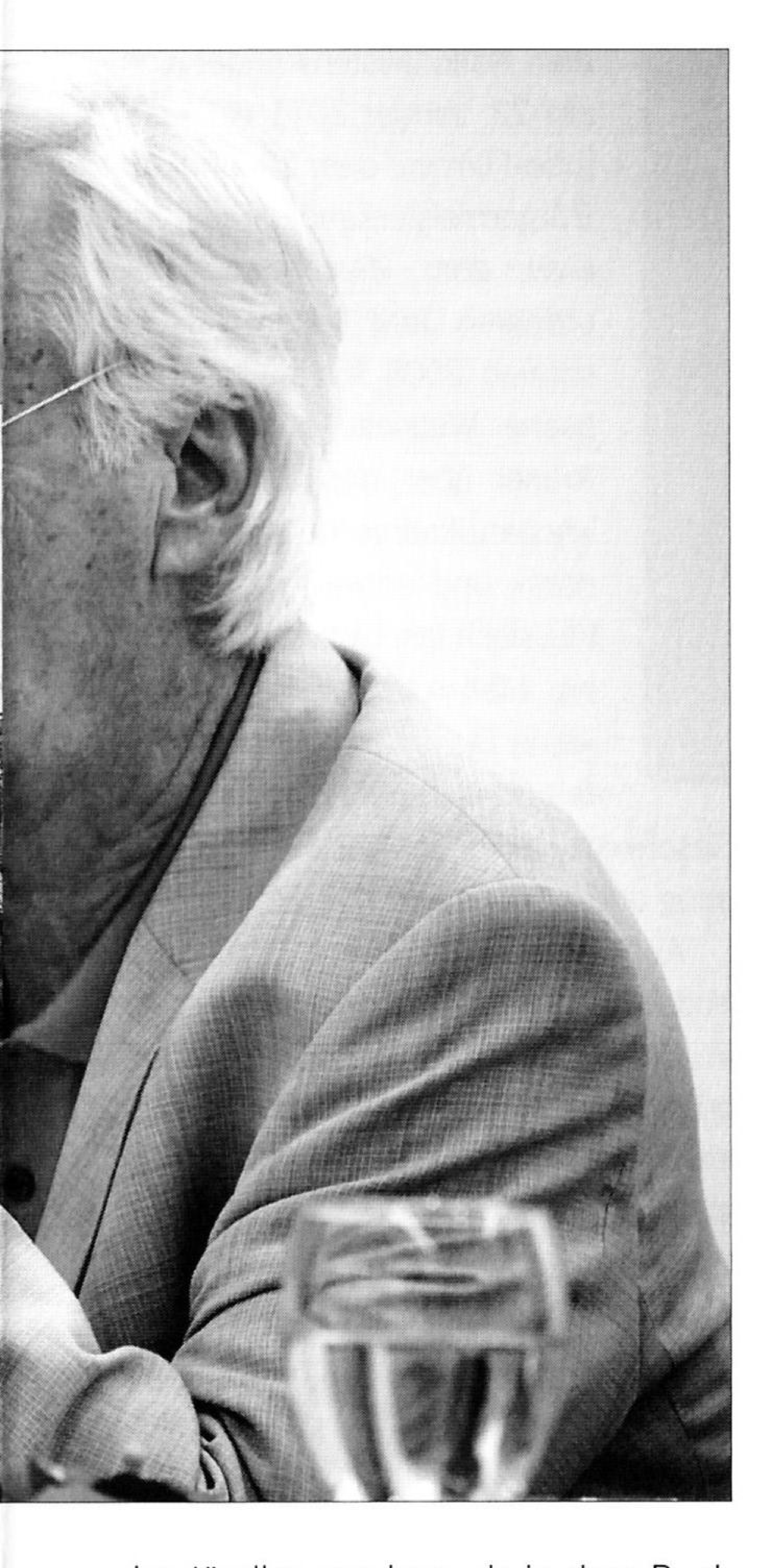
MZ: Die allgemeine Erklärung für diese beiden Phänomene – das Lob und die Kritik – ist Ignoranz und Eitelkeit. Am Anfang war man noch über Informationen erstaunt, die eigentlich schon bekannt waren, die aber dramatisch waren. Da war zum Beispiel das Dokument, in dem ein Beamter des Auswärtigen Amtes als Begründung für eine Reisekostenrückerstattung die



Liquidierung von Juden angibt. Das ist sehr dramatisch, das kommt gut an, das bringt Lob. Aber hier liegt auch der Grund für Kritik. Diejenigen, die sich besser auskennen, kritisieren diesen Punkt, weil es eben nicht zum ersten Mal erschienen ist. Sie verlangen ganz neue Befunde, ganz neue Dokumente. Aber beweist diese allgemeine Reaktion nicht, dass es richtig war, auch bekannte Fakten in Erinnerung zu rufen? Die, die das verlangen, tun das aber nicht von Ungefähr. Sie tun das, weil sie selbst ein ganz eigenes Interesse an der Art der Darstellung der Geschichte haben. Der Kreis in der Nähe des früheren Bundespräsidenten wurde zum

Beispiel aktiv, von da kam Kritik. Da sind auch Leute, die früher selbst im Auswärtigen Amt waren. Leute, die mit der Tatsache unzufrieden waren, dass nun andere Leute zu der Kommission gehörten und nicht sie selbst. Und so konnte die Kritik ausufern. Denn man kann die Thesen unserer Arbeit nicht ablehnen! Ich habe bisher niemanden gefunden, der im Ernst diese Thesen unterminieren kann!

DRR: Gerade aus den Reihen der alten deutsche Diplomaten kam sehr scharfe Kritik. Sie behaupten, im Auswärtigen Amt habe es viel mehr Widerständler gegeben, als in dem Buch »Das Amt« dargestellt werde.



MZ: Ok, man könnte sagen: Es gab mehr Widerstand als wir im Buch präsentieren. Oder es sei unfair, dass im Buch nur zwanzig Seiten über Widerstand geschrieben wird, es hätten 30 oder 50 Seiten sein sollen. Aber das ist eine unwesentliche Kritik, darum geht es nicht! Wenn das die einzige Kritik gewesen wäre, gäbe es nicht diese heftige Diskussion. Es ging um viel mehr! Es ging um die Frage, ob unsere Arbeit überhaupt legitim war, ob die Historikerkommission legitim war. Und noch viel schlimmer: Es ging in der Kritik zum Teil auch darum, ob die Urteile der Nürnberger Prozesse gegen die NS-Verbrecher 1946 und 1948 zu revidieren seien. Soweit ging es sogar!

DRR: Durch eine Anfrage der Grünen im Bundestag wurde erst kürzlich bekannt, dass das deutsche Bundeslandwirtschaftsministerium eine Studie zur Geschichte des Ministeriums während des Nationalsozialismus unter Verschluss hält. Zugleich wehrt sich der Bundesverfassungsschutz mit Restriktionen gegen eine Einsicht in seine Akten zur NS-Geschichte seiner Mitarbeiter durch Wissenschaftler, ebenso der Bundesnachrichtendienst. Wie waren Ihre Erfahrungen mit dem Auswärtigen Amt und der Bundesregierung? Haben Sie alle relevanten Akten einsehen können?

MZ: Das Geheimnis ist, dass uns die meisten Akten bereits seit dem Jahr 1946/47 bekannt sind. Zum Glück haben die Besatzer damals die Bestände des Auswärtigen Amtes, die übrig geblieben sind und nicht vernichtet wurden, in Besitz genommen. Die gingen dann ins Ausland. Das meiste, was man also an Dokumenten für die Forschung braucht, ist vorhanden und ist gut zugänglich. Auch sind nicht alle Dokumente im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes. Wir haben zum Beispiel in Israel auch mit Kopien gearbeitet, die in Yad Vashem liegen. Es gab aber bestimmte Fragen bei der Forschung, bei denen es Unklarheiten gab. Deswegen hat die Kommission den damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) gebeten, den Weg zu diesen Dokumenten zu erleichtern. Das ist auch geschehen. Bis heute wissen wir aber nicht, ob wir alle relevante Dokumente bekommen haben, die das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes hat. Aber auch wenn es so wäre, ändert das nichts an der Validität, an der Gültigkeit der Ergebnisse. Ein Problem von Beginn an waren dagegen die Personalakten des Amtes. Und gerade deswegen war uns das Dokument über die Liquidierung von Juden als Begründung für die Reisekostenrückerstattung so wichtig. Denn es zeigt, dass auch Akten, die sich nicht direkt mit der Politik des Dritten Reiches oder der Diplomatie befassen, wichtige Informationen zur Verfügung stellen.

DRR: Für die amtierende Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP stellte Außenminister Guido Westerwelle (FDP) Ihr Buch im Oktober 2010 der Presse vor und kündigte an, es künftig auch in der Ausbildung von Diplomaten zu verwenden. Zugleich führt dieselbe Regierung einen neuen Gedenktag ein, den 5. August, der an die 1950 beschlossene »Charta der Heimatvertriebenen« erinnern soll. Ein Drittel der Unterzeichner dieser »Charta« waren überzeugte Nationalsozialisten, die »Charta« selbst relativiert deutsche Schuld. Auf der einen Seite sehen wir also eine kritische Geschichtsschreibung, auf der anderen Seite Geschichtsklitterung. Wie beurteilen Sie die Geschichtspolitik der Bundesregierung?

MZ: In dem Moment, wo man sich mit der Vergangenheit befasst und wo man Geschichtspolitik betreibt, ist es unvermeidbar, dass verschiedene Interessen zum Ausdruck kommen. Wenn man sich mit der Zeit von 1933 bis 1945 befasst, dann steht selbstverständlich an erster Stelle die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus als ein negatives Phänomen. Aber man kann nicht verbieten, dass auch die Schäden, die nicht vom Nationalsozialismus verursacht wurden, zum Objekt werden. Das ist dann aber eine Frage der Interpretation. Ich war am Anfang im Beirat des »Zentrums gegen Vertreibung«. Mein Interesse dort bestand einzig und allein darin, darauf aufzupassen, dass man nicht mit der Vertreibung der Deutschen im Jahr 1944 beginnt und damit endet, sondern dass dies in einen größeren Rahmen eingebettet wird. Denn die ersten Deutschen, die vertrieben wurden, waren meine Vorfahren, deutsche Juden, die man ab 1933 vertrieben hat, die man sogar in den '20er Jahren schon vertrieben hat. Die Interessen der Leute, die rechts sind oder die Neonazis sind, ist es, diese Geschichte auf ihre Weise zu interpretieren. Und falls die Regierung eine solche Interpretation akzeptieren und zu ihrer eigenen machen sollte, dann wird das ein Schandfleck für diese Regierung und diese Gesellschaft. Ich hoffe sehr, dass das »Zentrum gegen Vertreibung« nicht in diese Richtung geht.

DRR: Beschäftigen Sie sich noch mit der Entwicklung des »Zentrums gegen Vertreibung«?

MZ: Ich bin zurückgetreten, als Frau Steinbach dort eine bestimmte Linie vertreten wollte und ich dort nichts Positives mehr beitragen konnte. Am Ende wäre ich dann ja noch ein Kollaborateur geworden! Aber damals war mir schon klar: Frau Steinbach versteht sich selbst als Vertriebene und versteht nicht, dass ihre Vertreibung und die Vertreibung ihrer Familie ihre Ursachen in der NS-Politik haben. Dass im Grunde die Schuld und die Verantwortung dafür beim Dritten Reich liegt und nicht bei anderen. Man muss hier immer nach der Ursache und nach dem Kontext fragen! Der entscheidende Punkt ist doch: Ins Rollen kamen die Vertreibungen mit dem Nationalsozialismus. Man beginnt aber zu oft mit der traurigen Geschichte der deutschen Vertriebenen: Leute, die in einer Karre im Schnee von Ostpreußen nach Westdeutschland marschieren oder mit dem Schiff »Wilhelm Gustloff« untergehen – das sind immer sehr tragische Geschichten. Aber man muss immer fragen: Wie kam so etwas zustande? Es begann nicht damit, dass die Russen böse waren und Deutschland angegriffen haben, sondern umgekehrt. Es begann damit, dass Deutschland Russland und vorher Polen angegriffen hat. Man muss eben immer nach den Ursachen fragen.

DRR: Herr Zimmermann, vielen Dank für das Gespräch! ■

»Unser Ziel: die nationale Revolution«

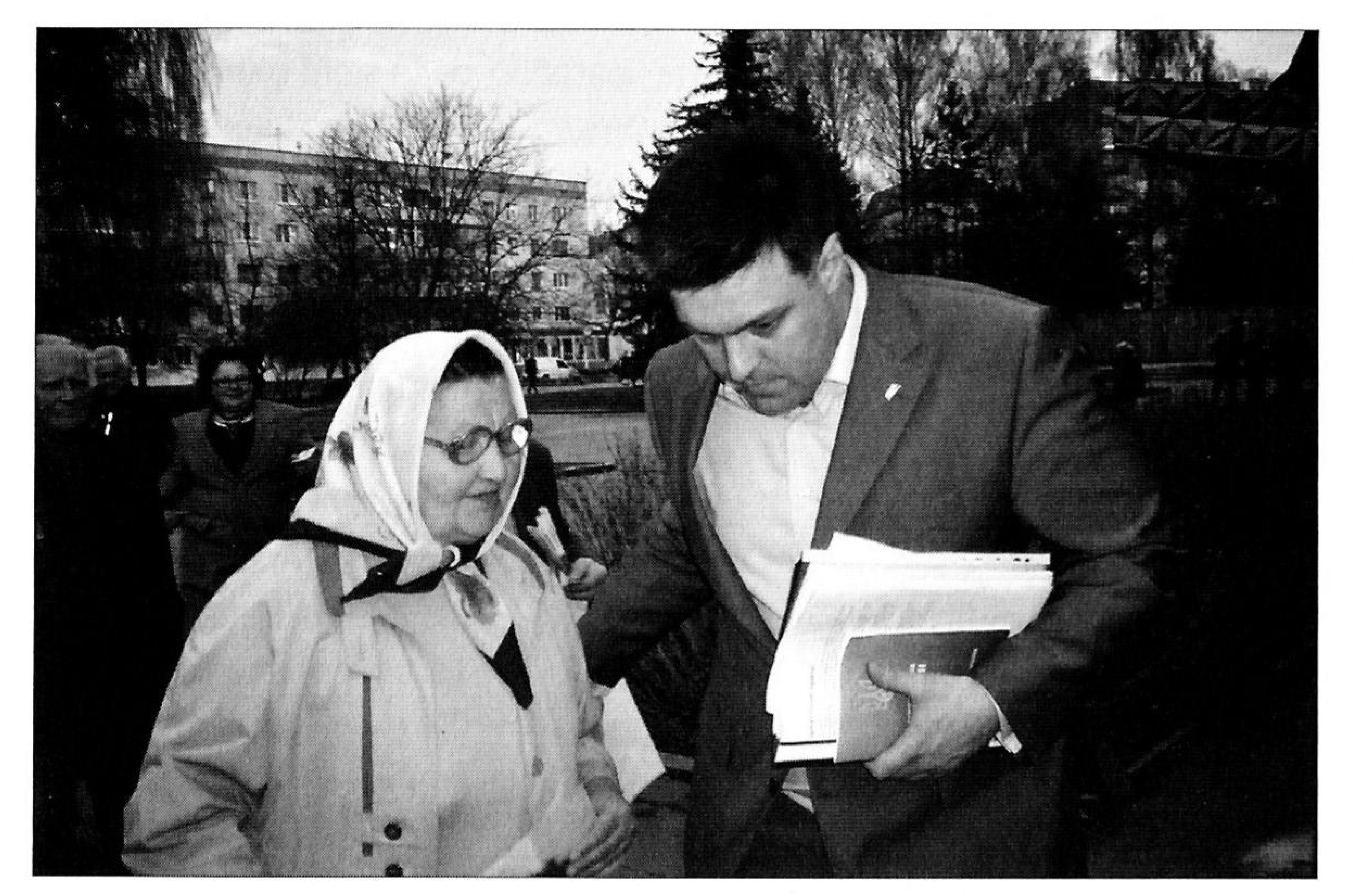
Massive Stimmengewinne der nationalistischen Partei »Svoboda« bei den ukrainischen Kommunalwahlen

Von Franziska Bruder

Am 30. Oktober 2010 fanden in der Ukraine Kommunalwahlen statt. Die nationalistische rechte Partei »Svoboda« erhielt in großen Städten der Westukraine wie L'viv (Lemberg), Ternopil' und Ivano-Frankivsk' erheblichen Stimmenzuwachs.

Dabei erzielte »Svoboda« die absolute Mehrheit, in L'viv mit 27 Prozent. Im ukrainischen Landesdurchschnitt kam sie auf 5,1 Prozent.

Die Vorgängerpartei von »Svoboda« war die 1991 in L'viv gegründete »Social-nacional'na Partija Ukrajiny« (»Sozial-Nationale Partei der Ukraine«, SNPU), die ihre Mitglieder bei Afghanistan-Veteranen und rechten Studentenorganisationen fand. Ziel beider Parteien war und ist ein an die Vorstellungen der Organisation »Ukrainischer Nationalisten« (OUN) angelehnter Staat (s. **DRR** Nr. 120). Die OUN unter Stepan Bandera entwickelte sich von einer Kaderorganisation, mit faschistischer Ausrichtung in der Zwischenkriegszeit, während des Zweiten Weltkriegs in eine Massenorganisation mit militärischem Arm, die »Ukrainische Aufstandsarmee« (UPA). Sie war verantwortlich für antisemitische Pogrome und Massenmorde an polnischen Zivilisten. Das Parteiemblem der SNPU erinnerte bewusst an faschistische Symbole.



^ Oleh Tjanybok

In den 1990er Jahren nahm die SNPU Kontakt zu Skinheads und Fußball-Hooligans auf. 2004 wurde der langjährige SNPU-Kader Oleh Tjanybok zum Parteivorsitzenden gewählt und der Parteiname in »Allukrainische Vereinigung Freiheit« geändert. Zum Parteisymbol wurde die gelbe Faust mit drei nach oben gespreizten Fingern, die das ukrainische Nationalsymbol, den Tryzub/Dreizack, kopiert. Den ersten massiven Durchbruch erreichte »Svoboda« 2009 als sie bei vorgezogenen Wahlen zum Ternopiler Bezirksparlament 34 Prozent erhielt.

Internationale Vernetzung

»Svoboda« ist sehr aktiv in europäischen rechten Netzwerken. Hauptbezugspunkt scheint die 2009 gegründete »Allianz der europäischen nationalen Bewegungen« zu sein, ein Zusammenschluss der rechten bis faschistischen Parteien im Europaparlament wie die »Front National« (Frankreich), »Front National« (Belgien), »Jobbik« (Ungarn) und die BNP (England). »Svoboda« nimmt regelmäßig an »Arbeitsgruppen«-Treffen der Allianz zu Themen wie »Immigration« und »Schutz der nationalen Identität der europäischen Nationen« teil. Am 16. Juni 2010 trat Oleh Tjanybok bei einer Pressekonferenz der Allianz in Straßburg auf. Bruno Gollnisch, Partei-Vize der französischen »Front National«, stellte die Ziele der Allianz vor und Tjanybok wandte sich gegen die Resolution des EU-Parlaments, das sich gegen die Verleihung des Status »nationaler Held der Ukraine« an Bandera ausgesprochen hatte.

Nationale Vernetzung

Durch ihren extremen Nationalismus und ihre rassistische Ideologie ist »Svoboda« auch für »Autonome Nationalisten« anschlussfähig. Gemeinsam aktiv sind sie zum Beispiel bei der zuletzt landesweit durchgeführten Kampagne »Svobodas« gegen die sogenannte illegale Einwanderung von MigrantInnen oder bei regelmäßig stattfindenden geschichtspolitischen Events zur Ehrung von OUN-Kämpfern wie Bandera. Die Feierlichkeiten bieten vor allem den Jugendorganisationen Gelegenheit, sich in paramilitärischen Uniformen mit UPA-Veteranen oder Fahnen der SS Galizien zu präsentieren. Bei Demonstrationen mit mehreren tausend Teilnehmern in L'viv oder Kiew finden sich »Svoboda«-Fahnen neben Symbolen der faschistischen Jugendorganisation der SNPU, der »Patriot Ukrajiny« (»Patriot der Ukraine«) und der »Ukrainischen Nationalen Selbstverteidigung« (UNSO), einer nationalistisch-paramilitärischen Organisation.

Auf der Webseite Tjanyboks, in der Rubrik Medien, vom 17. April 2010, ist ein Video von dem Gedenkaufmarsch zum ersten Todestag des Odessaer Faschisten Maksym Čayka eingestellt. Čayka hatte mit einer Gruppe Faschisten Antifas angegriffen, durch deren Gegenwehr er selbst ums Leben kam. Nun wird er von den »Autonomen Nationalisten« zum Märtyrer der Bewegung stilisiert. Bei ihrem Aufmarsch mit mehr als tausend »ukrainischen Patrioten« sind »Svoboda«- und SPNU-Fahnen völlig unverblümt zu sehen.

Themen

Auf der Webseite der »Autonomen Nationalisten« findet sich am 22. Januar 2011 ein Youtube-Film mit dem 28-jährigen Bürgermeisterkandidaten für L'viv, dem »Svoboda«-Abgeordneten Jurij Michal'čyn. Er schrieb 2008 für die faschistische Webseite Vatra einen Artikel über den Typus des »neuen ukrainischen Revolutionärs« und entwirft dabei den klassisch faschistischen Prototyp. Man wolle »die Revolution, keine Diskurse, Straßenkämpfe und kein parlamentarisches Geschwätz, eine schlussendliche Lösung und keine faulen Kompromisse«.

Auf kommunaler Ebene legt »Svoboda« aktuell den Schwerpunkt zwar »nur« auf Themen wie Kindergärten oder Nahverkehr, dahinter findet aber eine massive ideologische Aufrüstung statt, die sich in brachialen nationalistischen Reden von Michal'čyn oder Tjanyboks ausdrückt, letzterer verkündete zum Beispiel am 1. Januar 2011 anlässlich des 102. Geburtstags von Stepan Banderas, man müsse nicht nur Widerstand gegen das »ukrainophobe Besatzungsregime« leisten – gemeint ist die Regierung Janukowičs, der man unterstellt, nur eine Marionette Russlands zu sein – sondern eine »nationale Revolution« in Gang setzen. Außerdem breitet sich vor allem rund um Konzerte faschistischer Gruppen und die Hooligansszene eine faschistische Subkultur um die »Autonomen Nationalisten« heraus. Besorgniserregend ist auch, dass der Einfluss von »Svoboda« nicht mehr auf die Westukraine beschränkt zu sein scheint, sondern dass erste Achtungserfolge auch in der Zentralukraine zu verzeichnen sind. ■

Eine Frau an der Spitze

Marine Le Pen übernimmt den »Front National«

Bei der Wahl des neuen Parteivorsitzes für den extrem rechten »Front National« stimmten 67 Prozent der Parteimitglieder am 16. Januar 2011 in Tours für Marine Le Pen, die Tochter von Jean-Marie Le Pen. Sie löst ihren Vater ab, der seit 39 Jahren der Partei vorstand. Nun will sie neue Akzente setzen.

Von Jean-Yves Camus

Seit 1972 hatte Jean-Marie Le Pen das Parteipräsidium des »Front National« (FN) inne, nun hat er es, wie schon länger geplant, abgetreten. Seine 42-jährige Tochter Marine Le Pen gewann die Wahl um dessen Nachfolge am 16. Januar 2011 mit großer Mehrheit. Ihr Kontrahent, der 60-jährige Bruno Gollnisch, Mitglied des »Europäischen Parlaments«, verlor. Bei der Versammlung in Tours – jener Stadt, in der im Dezember 1920 die »Kommunistische Partei Frankreichs« (PCF) aus der Abspaltung von der sozialistischen Partei »Section française de l'Internationale ouvrière« (SFIO) gegründet wurde – modifizierte Marine Le Pen auch den öffentlichen Diskurs ihrer Partei und wechselte deren führende Instanzen aus. Zwar ist der angestrebte Wandel nicht zu vergleichen mit dem, den Gianfranco Fini in Italien mit dem ehemaligen, neofaschistischen »Movimento Sociale Italiano« durchgesetzt hatte, dennoch handelt es sich um einen taktischen Bruch mit der vorherigen Epoche: Marine Le Pen will tatsächlich die Macht und hat verstanden, dass sie dies nicht erreichen kann, ohne mit dem Bild der »Unwählbarkeit« des FN zu brechen. Im Bewusstsein, dass die extreme Rechte kein Bündnis mit der konservativen Rechten schließen könnte, ohne an Ansehen dazu zu gewinnen, machte sich Marine Le Pen rasch daran, der Bewegung ein republikanisches, laizistisches, soziales und den Ausstieg aus der EU befürwortendes Image zu verleihen. In seiner letzten Rede als Vorsitzender am 15. Januar 2011 blieb Jean-Marie Le Pen den Werten der traditionellen extremen Rechten treu, denunzierte den »Mythos der Résistance«, bezeichnete die Unabhängigkeitskämpfe in Indochina und Algerien als »Entkolonialisierungskriege, in deren Verlauf die französischen Soldaten die zivile Bevölkerung beschützten« und erinnerte an den Holocaustleugner und antisemitischen Historiker François Duprat, der bis zu seinem Tod 1978 einflussreicher Kader des FN war.



Die neuen Akzente von Marine Le Pen

Die erste Rede der neuen Vorsitzenden war anderer Natur. Sie betonte im Wesentlichen, der FN sei klar eine Partei, die auf dem Land die Sarkozy-Wählerschaft abwerben sollte, zunächst bei den lokalen Wahlen im März 2011, später bei den Präsidentschaftswahlen 2012. Für Marine Le Pen stehen die Verteidigung eines »Frankreichs von unten« und eines starken Staates im Vordergrund sowie das Thema der »Superreichen«, die Werte Tüchtigkeit und Arbeit, die Bekämpfung einer »generellen Ungerechtigkeit« und einer »entfesselten Herrschaft des Geldes«. Sie forderte den Austritt aus der EU, indem sie den Verlust der Souveränität Frankreichs beklagte, und erinnerte an die »verheerenden Folgen der Migration«, eine Idee, die sie gleichwohl um einiges seltener ausführt als ihr Vater.

Marine Le Pen ist darum bemüht, die Wähler der Rechten zu beschwichtigen, die den rassistischen, gar antisemitischen Positionen ihres Vaters ablehnend gegenüberstanden. Sie bekräftigt somit das Bild des FN als eine »große republikanische Partei«, zitiert die »Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte« von 1789, beruft sich auf den Sozialisten Jean Jaurès und seinen Patriotismus, auf die »schwarzen Husaren der 3. Republik« (die linksgesinnten Lehrer öffentlicher Schulen während der 3. Republik) und die »Widerstandskämpfer von 1940«. Wenn es um die Migrationsthematik geht, spricht Marine Le Pen von einem »ethnischen Bruch«, von Identität, Laizismus und dem Kampf gegen den Kommunitarismus; gleichzeitig konzentriert sie sich auf die Stilisierung des Islams und der Muslime zum Feindbild in einer Weise, die an Geert Wilders oder die Schweizerische Volkspartei (SVP) erinnert. Zudem verherrlicht sie gerne das schweizerische System der direkten Demokratie. Ihre erste Rede war geprägt von Bezügen zu Ideen der »Neuen Rechten«, wie sie die »Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européenne« (GRECE) in den 1960er und 70er Jahren ausgearbeitet hatte. Dies zeigt sich insbesondere in der Omnipräsenz des Themas der Identität und dem subtil vermittelten Bild des FN als »parti d'éveilleurs« (in etwa »Partei der Erwecker«), das Marine Le Pen dem Terminus »éveilleurs de peuples« (in etwa »Erwecker der Völker«) entlehnte, der von den zeitgenössischen Autoren der völkischen »Neuen Rechten«, Dominique Venner, Jean Mabire und Pierre Vial, geprägt worden war.

Neubesetzung

In der neuen Organisation des FN steht nun ein »,starker Mann« bereit: Steeve Briois, lokaler Abgeordneter in Hénin-Beaumont,

jener Stadt in Frankreichs Norden, in der Marine Le Pen große Wahlerfolge verzeichnen konnte. In der Parteizentrale kommt ihm die Aufgabe des Generalsekretärs zu. Die gesamte Führungsspitze des FN ist nun mit Alain Jamet, Louis Aliot und Marie-Christine Arnautu von einem zu 100 Prozent von »Marinisten« besetzten Exekutivbüro bestimmt und seit neuestem mit sozialen Fragen beauftragt. In den unteren Etagen lässt die Parteizentrale etwas Platz für die Gefolgschaft von Bruno Gollnisch. Überdies öffnete Marine Le Pen, um den »erneuerten FN« zu demonstrieren, das höchste Führungsgremium, wo nun zwei Überraschungen zu vermerken sind: Zum einen die Wahl von Laurent Ozon, einem der »Neuen Rechten« zugehörigen Aktivisten, der sich auch in Umweltschutzbewegungen à la »deep ecology« engagierte. Zum anderen die Entscheidung für den jungen Geopolitologen David Mascré, ehemaliger Mitarbeiter des französischen Außenministeriums und Bewunderer des russischen Modells von Putin, der im November 2010 auf der Buchmesse der jüdischen Organisation Bnai Brith gesichtet wurde und sein Buch »Des barbares dans la cité« (»Barbaren in der Stadt«) vorstellte, das von dem antisemitisch motivierten Mord an dem jungen Ilan Halimi durch eine kriminelle Bande handelt, die die meisten für Afrikaner oder Araber halten.

Zum engen Kreis in Nanterre, dem Hauptsitz der Partei, hat Marine Le Pen einige Mitarbeiter erkoren, die zumeist ihrer Generation der 40- bis 50-Jährigen angehören. Unter ihnen sind die Bekanntesten der Jurist Bruno Bilde, der Generaldelegierte Jean-François Jalkh, sein Assistent Dominique Martin sowie Nicolas Bay, Kommunikationsverantwortlicher. Die einflussreichsten Berater von Marine Le Pen, wie Philippe Olivier (der eine zentrale Rolle bei der Einführung der Konzepte der »Neuen Rechten« spielt) und Philippe Péninque, bleiben allerdings ohne offizielle Funktionen, um Diskretion zu wahren.

Gollnisch steckt zurück

Bruno Gollnisch demonstrierte Einheit. Zwar hat er seinen Platz im Exekutivbüro nicht mehr inne, bleibt dem FN jedoch als Beauftragter der »Alliance des mouvements nationaux européens« (AMNE; »Allianz der europäischen nationalen Bewegungen«) treu; eine Organisation ohne nennenswerte Aktivitäten und ohne wirkliche Bedeutung. Gollnischs Ideen weichen auch weiterhin von jenen der neuen Parteivorsitzenden ab: Sein Name steht noch immer für Ablehnung jeglicher Mäßigung des Parteiimages, Ablehnung der Abtreibung sowie Nähe zu den fundamentalistischen Katholiken und gewissen Radikalen der extremen Rechten wie zum Beispiel des antisemitischen und den Holocaust leugnenden Wochenblattes »Rivarol«.

Zukunftsaussichten

Was wird in Zukunft mit dem FN geschehen? Die älteste Generation wird aufhören zu kämpfen, ganz nach dem Vorbild des 81-jährigen ehemaligen Aktivisten der »Organisation de l'armée secrète« (OAS, »Organisation der geheimen Armee«) Roger Holeindre, der die Partei verlassen hat, um die Ideen von Marine Le Pen nicht zu gefährden. Einige Hundert junge Neo-Faschisten, die sich im Kreis von Bruno Gollnisch engagieren, werden ohne Zweifel anderen Gruppierungen zuwandern: »Oeuvre française«, »Renouveau français«, »Parti de la France«, »Nouvelle Droite Populaire« oder »Terre et Peuple«. Die Jugendorganisation der Partei, der »Front National de la Jeunesse« (FNJ), ist wiederum in den Händen einer »Marinistin«, Nathalie Pigeot. Einige werden sich gerne an die Kontakte Marine Le Pens zu Wilders oder dem Schweizer Oskar Freysinger erinnern und diese hochhalten.

Es ist im Großen und Ganzen noch zu früh, um die neue Richtung von Marine Le Pen genau beurteilen zu können, deren Partei eine Organisation der extremen Rechten bleibt. Bestärkt durch eine steigende Popularität (29 Prozent günstig gesinnte Wähler) und die laut Meinungsumfragen 15 Prozent übersteigenden Wahlabsichten für die Präsidentschaftswahl, stellt Marine Le Pen eine Gefahr für die konservative Rechte dar, da sie weniger angsteinflößend als ihr Vater ist. Außerdem kommt ihr ihre Fähigkeit zugute, mit dem »gemeinen Volk« gegen die Wirtschaftskrise und die liberale Globalisierung in einer Sprache zu sprechen, die es versteht. ■

Dämpfer für Geert Wilders

Von Jeroen Bosch (»Alert!«-Magazin)

Bei den Wahlen zu den Provinzparlamenten in den Niederlanden hat die rechtspopulistische und fremdenfeindliche »Partei für die Freiheit« (PVV) unter Führung von Geert Wilders am 2. März 2011 zum vierten Mal eine Wahl gewonnen. Sie konnte aus dem Stand 12,4 Prozent der Stimmen für sich gewinnen. Zuletzt hatte sie bei den Parlamentswahlen 15 Prozent bekommen.

Normalerweise findet die Wahl ohne viel Aufsehen statt, doch diesmal galt sie als Stimmungstest der Minderheitenregierung aus »Christen Democratisch Appèl« (CDA) und der rechtsliberalen »Volkspartij voor Vrijheid en Democratie« (VVD), die seit Oktober 2010 mit Unterstützung der »Partei der Freiheit« regieren.

2006 gewann Geert Wilders mit seiner PVV neun Sitze bei den Parlamentswahlen. 2009 bei den Europawahlen waren es fünf Sitze, 2010 neun Sitze in der Stadt Almere sowie acht Sitze in Den Haag und im Juni 2010 konnte die Partei dann im Parlament ihre Sitzanzahl von neun auf 24 steigern. Die diesjährige Wahl der Provinzparlamente war für die Koalition so wichtig, weil sie über keine Mehrheit im Senat verfügt. Denn die Provinzkandidaten wählen Ende Mai die Senatoren des Oberhauses. Die »Partei der Freiheit« hat im niederländischen Oberhaus bisher keine Sitze, weil es sie noch nicht lange genug gibt, als dass sie bei der Wahl hätte antreten können. Eine Mehrheit im Senat wäre für die Minderheitenregierung wichtig gewesen, um ihre Gesetzesvorhaben durchbringen zu können. Ein Erfolg der PVV war also zwingend geboten. Am Ende konnte die PVV 69 Sitze in den Provinzen für sich gewinnen. Obwohl die Wahlbeteiligung um zehn Prozent höher lag, gewann die PVV weniger Stimmen als bei den Wahlen im Juni 2010. Ihr Stimmenanteil sank von 15,5 auf 12,4 Prozent.

In der Provinz Limburg stellt die PVV mit zehn Sitzen sogar die stärkste Partei dar und wird dort wahrscheinlich zum ersten Mal Regierungsverantwortung übernehmen. Trotz ihrer Wahlerfolge und der Beteiligung an der Minderheitenregierung stellt die »Partei der Freiheit« keine Minister oder Staatssekretäre.

Auch wenn die Verteilungen im Senat erst Ende Mai feststehen, wird die PVV schätzungsweise zehn Sitze im Oberhaus erhalten. Zusammen mit den 16 Sitzen der VVD sowie elf Sitzen der CDA wäre dies nicht die Mehrheit der 75 Senatssitze. Und damit stünde die Durchsetzung der geplanten Maßnahmen der Minderheitenregierung in Sachen Immigration, Integration und Asyl in Frage. Dies sind jedoch die politischen Kernelemente und damit der Grund der PVV, die Koalition zu unterstützen. Außerdem sind Wilders und seine Getreuen nun vor das Problem gestellt 17 Fraktionen in 17 verschiedenen Parlamenten kontrollieren müssen. Bei den innerparteilich undemokratischen Zuständen dürfte dies früher oder später zu Konflikten führen. ■

»Ohne Juda, ohne Rom«

Von Margarethe Schlüter

In verschiedenen Aufsätzen des Sammelbandes wird aufgezeigt, inwiefern die völkische und extreme Rechte in der Vergangenheit und bis heute neuheidnische und esoterische Gedankenkonzepte für sich in Anspruch genommen hat und nimmt.

Im ersten Aufsatz werden Neuheidentum und Esoterik der völkischen und extremen Rechten historisch herausgearbeitet. Es werden entsprechende Vereinigungen und literarische Werke benannt, die sich mit Rückgriff auf einen vermeintlich artgerechten Glauben gegen Moderne, Christentum und Judentum wenden.

Im Anschluss daran wird der Religiösität in der Biografie extrem rechts orientierter Jugendlicher nachgegangen. Nach einer kurzen Einführung in den Zusammenhang von Religion und extrem rechter Ideologie stellt die Broschüre verschiedene Biografien junger Männer im Alter zwischen 18 und 28 Jahren vor. Es folgt die Analyse mit dem Ergebnis, dass sich die germanische Religion besonders für extrem rechts orientierte heranwachsende Männer anbietet, da sie »der Sehnsucht nach Kontinuität und Verwurzelung jenseits der modernen Gesellschaft mit ihren Anforderungen« entspreche. In dieser wird das Männlichkeitsbild des mutigen und starken Kämpfers gezeichnet, der sich in einer Abwehrhaltung gegenüber der christlichen Religion der Mehrheitsgesellschaft befindet.

Die Geschichte und die Bedeutung der »Schwarzen Sonne« für die SS und die heutige extreme Rechte beleuchtet der darauffolgende Aufsatz. In diesem Zusammenhang wird auch auf verschiedene literarische Mythenbildungen um die SS eingegangen. Aber auch die verschiedenen Rezeptionen der »Schwarze Sonne« und der SS durch den NS-Black-Metal und bestimmte Musikgruppen des Dark Wave, des Neofolk und Industrial werden benannt.

Auch der Rechtsrock bedient sich aktuell verstärkt neuheidnischer Motive. Auf Plattencovern und in Liedtexten stets präsent kann dem Neuheidentum »eine identitäre Dimension und eine wichtige ideologische Funktion« zugewiesen werden. Die historische Vergangenheit wird mythisch verklärt, um sie in das eigene Weltbild einzubauen.

In Bezug auf einige Bands aus der Musikrichtung des Dark Wave wird herausgearbeitet, dass sie aufgrund der Rezeption faschistischer und völkischer Dichter ihren Ideen ein Forum bieten und dieses ästhetisch untermalen. Die an diesen Projekten geäußerte Kritik wird oft zurückgewiesen. Stattdessen wird den Liedtexten und der ästhetischen Stilisierung ein lediglich provokativer Gehalt zugestanden, womit eine Entpolitisierung einhergeht.

Den mitunter vergangenheitsverklärenden Umgang von Reenactment stellt der nachfolgende Beitrag dar. Dabei werde sich immer mehr an Klischees, dem Charakter des Events und der Ideologie orientiert, statt an einer auf wissenschaftlichen Belegen basierenden Darstellung des Historischen. Als Beispiel beleuchtet der Beitrag die Reenactment-Gruppe »Ulfhednar« näher, deren Mitglieder auch in einer das Neuheidentum vertretenden Pagan-Metal-Band aktiv sind.

Das jährlich stattfindende »Rock for Roots«-Festival bietet Musik, Reenactment und Neuheidentum. Aufgrund der zum Teil dort auftretenden Bands, Gäste und Händler aus der extremen Rechten kann das Festival als ein Beispiel für die Normalisierung extrem rechter Symbole und Ideologie angesehen werden.

Die Broschüre bietet sich als Einstieg in die Thematik an, da sie verschiedene Zeitabschnitte und Bereiche der völkischen und extremen Rechten beleuchtet. Ein Defizit weist die Broschüre allerdings auf, indem sie die Rolle der völkischen und extrem rechten Frauen innerhalb des Neuheidentums außen vor lässt.

Andreas Speit (Hg.): »Ohne Juda, ohne Rom«. Esoterik und Neuheidentum im subkulturellen Rechtsextremismus. ARUG: Braunschweig, 2010, 180 Seiten, 5,- Euro.

Bildungsarbeit über und gegen Antisemitismus

Von Margarethe Schlüter

Mit Hilfe der Broschüre »Antisemitismus als Problem in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit« können sich MultiplikatorInnen anhand verschiedener Texte fundiert mit dem Thema Antisemitismus auseinandersetzen, um sich im Anschluss daran zusammen mit Jugendlichen mit dem Thema zu befassen. Es wird mehrfach darauf hingewiesen, dass »reiner Aktionismus und moralische Zeigefingerpädagogik« dem Erreichen des Ziels, Antisemitismus wirksam etwas entgegenzusetzen, im Wege stehen könnten. Hierbei geht es nicht darum, den Antisemitismus der »Anderen« aufzudecken, sondern sich ebenso selbstreflexiv mit dem eigenen Verhalten und seinen Äußerungen auseinander zu setzen. Antisemitismus als Denkmuster ist in der gesamten Breite der Gesellschaft vorhanden. Die Broschüre gliedert sich in drei Abschnitte. Der erste erläutert verschiedene Formen des Antisemitismus, ordnet diese sozialwissenschaftlich ein und versieht sie mit pädagogisch-didaktischen Informationen. Weiterführende Literaturhinweise ermöglichen eine tiefer gehende Beschäftigung mit dem jeweiligen Themenkomplex.

Der zweite Abschnitt stellt didaktisch-methodische Herangehensweisen zum Thema Antisemitismus vor. Der dritte Abschnitt, als Text-, Methoden- und Dokumententeil, ist so konzipiert, dass unterschiedliche Bildungshintergründe, Altersstufen und heterogene Gruppen berücksichtigt werden.

Mit dieser Broschüre möchten die HerausgeberInnen an einer konzeptuellen Entwicklung der Bildungsarbeit über und gegen Antisemitismus mitwirken, die noch am Anfang steht.

Essentiell ist für sie die Bezugnahme auf fachwissenschaftliche Ergebnisse und moderne, demokratische Pädagogik und Didaktik.

Christian Brühl, Marcus Meier (Hg.): Antisemitismus als Problem in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit. Pädagogische und didaktische Handreichungen für Multiplikatoren und Multiplikatorinnen. Beiträge und Materialien 2 der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus, 2. Auflage, Köln 2010, 116 Seiten, 3,- Euro zzgl. Versandkosten.

Wegweiser durch Gedenkstätten in NRW

Von Annelies Senf

Anfang März 1979 sorgte die illegale Aktion eines Lehrers und eines Fotografen im Kölner »EL-DE-Haus« für Schlagzeilen. Beide ließen sich heimlich in dem offiziell unzugänglichen Keller der ehemaligen Gestapo-Zentrale des Regierungsbezirks Köln einschließen. Auf zahlreichen Fotos dokumentierten sie erhaltene Wandinschriften von Inhaftierten der Nazi-Diktatur. Damit setzte eine Wende in der erinnerungspolitischen Auseinandersetzung mit der lokalen NS-Vergangenheit ein, in deren Folge nach heftigen Diskussionen das heutige »NS-Dokumentationszentrum zur Erforschung der Geschichte des Nationalsozialismus in Köln« eingerichtet wurde. Dieses Beispiel steht exemplarisch für den langen, steinigen Weg der heute über 20 Gedenkstätten, Lern- und Erinnerungsorte zum Nationalsozialismus in Nordrhein-Westfalen. Den harten Kampf von Geschichtsinitiativen und -vereinen um die Sicht-

barmachung der authentischen Orte der Naziverbrechen und der damit verbundenen Verantwortung lokaler Personen und Strukturen zeichnen die Artikel in der Sonderausgabe der antifaschistischen Zeitschrift »LOTTA« anhand einiger Erinnerungsorte nach. Gleichzeitig mit der Entstehungs- und Konzeptionsgeschichte der Gedenkstätten setzen sich die Artikel auch kritisch mit der Geschichte der Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit in der BRD nach 1945 auseinander. Als ein Erfolg der Gedenkstätten kann heute gesehen werden, dass mit ihrer Existenz dem Verharmlosen der eigenen Verantwortung und Schuld ein Ende gesetzt wurde – Opfer und Täter haben ein Gesicht.

Weiterhin verdeutlicht die Broschüre die Vielfältigkeit der Erinnerungsorte in NRW. So ist zum Beispiel die Villa ten Hompel in Münster ein bedeutsamer »Schreibtischtäterort«, an dem in der NS-Zeit der Befehlshaber der Ordnungspolizei residierte. In Stukenbrock bei Senne befand sich mit dem STALAG 326 eines der größten Kriegsgefangenenlager des NS. Mit der NS-Ordensburg Wewelsburg bei Paderborn und der Burg Vogelsang in der Eifel befinden sich zwei nationalsozialistische Orte der Selbstinszenierung in NRW.

Gerade an diesen beiden Erinnerungsorten wird die Schwierigkeit deutlich, mit der die Gedenk- und Erinnerungspolitik der Gedenkstätten konfrontiert ist: Welche Deutung der NS-Zeit soll vorgenommen werden und in welcher Form? Wie kann sie im Kontext der inzwischen herrschenden universalisierenden und entpolitisierten Geschichtsdeutung durch Fernsehspielfilme und Dokumentationen à la Guido Knopp ein kritisches historisches Denken entgegensetzen?

Auch angesichts des Ablebens der Zeitzeugen und erheblichen finanziellen Kürzungen sehen sich die Gedenkstätten vor neue Herausforderungen gestellt.

Kurzum: Diese Broschüre kann als Wegweiser durch die Gedenkstättenlandschaft/-politik in NRW genutzt werden – Kontaktadressen und Öffnungszeiten der Gedenkstätten sind inklusive – und bietet vor allem Mentoren der historisch-politischen Bildungsarbeit eine große Hilfe.

LOTTA – antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen (Hg.): Wege des Gedenkens. Erinnerungsorte an den Nationalsozialismus in Nordrhein-Westfalen, Sonderausgabe Nr. 42, Oberhausen, 2011, 187 Seiten, 6,- Euro. Bestellung unter: http://projekte.free.de/lotta.

DERRECHTERANDABO

DERRECHTERAND ist ein periodischer Informationsdienst von und für AntifaschistInnen.
Er erscheint alle zwei Monate und kommt im Abo nach Hause.
6 Ausgaben pro Jahr: 15,- Euro (Inland) 19,- Euro (Ausland) 25,-/50,- Euro (Soli)

Aboverwaltung DERRECHTERAND, Postfach 304180, 20324 Hamburg
Postgiro Hannover, BLZ 250 100 30, Konto 44 55 86 - 301

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift **DERRECHTERAND** bis auf Widerruf.
Ich habe
[ ] 15,- Euro (Inland) [ ] 19,- Euro (Ausland) [ ] 25,- Euro (Soli) [ ] 50,- Euro (Supersoli)
[ ] überwiesen [ ] als Scheck beigelegt.
Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Name ....

Anschrift ....

....

Unterschrift ....

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich augehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

IMPRESSUM

Verlag Der Rechte Rand GbR,
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
Postanschrift und Aboverwaltung:
Der Rechte Rand, Postfach 304180,
20324 Hamburg
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de
Druck: Interdruck Berger und Herrmann GmbH, Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Richardt
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.